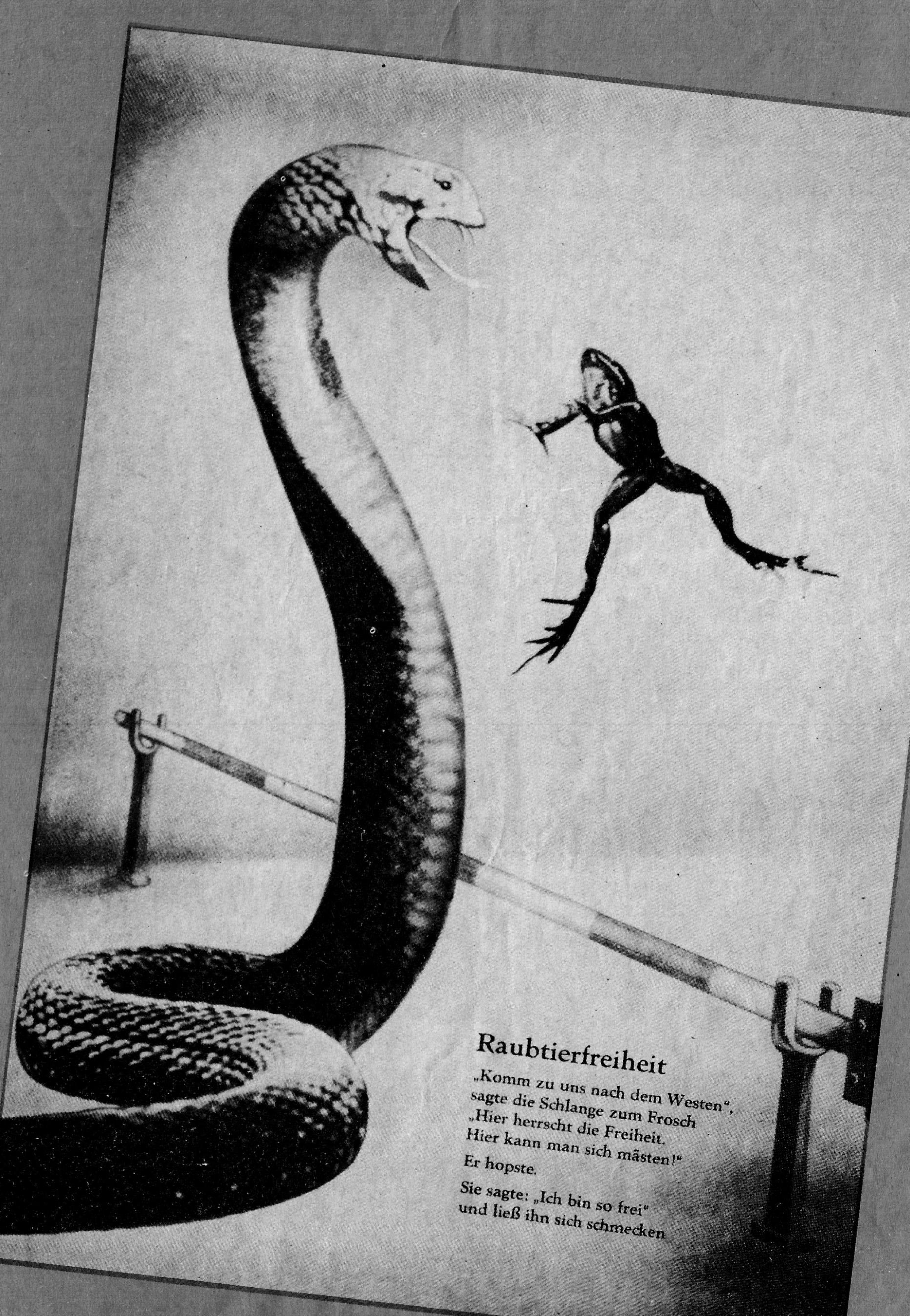
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



28. Juni 1990

Nr. 108

Vorwort:

Etwas enttäuscht waren wir letzten Samstag schon, daß die Demo zu 95% autonom war. Wir hatten gehofft, daß sich auch Leute außerhalb unserer Szene nagesprochen fühlen. Dennoch war die Demo mit 4.-5.000 Menschen ein deutliches zeichen, daß wir nicht mehr länger bereit sind, die Nazi-Häuser in der Weitlingstr. hinzunehmen. Wir finden es richtig, daß versucht wurde, die Häuser anzugreifen; gerade dadurch wurde der politische Druck nochmals erhöht. Ob die Demo letztendlich dafür ausreicht, daß die Faschos die Häuser räumen müssen, läßt sich schwer abschätzen.Trotz der teilweisen ganz positiven Resonanz in der Ostberliner Presse (zumindest was unsere Forderungen angeht), wollen sich die "Verantwortlichen" anscheinend eher Zeit lassen. Wir sollten deshalb nicht allzuviel Zeit bis zur nächsten Aktion verstreichen lassen. Wie diese aussehen könnte und welches unseren nächsten Schritte sein werden, sollte auf einer Nachbereitungs-VV geklärt werden. Eine VV finden wir auch deswegen notwendig, weil es am Mackerverhalten und militaristischem Auftreten viel Kritik gibt. Diese Auseinandersetzung sollte nicht durch Fernbleiben bei der nächsten Aktion wie so oft "gelöst" werden.

Techniks: Die "Interim" wird den Sommer über nur 14-tägig erscheinen. Die Nummern am 26.7.; 9.8.; 23.8. und 6.9. werden wir ausfallen lassen. Ausdrücklich wollen wir in diesem Zusammenhang nochmal auf den Redaktionsschluß am Montag hinweisen. Gründe für diese Maßnahme gibt es viele: vor allem wollen wir ein wenig unseren Streß abbauen, wir wollen aber auch mal ausprobieren, wie die "Interim" und vor allem wir aussehen, wenn die Zeitung nur alle zwei Wochen erscheint.

An das Schwarze Schaf in Hamburg: wir erwarten von euch, daß ihr entweder bezahlt oder euch zumindest meldet, warum ihr es nicht tut. Einerseits brauchen wir die Kohle und andererseits finden wir es wichtig, daß die "Interim" in Hamburg verkauft wird.

Briefe, Beschwerden und Bestellungen sowie Kekse unmd ähnliches wie immer an:

Interim
Gneisenaustr. 2a
1000 berlin 61

Inhalt:

Ordner: ein weiteres Flugi zur Besetzung der Herrrmannstr.; Flugi der NA-Faschos zur autonomen Demo in Lichtenberg; offener Brief der Roten Garde an das Agit-Kollektiv; Leserbrief von Dieter Wurm aus Moabit (über Zur-Habe-Nahme der "Interim") und ein Einladung zur Vorbereitung eines antiimp. Kongreßes in Mainz am 23/24 Juni.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Vopo = Bulle = Schwein - oder was ?

Ich möchte ein paar Gedanken und Gefühle loswerden zur Demo am 23.6. durch den Lichtenberger Kiez. Mehrere tausend Menschen zeigten im Kiez, daß wir nicht mehr länger mit der faschistischen Gewalt leben werden, sondern bereit sind einzugreifen, uns zu wehren. Sprühereien, Musik, Parolen, Redebeiträge und eine -trotz Blasen- gute Stimmung haben unseren Willen zum Kampf und ein Stück unseres Lebensgefühls in diesen Kiez und die Wohnknäste getragen. BürgerInnen haben interessiert zugeschaut, Menschen anderer Nationalität haben sich solidarisiert und einzelne haben sich in die Kundgebung eingeklinkt. Das hört sich alles verdammt optimistisch an. Zugegeben: Die revolutionäre Masse im antifaschistischen kampf ist nicht entstanden, aber es war ein erster Schritt auf Nicht-Szene-Menschen zu, der zunächst mal positiv aufgenommen worden ist.
Nur zwei heftige Einschnitte gab es während der Demo, nennen wir sie Weitling die Erste und Weitling die Zweite. Nach ungefähr 15 Minuten der Demo stießen wir zum ersten Mal auf eine Vopo-Absperrung, die uns davon abhielt, zu den Faschohäusern in der Weitlingstr. weiterzuziehen. Die Antwort aus der Demo: "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!", Pyros und einige Leuchtraketen. Weitling, die Zweite: Nachdem wir das Wohnghetto der MosambiquanerInnen, VietnamesInnen, KubanerInnen verlassen hatten, war der Durchgang zu den Faschohäusern wieder durch Vopos abgeriegelt. Aus der Demo fliegen Steine und Pyros -irgendwo sollen hinter den Vopos Faschos stehen- ein Wasserwerfer spritzt in den Demozug rein.

Die Revis ziehen zur Abschlußkundgebung, die aufrechten Militanten nehmen den Kampf gegen die Schweine auf; auf der Abschlußkundgebung kommt davon ungefähr "Mollis, zwei brennende LOs, Verletzte"an. Bis hierher denke ich, bin ich objektiv geblieben bzw. habe den Demokonsens getroffen.
Trotz der geilen Demo bleibt bei mir ein schaler Beigeschmack. Ich bin zur Demo gekommen, um gemeinsam mit GenossInnen im Lichtenberger Kiez das Thema "Faschistische Bedrohung" publik zu machen, den Willen zu zeigen, die Bedrohung nicht weiter zu dulden und die Basis fur eine antifaschistische Stadtteilarbeit zu schaffen. Dazu mussen wir uns auf die BurgerInnen zubewegen, d.h. zu ihnen gehen -haben wir gemacht- und auch gedanklich auf ihre Erfahrungen -Vopo*Schupo- ,ihr Erleben von Militanz -Randaleberichterstattung in ARD und ZDF- und ihre Lebenszusammenhange eingehen. Verdammt noch mal: Diese Menschen haben nicht uber 20 Jahre hinweg die Perfektionierung von Repression in der BRD/WB erlebt. Die Menschen dort kennen nicht die Kontinuitat faschistischer Organisationen seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie haben auch die inhaltliche und taktische Entwicklung der außerparlamentarischen Opposition von APO bis autonom nicht miterlebt oder eben nur aus unseren "objektiven" Westmedien.
Woher sollen diese Menschen unsere Wut gegen das patriarchial-kapitalistische System, unsere Angst vor faschistischen Horden und unsere Militanz verstehen? Hier gilt es unser Erleben von staatlicher Repression aufzuzeigen, unsere Angst vor faschistischen Horden zu benennen und unsere Utopien von einer befreiten Welt zur Diskussion zu stellen. Keine Kompromisse mit dem HERRschenden System einzugehen, heißt noch lange nicht sich den Draht zu den Beherrschten zu blockieren durch Militanzgeilheit. Stattdessen haben wir es wieder mal geschafft, den Menschen, die wir eigentlich erreichen, aktivieren und politisieren wollen, unsere Art von Politik ~~uber~~ aufzudrucken; aber fur eine Kontaktaufnahme, gemeinsame Stadtteilarbeit oder gar gemeinsamen Kampf gegen Sexismus, Faschismus, Repression etc.pp haben wir es uns kraftig verschissen: Viva la revolution oder die Geschichte von den großen Kampfern, die auszogen, die Weltrevolution zu vollenden. (Ja, ja ... jetzt bin ich der kleine Pseudorevoluzze mit falscher Sozialisation, der alles noch nicht so ganz kapiert hat.()
Wut, Militanz und Entschlossenheit - alles O.K., aber wo nehmen wir den HASS auf die Vopos her? Oder glaubt ernsthaft jemand, daß es möglich ist einen Pflasterstein mehrere hundert Meter weit auf die Faschos zu werfen und sie damit derart zu erschrecken, daß sie weder weiterhin unsere GenossInnen in den Häusern in Berlin (Hauptstadt) angreifen, noch Menschen anderer Hautfarbe bedrohen und verletzen? Ich meine, daß ein angstfreier Zustand nur dadurch erreicht werden kann, daß wir viele Menschen erreichen, Solidaritat erzeugen und in diesem Kontext unseren Widerstand entwickeln.
In Erwartung harter Kritik!

Wostotschnyje Sladosti

Fragen zur Antifa - Demo in Lichtenberg

Ich werde mich im folgenden bemühen, meine Wut über die Geschehnisse im Zusammenhang mit der antifaschistischen Demonstration durch Lichtenberg als Triebfeder einer Auseinandersetzung zu gebrauchen.
Ich werde mich bemühen keine Anpisse zu bringen, muß aber auf jeden Fall einige Interpretationen und Einschätzungen vorbringen.

Zu Beginn möchte ich kurz an die Diskussion nach dem Rep-Parteitag in der Hasenheide erinnern.
Insgesamt ging es damals um die Frage, zu welchem politischen Preis Bündnispolitik betrieben werden dürfe.
Den Leuten, die Blockade und Demo an der Hasenheide vorbereiteten und leiteten, wurde vorgeworfen, ein ,ilitantes Vorgehen gegen die Faschisten unterbunden zu haben, um die liberalen, damals bereits in der Regierung sitzenden Bündnispartner nicht zu verschrecken.
Viele gingen soweit den OrganisatorInnen bewußtes Kalkül zu unterstellen. Die OrganisatorInnen rechtfertigten sich damit, daß sie überlastet seien, bzw. andere ihre Vorstellungen halt nicht genügend eingebracht hätten. Klar war jedoch, daß zwei grundsätzlich verschiedene Strömungen von Antifa-Politik aufeinander trafen:
Auf Seiten der OrganisatorInnen der Wunsch mehr Stärke über ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften zu erreichen und die Bereitschaft dafür Abstriche an radikalen Positionen vorzunehmen.
Auf der anderen Seite stand die Position, welche weiterhin eine radikale antifaschistische Politik betreiben will. Wobei radikal eben nicht nur militant heißt, wie oft unterstellt wird, sondern auch und vor allem die Orientierung auf eine Zusammenarbeit mit den Leuten propagiert, die vom neuen Faschismus am meisten bedroht sind und sich wehren: Die jugendlichen AusländerInnen .
Es blieb zu hoffen, daß in Zukunft niemand mehr technische und hierarchisch-soziale Machtmomente zur Durchsetzung seiner Politik gegen große Teile von Massenveranstaltungen scene-intern mißbrauchen würde.

Zu Beginn des zweiten Teils möchte ich kurz auf die Möglichkeit eines militanten Vorgehens gegen die Faschisten von der Demo aus eingehen. Jeder/m war klar wie schwierig so etwas werden würde. Erst eine Schlacht mit den Bullen und wenn der Zugang zu den Faschistenhäusern dann möglich gewesen wäre, das Problem ein gut verteidigtes Haus anzugreifen.

ABER: Jede/er mußte dies in Abwägung persönlichen Risikos und etwaigen politischen Nutzens selbst entscheiden, da auf der VV und in der Vorbereitung darüber kein Konsens zu erzielen war!

In diesem Zusammenhang finde ich die Entscheidung nicht direkt an den Häusern vorbeizugehen richtig, da nicht von allen DemonstrantInnen verlangt werden kann die Superausrüstung mitzunehmen bzw. eine Konfrontation überhaupt einzugehen.

Nun zu den Sachen die ich daneben fand.
Zuerst zwei punkte, die ich auf der VV ziemlich mies fand.
Es gab auf der VV wie schon so häufig zwei Fraktionen. Die einen wollten eine breite Demo durch den Lichtenberger Kiez. Breit von den TeilnehmerInnen her, und im Anliegen viele Menschen zu erreichen. Ich nenne sie die "Breite-Demo-Fraktion". Die andere Gruppe hatte die Vorstellung, die Möglichkeit eines Angriffs auf die Faschisten jeh nach der Einstellung der DemoteilnehmerInnen offenzuhalten. Die "Breite-Demo-Fraktion" hat auf der VV zwei ziemlich unmögliche Sachen gebracht.
Erstens wurde behauptet, es sei gang und gäbe in der Berliner Szene militante Vorhaben auf Massenveranstaltungen vorher öffentlich vorzustellen. Als Beispiel wurde bezeichnenderweise das Motto einer Jahre zurückliegenden Anti-Akw Mobilisierung gebracht: Den Bauplatz zur wiese machen. Die Erfahrung, daß wenn Mensch auf VV`s die militanteren Positionen vertritt, sich die Bullen besonders für jemand interessieren, und das Wissen um klare politische Spaltungen haben aber eben in den

letzten Jahren dazu geführt militante Perspektiven eben nicht mehr öffentlich zu vertreten!
Als zweites ging dann Jemand aus der "Breite-Demo-Fraktion" soweit, mit dem Finger auf Leute zu zeigen und sinngemäß zu sagen:"Gebt`s doch endlich zu, ihr wollt die Häuser angreifen."
Die Position der Leute war aber die, nicht um jeden Preis anzugreifen, sondern vor Ort bei entsprechender Stimmung zu schauen ob es möglich ist, d.h. sich an dem zu orientieren was die TeilnehmerInnen wollen.
Diese Position bezieht die Erfahrung mit ein, daß ein großteil der Leute die auf der Straße aktiv sind auf VV`s u.ä. sich kaum artikulieren.

Ich gehe an dieser Stelle nicht auf Details wie gekippte Vorbereitungsgruppenbeschlüsse, lange Demorouten und bereits gedruckte Plakate ein, da deren Interpretation immer verschwörungstheoretischen Charakter hat.

Auch auf mögliche Zusammenhänge mit Schmutzwäsche-Geschichten gehe ich nicht ein, weil diese Auseinandersetzung hofftlich fair bleibt.

Nun zum Ablauf der Demo.
Meine eingangs erwähnte Wut rührt daher, daß ich auf der Demo das Gefühl hatte, die "Breite-Demo-Fraktion" nutzt ihre Verfügungsgewalt über den Lautsprecherwagen um ihre politische Linie durchzusetzten. Wobei mich allerdings irritiert hat, daß auf der Demo überhaupt keine liberalen, bürgerlichen Kräfte waren, die durch militante Aktionen hätten verschreckt werden können.
Deshalb möchte ich den (noch)GenossInnen drei Fragen stellen:

6

1. Gisela/Ecke Lückstr. stehen die ersten Bullen und versperren den Weg zu den Faschisten. Knaller fliegen. Der Lautsprecherwagen mahnt, es gehe heute nicht gegen die Bullen.
   Frage: Woher nehmt ihr das Recht soetwas als Konsens darzustellen? Auf der VV wurde nur gesagt, das es nicht gegen die Bullen als solche geht. Es war nie die Rede davon nichts gegen Bullen zu unternehmen die Faschisten schützen.

2. In der Giselastr. wird Spalier aufgezogen. Leute greifen es an. Der Lautsprecherwagen ist schon um die Ecke gebogen und mahnt zum weitergehen, obwohl er nicht weiß was passiert. Nachdem er über die Vorgänge informiert wurde mahnt er dennoch zum weitergehen und das es nicht gegen die Bullen gehe. Zum Glück ist fast zeitgleich das Spalier schon weg.
   Frage: Früher war ein Spalier als Angriff der Bullen definiert. Was hat sich für Euch daran geändert?

3. Kurz vor Ende der Demo Wönnich/Ecke Hans-Loch-Str. greifen mehrere hundert Leute die Bullensperre an, die uns von den in Sieg-Heil-Pose auf den Dächern stehenden Faschisten trennt. Die Hälfte der Demo bleibt an der Kreuzung zurück, ich behaupte nicht das die Hälfte mitmacht, sondern, das sie dableibt!
   Der Lautsprecherwagen fordert mehrmals auf weiterzugehen und fährt Richtung Münsterlandpl. davon. Dabei heißt es (sinngemäß) "Wir wollen bis zum Münsterlandpl. um dort unsere Abschlußkundgebung zu machen."
   Frage: Wer ist Wir, wenn die Hälfte der Demo zurückbleibt?

Einer von vielen erzürnten AntifaschitInnen

Dank für die Solidarität *von NachbarInnen und FreundInnen*
der **Wilden Fuffzehn**

Wir machen weiter
- **Kunstausstellung, Infos und wärmende Getränke**
- **Malen mit Kindern**
- **Rumträumen und Aushecken von gemeinsamen Aktivitäten**

jeden Nachmittag im Gemeinschaftsraum
- **Jede Nacht Nachtwache**

Willdenowstraße 15 *(Wedding)*

Informationsveranstaltung zu den neuen "Ausländergesetzen"

Am 7.Juli soll im West-Berliner Abgeordnetenhaus das neue " "Ausländer"-Innen-Gesetz (Schäuble- Entwurf) auch für Berlin eingeführt werden. Die Bundesregierung hat es im Eilverfahren und entgegen der Einwände sowohl der betroffenen ImmigrantInnen und Flüchtlinge, als auch der große Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und Organisatione wie Amnesty International, durch die Gremien gejagt. Damit wurde bewußt eine breitere gesellschaftliche Diskussion umgangen. Der Bundesregierung kommt dabei ein politisches Klima zugute, daß gegenwärtig fast ausschließlich deutschlandpolitisch orientiert ist.

Gleiche Rechte für Alle



Nein zum "Ausländer"-Innen-Gesetz !

Das neue "Ausländer"-Innen-Gesetz ignoriert grundsätzlich die Tatsache, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, und unterwirft 4,5 Millionen Menschen einer Sondergesetzgebung. U.a. wird der Zuzug von Familienangehörigen weiter erschwert, Frauen erhalten ein eigenes Aufenthaltsrecht erst nach vier Jahren und das Recht auf politische Tätigkeit wird weiter beschnitten. Arbeitslosigkeit, soziale Hilfsbedürftigkeit und Obdachlosigkeit werden als Gründe für eine Ausweisung festgeschrieben. Damit leistet das Gesetz dem täglichen Rassismus Vorschub, der ImmigrantInnen und Flüchtlinge als Sündenböcke. für die sozialen Mißstände und Mängel dieser Gesellschaft verantwortlich macht.

Das in den letzten Jahren ohnehin ausgehöhlte Asylrecht soll weiter eingeschränkt werden. Insbesondere Flüchtlinge, die bisher aus sogenannten humanitären Gründen in der Bundesrepublik bleiben konnten, droht in verstärktem Maße die Abschiebung. Eine Entscheidung wie z.B. ein Abschiebestop für den Libanon oder Sri Lanka wird von der Ebene des Bundeslandes in den Entscheidungsbrereich des Bundesinnenministers gestellt.

Wir fordern:

- **Abschaffung jeglicher "Ausländer"-Innengesetzgebung**
- **Gleiche Rechte für alle**
- **Bleiberecht für Flüchtlinge**

und wollen auf einer Veranstaltung informieren und diskutieren über:

- die rechtlichen Auswirkungen des neuen Gesetzes
- die besondere Situation ausländischer Frauen
- eigene Unsensiblen Umgang mit Rassismus

und versuchen Ansatzpunkte gegen das neue Gesetz aufzuzeigen

Zeit: Mo. 2.7. 18.00 Uhr | **Ort: TU-Berlin Hauptgebäude, Hörsaal H110 Ernst-Reuter Pl., Str. d. 17. Juni**

Aktionstag: Sa. 7.7. 8.30 Rathaus Schöneberg



Die Bevölkerung reagiert auf Auftritte von Rechtsextremisten meist mit totaler Gleichgültigkeit - "was geht mich das an?". Mittlerweile ist es möglich, daß Neonazis stundenlang ihren Scheiß in der City verteilen können, es regt sich niemand darüber auf. An organisierte Angriffe auf solche Aktionen war bisher nicht zu denken. Das Kräfteverhältnis war lange Zeit für uns sehr schlecht, wir waren meist nur am Wegrennen.

Dieser Artikel soll die Entwicklung und jetzige Situation in der selbsternannten "Heldenstadt" darstellen. HERBST IN LEIPZIG - das soll das Gegenteil von dem benennen, was tatsächlich im Herbst geschah. Damals war hier Aufbruchstimmung, viel sprach für eine Veränderung, die eine freiere Gesellschaft zum Ziel hat. Heute jedoch hat sich das Bild gewandelt und die Linke ist in der Defensive. Mehr noch, in den meisten Fällen sind wir es, die rennen. Doch trotz allem, trotz dieser deprimierenden Situation: Es bildet sich langsam was heraus. Ein paar Menschen, die die BRDigung und den Naziterror nicht mehr tatenlos hinnehmen.

Seit dem Winter, seit dem immer stärker auftretenden Nationalismus und Rassismus, ist es der Linken immer weniger gelungen ihre Inhalte und Vorstellungen zu vermitteln. Bei den Montagsdemos im Januar bis März wurden Linke nicht nur immer mehr verdrängt, sondern verstärkt auch tätlich angemacht. Trotzdem gab es immer noch Leute, die sich wehrten: So wurde am 29. Januar die Gründungsveranstaltung der "Republikaner" militant angegriffen.
Gleichzeitig wurden auch speziell ausländische Student/innen und Arbeiter/innen eingeschüchtert. Sie werden auf der Straße angegriffen, im Laden oder in der Straßenbahn blöde angepöbelt, provoziert. Wenn sie sich dagegen wehren nehmen die Umstehenden meist gegen sie Partei. Bei einer Veranstaltung der Polizeiführung in der Uni versicherte der Kripo-Chef, Oberleutnant Issleib, man werde "auch weiterhin für Ihre Sicherheit sorgen"! Mehr hätte er zur Verunsicherung wohl nicht beitragen können. Als Ergebnis davon organisieren sich nun auch viele Ausländer/innen, hauptsächlich aus Kuba und Vietnam, zum Selbstschutz. Die Reaktion der Polizei darauf steht noch aus.

Der 1. Mai

Am 1. Mai wurde versucht diese Situation zu durchbrechen und das Blatt zu wenden. Es war klar, daß die faschistische Partei MND (siehe Kasten) auf dem Marktplatz eine Kundgebung abhalten will. Daraufhin wurde beschlossen eine antirassistische Demo durch die Innenstadt zu machen. Es sollte gezeigt werden, daß es uns noch gibt und wir nicht bereit sind, dem Nationalismus und Rassismus tatenlos zuzusehen. Die Demo endete auf dem Markt, wo bald darauf die Nazi-Kundgebung angekündigt war.
Auf dem Markt angekommen wurde die Versammlung bald darauf von den Neonazis angegriffen. Ca. die Hälfte der Antifas flüchtete, die anderen gingen zum Gegenangriff über. Sie warfen mit Flaschen auf die Faschisten und stellten sich ihnen entgegen. In diesem Moment erst griff die Vopo ein und stellte sich dazwischen. Die Antifademo wurde eingekesselt und zum Hauptbahnhof geleitet. Die Faschos konnten in der Zwischenzeit durch die Stadt ziehen, einzelne Leute jagen und "Rotfront verrecke" brüllen. Erst als Antifas aus anderen Städten auf dem Hauptbahnhof angegriffen wurden griff die Vopo ein und nahm 20 Nazis fest. Ansonsten aber verhielt sie sich so, daß nach außen der Eindruck einer "neutralen Polizei" entstand. Tatsächlich wurde den Nazis kaum ein Stein in den Weg gelegt, während die Antifas aus der City weggebracht wurden.
Der 1. Mai war in einer Hinsicht eine Wende von der bisherigen Situation: Zum ersten Mal gab es bei einer Auseinandersetzung mit militanten Nazis viele Leute, die sich dieser Konfrontation gestellt haben und nicht weggerannt sind. Ein Ereignis, das hier in Leipzig sicher anders eingeschätzt wird als woanders. Für uns ist das ein wichtiger Wendepunkt in der Antifa gewesen. Es wurde bei uns, aber auch von der Gegenseite, so begriffen. Wohl auch als Reaktion darauf begannen die Faschos sofort damit, ihren Terror zu verstärken.

Der Nazi-Terror

Noch am Wochenende nach dem 1. Mai begannen die Faschisten Druck gegen linke Strukturen zu machen. Dabei konzentrieren sie sich hauptsächlich auf die autonome Linke. Den ersten militanten Überfall gab es dann am 5. Mai: Im Jugendklub "SACK" fand wie schon öfter vorher ein Hardcore-Konzert statt. Die erste Gruppe hatte gerade begonnen, als 150 Nazis den Klub mit Steinen angriffen. Die Leute drinnen waren völlig überrascht und wehrten sich kaum. Noch im Mai gab es zwei weitere Überfälle auf den SACK, wobei es auch mehrere Verletzte gab. Als Reaktion darauf dürfen nun dort keine Punk- oder Hardcore-Konzerte mehr stattfinden. Mit der Schließung des Jugendklubs ist den Faschisten ein Erfolg gelungen, nämlich unsere Struktur, die selbstorganisierte Konzerte ja mit einschließt, weiter zu dezimieren. Es gibt jetzt in Leipzig nur noch einen einzigen Klub, in dem wir solche Konzerte veranstalten können.
Allein in den letzten sechs Wochen hat sich aber auch in der Stadt die Lage immer weiter verschärft. Kleine Grüppchen von Nazis hängen in der City oder am Hauptbahnhof rum und greifen nach Lust und Laune Andersaussehende an. Dabei wird ihr Opfer oft von 20-30 Faschos umstellt und dann zusammengeschlagen. Solche Angriffe sind schon alltäglich und werden kaum noch gezählt. Es gab Angriffe auf ein von Studies bewohntes Haus, auf die Uni-Mensa, auf Verkaufsstände von Vietnamesen usw. Es ist oft schon gefährlich allein in der City oder am Bahnhof rumzulaufen. Dies gilt natürlich erst recht für die Stadtteile, aus denen viele der Faschos kommen.
Die Faschisten üben ihren Terror jedoch nicht (bzw. nicht nur) spontan aus. Im Gegenteil, es gibt auch schon eine weit fortgeschrittene Organisierung der Nazigruppen. Dabei tut sich vor allem die MND hervor, die z.B. auch Veranstaltungen macht. Eine solche "Informations-Veranstaltung" fand am 6. juni statt: David Irving, bekannter Nazi-Historiker, klärt auf über die "Geschichtliche Wahrheit"...
Die derzeitige Stärke der Faschos können wir nicht genau bestimmen, doch die Zahl von 500 Mitgliedern bei den Nazigruppen ist sicher nicht übertrieben. Dazu kommen natürlich noch viele, die nicht organisiert, aber aktiv sind.

...und die Linke?

Der Terror hat seine Wirkung erzielt, die er auch erreichen sollte: Linke Organisationen treten kaum noch offen auf, schon gar nicht zum Thema Antifaschismus. Veranstaltungen und Konzerte werden kaum noch vorher angekündigt. Die eigenen Veranstaltungen müssen grundsätzlich geschützt werden, doch auf dem Heimweg werden auch oft Leute angegriffen. Klar, daß diese Situation vielen Leuten anstinkt. Doch der Ablauf der Aktion am 1. Mai auf dem Markt hat schon Mut gemacht und langsam wird dazu übergegangen, den eigenen Selbstschutz zu organisieren. Wir machen uns auch darüber Gedanken, wie dem permanenten Terror was entgegengesetzt werden kann. Dabei trifft auch das fast nur auf die autonome Linke zu. Andere linke oder fortschrittliche Partei und Organisationen halten sich dezent raus - es geht ja nicht gegen sie. zwar gibt es immer einzelne aus diesen Gruppen, die sich solidarisieren oder auch direkt tätig werden, doch die Organisationen selbst ziehen den Schwanz ein. Und bisher werden sie dafür von den Nazis auch in Ruhe gelassen.
Im Laufe der letzten Wochen haben sich nun schon mehrere kleine Gruppen von Leuten gebildet, die sich gegen den Naziterror organisieren. Daß diese Organisierung den militanten Selbstschutz an erste Stelle stellen muß, daß läßt sich leider nicht vermeiden. Trotzdem versuchen wir auch immer, weitergehend politisch zu arbeiten. Die erste Gruppe, die antifamäßig auch nach außen hin arbeitet ist die ANTIFA JUGENDFRONT. Sie versucht seit April antifaschistische Jugendliche zu organisieren, tritt aber auch außerhalb der Schulen in Erscheinung. Sie hat auch die erste Leipziger Antifazeitung herausgebracht.
Es gibt hier viele, denen die Entwicklung stinkt und die aktiv werden wollen. Wenn sich dabei der Aufbau der Antifa-Struktur weiter so vollzieht, wird es hoffentliuch bald eine wesentlich schlagkräftigere Antifa in Leipzig geben. Denn die derzeitige Lage ist nicht mehr haltbar. Und wir werden uns natürlich für die nächsten Monate auch andere Aktionsformen überlegen müssen, mit denen wir auch mal eigene Erfolge organisieren können und nicht hauptsächlich am Weglaufen sind...
Es wäre uns in diesem Text natürlich möglich, die Situation und den Aufbau der Antifa genauer zu beschreiben, was sicher auch wichtig wäre, um unser Vorgehen in manchen Fällen zu verstehen. Doch die Sicherheit geht vor und wir wollen nicht zu viel von uns offenlegen.



Es wurde jetzt übrigens ein Antifa-Fonds gegründet, mit dem die autonome Antifa in der DDR unter-

stützt werden soll. Vor allem soll davon Material bezahlt werden, wie Druck von Flugies, Zeitungen usw. Wer dazu was spenden will, kann sich an die ANTIFA JUGENDFRONT in Leipzig oder Berlin wenden.
Ein Konto gibt es noch nicht, wird aber bald eingerichtet!

Nazigruppen in Lepizig

Die beiden größten Faschisten-Parteien in Leipzig sind die MND und die REP:

Republikaner
Sie wurden im Januar gegründet und erwecken eher noch den Eindruck einer Kolonie der bayerischen REPs. Trotzdem sind sie in der Öffentlichkeit präsent, machen Veranstaltungen usw. Direkt öffentliche Auftritte scheuen sie aber noch, aber wohl eher aus eigenen Schwierigkeiten heraus, als aus Angst vor uns.

Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND)
Offen faschistische Organisation, die als Schwesterpartei der NPD in der BRD gilt, jedoch wesentlich militanter auftritt. Viele Überfälle der letzten Monate gehen auf das Konto von MND-Aktivisten.
Die MND tritt oft auch mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit: Beispielsweise die Veranstaltung "Die Schuld des Juden am 2. Weltkrieg". In der MND sind vor allem sehr junge Leute organisiert.

daneben gibt es in Leipzig auch die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU), die z.B. erst am 17. Juni eine Demo mit 150 Leuten durch die City gemacht hat. Viele Jugendliche, oft erst 13, 14 Jahre alt, rennen auch als Skonheads und/oder Hooligans rum und sind sehr oft bei den Überfällen dabei.







überregionale DEMO in Wunsiedel (17.8.)

Wie versprochen folgt nun eine etwas detailliertere Begründung für eine Demo in Wunsiedel.

Warum wir eine überregionale Demo in Wunsiedel für wichtig halten:

Überall, ob in großen Städten oder auch auf kleinen Dörfern, nehmen Überfälle, Schmierereien bis hin zu schwersten Körperverletzungen und Mord durch Faschos immer mehr zu. In einigen Gebieten (Berlin, Dresden etc.) sind sie zur täglichen Praxis von Faschos geworden. Sie begnügen sich also nicht mehr nur damit zu agitieren und das Land mit ihrem Schrifttum zu verseuchen. Gewalt gehört nun auch offen zum Programm. Hier greift die jahrelange Verharmlosung (Faschoschläger werden in der Presse als "randalierende Jugendliche" abgetan, Organisationen nur als "ewig Gestrige" usw.)oder das Besetzen von faschistischer Argumentationen durch die staatstragenden und herrschenden Parteien von CDU/CSU über SPD bis hin ins reformistische "linke" Lager. Dies alles kennen wir: Die ganze deutschnationale Scheiße, die hetze gegen Menschen aus anderen Ländern die hier, beim Verursacher und Profiteur ihres Elends, zuflucht suchen. (Stichwort Ausländergesetz)

Der massive Aufmarsch der Köpfe faschistischer Organisationen und deren gewaltätiger Anhang in Wunsiedel bedeutet einen neue Dimension. Kontinuierlich gelang es den Faschos in den letzten 2 Jahren ihre Anzahl in Wunsiedel zu verdoppeln. Nach unseren Infos wird es bei dieser Verdoppelung dieses Jahr nicht bleiben. Alleine aus der DDR ist mit einer großen Anzahl von mobilisierbaren Faschos zu rechnen. Das Besondere an Wunsiedel ist, daß sämtliche sonst nach außenhin konkurierenden Gruppen und Einzelpersonen gemeinsam auftreten, um den 3. Todestag ihres "großen Vorbildes" , des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess, als "Fanal" für die ultrarechte Bewegung zu feiern. Mit Sprüchen wie "Rudolf Hess lebt" oder "Rudolf Hess-Märtyrer für Deutschland" finden sie einen gemeinsamen Nenner und zeigen, daß ihre angeblichen Differenzen nur vorgeschoben sind (es werden vermutlich kommen: Kühnen, Mosler, Borchert, Dinter, Brehl usw. und deren Anhängerschaft. Weiterhin Vertreter aus Wiking Jugend, FAP und der ganze Kack). Sollte es ihnen gelingen, in großer Anzahl und ungestört in Wunsiedel zu marschieren, werden die dies mit Sicherheit überall und jederzeit wiederholen (ZB. 20.4.; Sonnenwendfeiern, an anderen markanten Orten und Daten).

Dies bedeutet:

- Weitere Organisierung und Zunahme gewaltätiger Angriffe
- zuhnehmende Gewöhnung von Gesellschaft und Politik an faschistoides Gedankengut, Leugnen der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und der Massenmorde
- der Faschismus wird wieder "hoffähig", auch für`s Kapital und Wissenschaft (Rassendenken -"biologisch" begründet-, Eugenik)
- Stärkung der "Lebensschützer", deren Urheber aus faschistischen Kreisen kommen, dies bedeutet einen weiteren Angriff auf die Rechte der Frauen (zB.§218)

Kurz um: Die Standbeine des Faschismus (Sexismus, Frauenfeindlichkeit, AusländerInnenfeindlichkeit, Nationalismus usw.) werden sich stärker in der Gesellschaft verankern, als sie es ohnehin schon sind, wenn sie in ihrer extremsten Form offen vertreten werden können (abgeschwächte Übernahme und "Normalisierung").Von der persöhnlichen Bedrohung durch die Faschos ganz zu schweigen.

Dieser Text ist trotz aller Mühe nur ein Anriß der ganzen Problematik, einige Punkte kommen hier sicherlich zu kurz (zB. das frauenfeindliche und sexistische Weltbild). Dennoch soll dieses Papier die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer entschlossenen und kämpferischen Gegendemo in Wunsiedel aufzeigen. Es gibt am überregionalen Vorbereitungstreffen am **30.6.,14.00 Uhr im KOMM** ein ergänzendes und inhaltlich ausführlicheres Papier, das wir aus Geldmangel leider nicht verschenken können. Das Vorbereitungstreffen soll auch dazu dienen, konkrete Vorgehensweisen in Wunsiedel zu dikutiere.
Doch nun zurück zum momentanen Stand der Planung.
In Wunsiedel gibt es einen regionalen AK, der die Kundgebung und die Demo angemeldet hat. Es findet ein Austausch zwichen uns und dem regionalen AK statt. Bisher wurden folgende Beschlüsse gefaßt:
Vor und nach der und räumlich unabhängig von der Demo sind grundsätzlich alle Aktionsformen, die sich Menschen vorstellen und umsetzen wollen möglich, solange durch die Aktionen keine anderen Menschen gefährdet werden. Die Demo, Auftakt-und Abschlußkundgebung (13.30 und 16.00 Uhr) soll friedlich verlaufen. Wir werden uns aber keine Angriffe von Bullen und/oder Faschos gefallen lassen. Wenn die Abschlußkundgebung Beendet wird(1 1/2 Stunden vor Beginn des Faschoaufmarschs) soll versucht werden, den Platz der Auftaktkundgebung zu erreichen und zu besetzen. Dieser Platz ist der selbe, wo der Faschoaufmarsch beginnen soll. Die Faschos haben feste Parkplätze, welche von Ihnen angefahren werden müssen, zugewiesen bekommen. Wir nicht.
Wenn die Faschos ihre Demo ungestört durchführen können, teilen sie sich danach vermutlich folgendermaßen auf:
Moslerleute fahren nach Bayreuth
Kühnenleute nach Kulmain (Weihsaal)
der Rest:??????
Seit Herbst wird angeblich eine Gruppe Faschoschläger organisiert, die die Demo angreifen soll. Auf alle Fälle ist mit Angriffen vor und nach An-und Abreise seitens der Faschos zu rechnen.
Soweit zum aktuellen Stand.

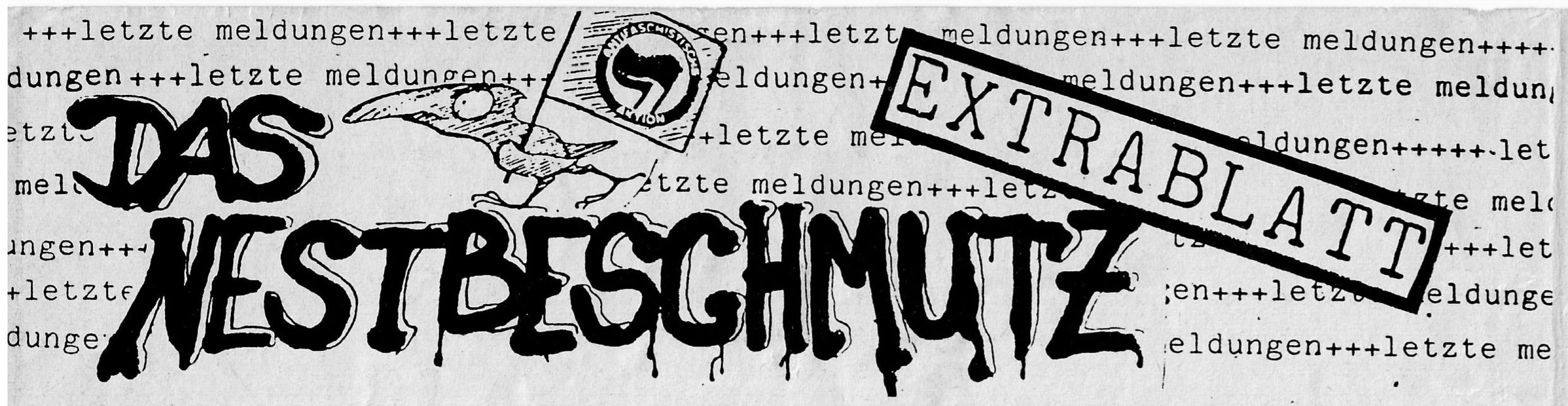
Wenn ihr zum überregionalen Vorbereitungstreffen kommen wollt, meldet euch unbedingt an (Zwecks Planung: Raum, Getränke, gegebenen Falls Schlafplätze...). Wir sind erreichbar: Telefonisch: Mi. 17.00 - 21.00 Uhr; Tel. 0911/226598
oder briefmäßig: PLK Nr. 050259 D 8500 Nürnberg 1

Da die Verschickung, Plakate, Flugis usw. Geld kosten, wären Geldspenden echt toll.

S. Luther
Schmidt Bank Nürnberg
Kontonr: 010832718 ; Blz: 26030070

Also kämpferische Grüße vom Wunsiedelvorbereitungsteam — Nürnberg, den 20.6.90

...und nochwas zum 30.6.:
Für InteressentInnen: Um 11.00Uhr findet in Nbg. an der Lorenzkirche eine Kundgebung "Nie wieder Deutschland" statt.



ODER WANN KÖNNEN WIR ENDLICH DIE GÖTTINGER JUSTIZ, DIE BULLEN UND DAS GT ZU DEN AKTEN LEGEN?

Die Staatsanwaltschaft hat es nun endgültig geschafft nach knapp siebenmonatiger Beweisaufnahme genau die allerplatteste Version der Bullen zu Connys Tod am 17.11. 89 zu bestätigen. Wir sagen BRAVO!
Während die Justiz äußerst rege ist, die Leute mit Verfahren und Strafanträgen zu überziehen, die gegen Connys Tod protestiert und demonstriert haben, die den Mund aufgemacht haben um die Verantwortlichen beim Namen zu nennen, ist dieselbe Justiz, allen voran Staatsanwalt Heimgärtner, schon bei den Ermittlungen gegen die Bullen und den Autofahrer wegen fahrlässiger Tötung auf beiden Augen blind gewesen. Kein Wunder.
Zur Erinnerung: Die Bullenvernehmungen wurden erst eine Woche nach Connys Tod begonnen - Zeit genug für die Herren ihre Aussagen abzugleichen - und der Funkspruch ("Sollen wir sie plattmachen?") war zwei Wochen später noch nicht beschlagnahmt. Jetzt sind nun die Ermittlungen abgeschlossen, das Verfahren wird eingestellt, Conny W. kann "zu den Akten".
Ergebnis: Die Polizei und der Autofahrer sind für Connys Tod nicht verantwortlich. Die Begründung ist haarsträubend: Die"Personalienfeststellung" sei nicht pflichtwidrig gewesen, denn die Autonomen hätten ja Verdächtige oder zumindest Zeugen des Vorfalls in der Burgstraße sein können.
Zur Erinnerung: Schon am 19.11. bestätigte Lothar Will, daß kein konkreter Verdacht vorlag, daß die Gruppen vor dem Iduna und in der Burgstraße identisch seien. Warum hätten also die Personalien festgestellt werden müssen? Mit einer unglaublichen Dreistigkeit wiederholt die Staatsanwaltschaft die billigste Bullenversion der ersten Tage. Eine neue Variante ist allerdings dazu gekommen: Der Funkspruch "sollen wir sie plattmachen?" , ein angeblich normaler Polizeifachjargon, soll der Gruppe bei der auch Conny gewesen ist, solche Angst eingejagt haben, daß Conny vor den Bullen geflüchtet ist. Die neueste Erfindung der Staatsanwaltschaft: ein tragbarer Miniempfänger zum Abhören des Bullenfunks (Schickt ihn uns rüber!!!).
Daß der Funkspruch genau das angekündigt hat, was später geschah, ist eine erschreckend einfache Tatsache. Umso unglaublicher wie dreist und schamlos die Staatsanwaltschaft öffentlich die Tatsachen verdreht und sich zum "Polizeisprecher" macht.
Kein Wort davon, daß die Bullen ihren Einsatz ohne Absperrung der vielbefahrenen Weender Landstraße durchgezogen haben, daß sie es nicht für nötig hielten ihr Blaulicht, mit dem sie sonst so schnell dabei sind einzuschalten, daß sie für die "Personalienfeststellung" knüppelschwingend auf die Leute losgestürzt sind. Kein Wort davon daß der Einsatz mit großes Polizeiaufgebot incl. Hundeführer gefahren wurde. Und das alles um mögliche Zeugen kennenzulernen???

Lt. Heimgärtner soll der Funkspruch Anlaß für die Flucht gewesen sein - und der dazugehörige Bulle, gab es den überhaupt?
Angesichts des Todes eines Menschen ist die Argumentation der Staatsanwaltschaft blanker, menschenverachtender Zynismus. Das GT, das sich mit Heimgärtner und Bullerei freut, Conny W. endlich"zu den Akten legen"zu können, zitiert aus der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft: Keine/r der restlichen Menschen aus der Gruppe um Conny hätte sich zur Zeugenaussage zur Verfügung gestellt...
Daß dem so war, hat natürlich gute Gründe. Daß die Staatsanwaltschaft kein Interesse hat ihre Kumpel von der Polizei zu verknacken hat sie ja jetzt unter Beweis gestellt , lieber wäre es ihr jedoch gewesen, hätten auch ein paar Autonome ausgesagt, um die Beweiserhebung zu vervollständigen. Dann hätte die Staatsanwaltschaft trotz dieser Zeugenaussage die Ermittlungen eingestellt, denn Bullenaussagen sind "wahrer" als die Normalsterblicher. Erfahrungen auf diesem Gebiet gibt es tatsächlich genug: Wer es wagt gegen Bullenaussagen auszusagen lügt, die Konsequenz ist in der Regel ein Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage oder bei Vereidigung wegen Meineids. Die Strafen sind deftig: Bei Meineid nicht unter einem Jahr!
Auch die Anzahl der Zeugen macht da keinen Unterschied. Im Rahmen der Prozesse um den Widerstand in Wackersdorf 1986 sind sechs Zeugen direkt aus dem Zeugenstand verhaftet worden , weil sie gegen einen Bullen ausgesagt haben. Das war kein Einzelfall. Die bundesdeutsche politische Justiz arbeitet gerne mit dieser Methode, übrigens auch in Göttingen schon geschehen.
Dennoch ist der Tenor von Heimgärtners Presseerklärung: "Von den Autonomen will ja Niemand mit uns zusammenarbeiten, ..."
Im Übrigen ist es glasklar, daß für die juristische Bewertung des Bulleneinsatzes kein einzige/r ZeugIn nötig gewesen wäre: Die Tatsachen sind so eindeutig. Es war ein Einsatz, der in seiner Planung und Ausführung durchaus den Tod von Menschen in Kauf genommen hat, das bestätigt nicht nur der Funkspruch. Er wurde an einer der verkehrsreichsten Straßen Götti ngens ohne jegliche Sicherheitsvorkehrung ausgeführt.
Aber mann ist ja unter sich, man kennt sich ja. Ziviles Streifenkommando, Streifenbullen, Bullenchefs, Staatsanwaltschaft und die politisch verantwortlichen bis hin zum Innenministerium (auch die SPD hat sich zum größten Teil auf die Seite der Bullen geschlagen) wußten von Anfang an, was zu tun ist: vertuschen, verschleppen, denunzieren, kriminalisieren, die Tatsachen verdrehen und die Opfer zu TäterInnen machen. Ihre Logik ist einfachst: Conny wollte ihre Personalien nicht feststellen lassen, muß also etwas zu verbergen gehabt haben, hat es also verdient. Wenn das alles nicht Grund genug war, so sind die eingeschlagenen Fensterscheiben bei der Demo am 25.11. doch der endgültige Beweis. Chaoten sind eben keine Menschen.
Gemäß diesem Motto liefert die Göttinger Justiz nun den Rundumschlag gegen die , die die Verantwortlichen benannt haben und benennen (siehe unten). Allein die Tatsache, daß eine Frau aus Frankfurt am Tag der Demo am 25.11. Richtung Göttingen mit ihrem Auto fuhr und am Ortseingang von Bullen kontrolliert wurde bescherte ihr eine Anzeige wegen: "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz"!
Der Prozeß findet am Montag 14 Uhr im Amtsgericht Göttingen statt.
In einem anderen Prozeß, der am 11.6. stattfand, ging es um die Räumung der Mahnwache am 19.11.89. Dem Angeklagten wird mutwillige Nötigung vorgeworfen, er soll angeblich vor ein fahrendes Bullenauto gelaufen sein. Auch hier wurde der Bulleneinsatz und seine Berechtigung mit keinem Wort in Frage gestellt. Daß die Bullen zwei Tage, nachdem sie eine Frau in den Tod getrieben haben gewaltsam den Ort ihres Todes und der Trauer der anderen räumen, ist in diesem System durchaus legitim. Der Angeklagte kann sich sogar noch glücklich schätzen, daß das Verfahren gegen 500 DM Geldbuße eingestellt wurde, nachdem ein Bullenzeuge plötzlich Gedächtnisschwierigkeiten hatte.

Realität BRD:
Die Mörder läßt man laufen, die in Schmerz und Wut aufschreien und sich wehren kommen unter die Räder der Justiz.

NIE VERGESSEN! WANDELT TRAUER UND WUT IN WIDERSTAND! SO LEICHT LASSEN WIR UNS NICHT ABSPEISEN!

Mahnwache findet an jedem 17. jedes Monats statt !

Prozesse wegen 25.11.89

Am 7.6. lief der Prozeß gegen Stefan an und damit der erste im Zusammenhang mit Connys Ermordung.
Die ProzeßbeobachterInnen wurden mal wieder auf Anordnung des Richters durchsucht. Der Prozeß wurde nicht in einen größeren Saal verlegt, obwohl nur 32 der ca. 80 wartenden Leute hereinpaßten.
Die Anklage gegen Stefan lautet auf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und auf das Mitführen von Waffen oder sonstigen Gegenständen zum Erbauen dieser. Die Verteidigerin machte den Richter auf den Unkonkreten Vorwurf aufmerksam. Darüber wollte der Richter aber nicht diskutieren. Die Verteidigerin Stellte Befangenheitsantrag gegen den Richter, über den noch entschieden werden soll, denn die für den Prozeß angesetzte Zeit war schon vorbei und der nächste Termin auf den 15.6. gesetzt, ein Termin an dem alle können außer der Anwältin von Stefan.

Hausbesetzungen am Hermannplatz ??!

Am 21.6.90 um 17.22 flatterten aus den Stadt und Land Häusern Hermannplatz 6 und Karl Marx Str. 3 Transparente, die auf eine Besetzung schließen ließen. Um 17.30 gab es Mega-Durchsagen aus dem Haus Hermannplatz 6.

Was war los?

Um die Aktivitäten gegen Stadt und Land zu verstärken und um eine weitere Eskalationsschiene einzubauen, wurden die beiden Häuser im Zuge der Kundgebungen gegen Stadt und Land zur selben Zeit (Schein)besetzt. Während die 1. Kundgebung am Platz der Stadt Hof lief, besetzte die Werra-Block Ini das seit Jahren leerstehende Haus Wederstr. 42 (dies Haus hat auch Stadt und Land gehört). Verließ es dann aber, als die ersten Bullen aufkreutzten.

Kurz bevor dann die 2. Kundgebung auf dem Hermannplatz begann, wurden die Häuser Karl Marx Str. 3 und Hermannplatz 6 (Schein)besetzt. Der Ort und der Zeitpunkt waren so gewählt, daß eine Besetzung diesmal im repräsentativen Herzen von Neukölln, nämlich am Hermannplatz stattfindet. Der Zeitpunkt paßte zusammen mit der Kundgebung und dem Markt auf dem Platz. Da die vier leerstehenden Häuser am Hermannplatz, die alle Stadt und Land gehören (siehe dazu die 12. Neuköllner Kiezflugschrift), Sanierungshäuser sind und wir auch mit einer schnellen Räumung gerechnet haben, haben wir uns für das Mittel der Scheinbesetzung entschieden. Aber um die Sache realistischer zu machen und um natürlich auch unsere Inhalte rüberzubringen, hatten wir im Hermannplatz 6 eine Anlage installiert. Über diese Anlage kamen dann immer wieder Durchsagen. Durch eingebaute Pausen war gewährleistet, daß sich die Redebeiträge vom Haus nicht unbedingt mit denen der Kundgebung überschneiden mußten. Die Redebeiträge kamen so laut rüber, daß sie selbst noch vor Karstadt gut zu hören waren. Die Menschen auf dem Hermannlatz wirken sehr interessiert, konnten sie sich doch gar nicht vorstellen, daß hier Häuser leer stehen. Die Sache schien so realistisch, daß die Bullen mit Helmen auf das Haus stürmten und die Anlage in Haft nahmen. Leider war es den Bullen möglich die Anlage ziemlich schnell abzuräumen, weil keine Leute vor dem Haus den Eingang schützen. Dadurch sind dann die letzten Redebeiträge auch nicht mehr gekommen. Schade drum.

Warum Stadt und Land?

Auf der einen Seite empfehlen wir dazu die 11. und 12. Neuköllner Kiezflugschrift. Auf der anderen Seite ist uns der Aspekt gegen eine senatseigene Wohnungsbaugesellschaft vorzugehen wichtig, weil wir nicht nur private Hausbesitzer und Kapitalisten enteignen wollen, sondern auch Staat und Senat. Weiter wollen wir den Widertand gegen Hausbesitzer, samt Enteignungsforderung verbreitern, eben auch gerade gegen Firmen, wo Senat und Presse nicht die Rückzugsmöglichkeiten haben. D.h., bei Stadt und Land kann und wird weder der Senat noch die Presse die Möglichkeit haben, sich nach der ***Schwarzen Schaf Methode*** aus der Verantwortung zu stehlen (wie z.B. bei Skoblo im Werra-Block). Ansonsten wollen wie Stadt und Land angreifen, weil sie nichts anderes sind als der verlängerte Arm der Senatsumstrukturierungspolitik in den Stadtteilen.

Die Aktion jetzt am Hermannplatz stellen wir in den Zusammenhang mit der gescheiterten Besetzung der Wissmannstr. 19 (auch ein Stadt und Land Haus) am 27.4.90 und den anderen Aktivitäten die bisher gegen Stadt und Land gelaufen sind.

Für die Enteignung aller Hausbesitzer und für die soziale Revolution !
Für den Anarchismus !

Kurz was zu den Anlage.

Die Anlage die wir verwand haben ist einfach zu beschaffen, zu bauen und ziemlich effektiv. Sie bestand aus:

einem Druckkammerlautsprecher 40 Watt (Megas haben solche Lautsprecher)
einem Autokassettenrecorderverstärker
einem BilligWalkmenschen
und zwei Blockbatterien á 6 Volt.

Druckkammerlautsprecher sind deswegen gut für so eine Aktion, weil sie eine große Leistung haben, ohne dabei stark zu verzerren. Wenn Ihr alle Teile neu kauft, kostet diese Anlage ca. 100 DM. Viel Spaß beim Beschallen von Plätzen und anderen Sachen mit unterdrückten Nachrichten!

Für den Anarchsimus!

12. Neuköllner Kiez Flugschrift

Juni 90

Stadt und Land gehört in MieterInnen-Hand !

Stadt und Land ist eine der größten Wohnungsbaugesellschaften und gehört zu 100% dem Land Berlin. In ihrem Besitz befinden sich über 20000 Wohnungen. Die Meisten davon in Neukölln, aber auch in Tempelhof und Schöneberg besitzt *Stadt und Land* Wohnhäuser. Nachfolgend einige Beispiele, die deutlich machen sollen, was sich sonst noch alles hinter dieser ehemals *"gemeinnützigen"* Wohnbauten GmbH steckt.

Können Korruptionsaffären gemeinnützig sein ?

Als 1981 die CDU die Regierung übernahm, horchte man auch im fernen München auf. War Berlin schon immer ein beliebtes Pflaster für Westdeutsche Absa(h)nierer, wurde es durch den CDU-Filz noch attraktiver. Der Münchner Baubetreuer Bertram setzte sich mit CSU Kollegen zusammen, die vermittelten ihn zum Innensenatornapoleon Lummer. Und so landete Bertram dann schließlich bei *Stadt und Land.* Schakow (CDU Staatssekretär und Aufsichtsratvorsitzender bei Stadt und Land), Blasek und Benger (beide Geschäftsführer von Stadt und Land) standen bis zum 8.6.90 deswegen vor Gericht. 15 Monate und 80 Verhandlungstage lang wurde verhandelt ob denn Geschäftsführer und Staatssekretäre korrupt sein können.



Neuköllner Kiezdemo am 1.4.89 auf dem Weg zur Hauptzentrale von *Stadt und Land* in der Werbellinstr. 12.

Worum gings? Um öffentlich geförderte Schmiergelder. Die Verteidigung nannte die Zahlungen und Geldforderungen von Schakow, Blasek und Benger *"im Rahmen des Üblichen"* für die Vermittlung solcher Projekte. Wir denken, die Verteidigung hat recht. Unüblich ist eher, daß diese Figuren sich dabei erwischen lassen. Nun, für den Auftrag als Generalübernehmer bei der *Stadt und Land* Siedlung Rudower Felder, ließ Bertram schon einiges springen. Für Schakow ein Ferienhaus zur gemeinsamen Nutzung mit Bertram in Tirol, Blasek bekam mehrere Safari-Reisen nach Afrika und ein Taschengeld von **220.000 DM spendiert**, Abteilungsleiter Siede von der Wohnungsbau-Kreditanstalt bekam einen neuen BMW. Und weil das alles noch nicht genug war, forderten Schakow 3 Mio. DM und Blasek 1 Mio. DM für weitere Dienste von Bertram. Im Zusammenhang mit dem geplatzten Projekt von 472 Sozialwohnungen in der Wissmannstraße bekam dann auch Neuköllns Baustadtrat Branoner zu *seinem* Geld. 17000 DM hat er von Bertram bekommen. Andere Zeugen sprechen sogar von 60000 DM. LiebeR LeserIn, wenn Sie bei diesen Summen ganz wirr im Kopf werden sollten, dieses Geld war im Endeffekt Ihres, nämlich alles Steuergelder. Denn *Stadt und Land* baut immer zum größten Teil mit Steuergeldern, die dann z. B. an Bertram fließen und er damit dann wieder *Stadt und Land* schmiert. Ein ewiger Kreislauf auf unsere Kosten.

Von der Sahne beim Sanieren

Auch hier hält *Stadt und Land* eine breite Palette von Möglichkeiten bereit, wenn es darum geht, bei der Sanierung möglichst gut abzusahnen. Z.B. durch die Kahlschlagsanierung des Rollbergviertels ab 1963, wo auf einen Schlag 3000 Wohnungen vernichtet wurden. Vom alten Rollbergviertel mit seinen widerspenstigen BewohnerInnen blieb nichts mehr übrig. Die entstandenen Neubauten waren profitträchtiger und förderten zugleich die Isolation der BewohnerInnen untereinander. (Mehr über dieses Viertel und seine Geschichte in der 9. Kiez-Flugschrift, zu finden in der LUNTE)

Am Schlierbacher Weg in Buckow wollte *Stadt und Land* 170 Sozialbauwohnungen abreißen lassen, mit Hilfe eines dubiosen Gutachtens. Neubauten mit Eigentumswohnungen sollten hier entstehen. Dies konnte durch den Widerstand der MieterInnen gerade noch verhindert werden.

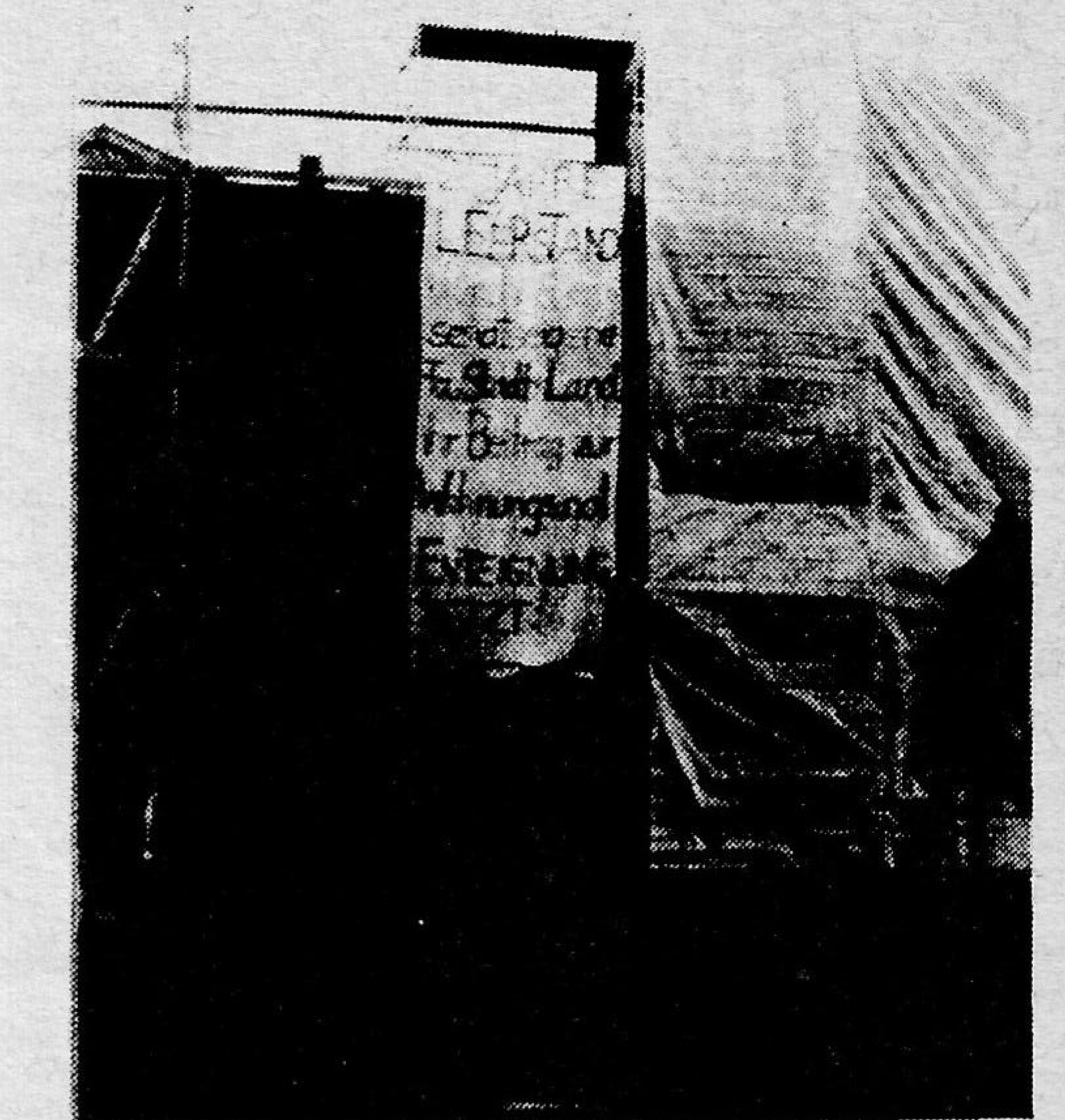
Auch beabsichtigte Luxusmodernisierungen konnte *Stadt und Land* nicht immer gegen den Willen der MieterInnen durchsetzen. So z.B. wehrten sich die BewohnerInnen der Bruno Taut Bauten (Fulda-, Ossa-, Weichselstr.) gegen die Praktiken von *Stadt und Land* und konnten 1986 eine reine Instandsetzung ohne Mieterhöhung durchsetzen.

In Schöneberg konnten die MieterInnen der Crellestr. 10/11 während der Sanierung ihre Küchen und Klos nicht benutzen, weil *Stadt und Land* Rohrbrüche einfach nicht reparierte.

Andere Modernisierungspraktiken sind die der schleppenden Modernisierung, die sich häufig über Jahre hinziehen. Wobei die MieterInnen entweder jahrelang auf einer permanenten Baustelle leben müssen und die Häuser jahrelang als Sanierungsleichen leerstehen. Für *Stadt und Land* auch ein Geschäft, bekommen sie doch Leerstandsgelder!

Leerstand verpflichtet

Die *Stadt und Land* Häuser:
Wissmannstr. 13 und 19
Hermannstr. 22
Karl Marx Str. 1, 3, 135, 137 und 139
Hermannplatz 1 und 6
stehen teilweise schon seit Jahren leer. Obwohl Modernisierungsmaßnahmen angekündigt sind bzw. angefangen haben, tut sich reichlich wenig. Den Häuser rund um den Hermannplatz sieht mensch es gar nicht an, daß sie leerstehen. Ist doch die Fassade dieser vier Häuser schon Anfang 88 gemacht worden. Doch stehen diese Häuser leer. Das Haus Hermannplatz 6 schon seit 87, die anderen seit mindestens 1 1/2 Jahren. Die renovierten Fassaden täuschen ein repräsentatives Neukölln vor, mit schönen Fassaden und leeren Häusern. Dies ist der Beitrag von *Stadt und Land* zur Wohnungsnot.



Sysmbolische Besetzung des *Stadt und Land* Hauses Karl Marx Str. 137.

Alte Gebäude als Problem ?!

Wenn es nach *Stadt und Land* ginge gäbe es in Neukölln einige historische Gebäude nicht mehr. So z.B. die *"Neue Welt"*, Vielen jetzt als neues Einkaufszentrum bekannt, aber alten NeuköllnerInnen sicherlich auch als traditionsreiche Vergnügungsstätte und als Raum für politische Veranstaltungen. Die *"Neue Welt"*, 1865 gebaut und 1904 durch den großen Saal erweitert, war bis in die Zeit des Faschismus Veranstaltungsstätte des linken, widerspenstigen Neuköllns. Aber in den frühen 80er Jahren plante *Stadt und Land* Großes. Die *"Neue Welt"*, zusammen mit der alten Löwenbräu Brauerei in der Wissmannstr., sollten für 472 Sozialwohnungen abgerissen werden (siehe Korruptionsaffäre). Nur das geplatzte Projekt und der spätere Denkmalschutz retteten die Gebäude. Die Brauerei steht seitdem leer und für die Instandsetzung der *"Neuen Welt"* kassierte *Stadt und Land* Millionen. Wäre ja auch zuviel verlangt gewesen, daß *Stadt und Land* ein von ihnen herruntergewirtschaftetes Haus auf eigene Kosten instand setzt.

Ähnlich war es mit den Häusern Karl Marx Str. 135, 137, 139. Obwohl diese Häuser zu den ältesten in Neukölln gehören (1840 gebaut), wollte *Stadt und Land* diese Häuser zugunsten einer

Filiale von Peek und Cloppenburg abreißen lassen. Alles stand schon, bis der ausgesprochene Denkmalschutz für die Häuser 135 und 139 den Abriß verhinderte. Aus Rache ließ *Stadt und Land* dann diese Häuser seit 1987 leerstehen und weiter verrotten.

Neukölln soll schöner werden ??

Die beabsichtigte "Künstlerkolonie" in der Wissmannstraße dürfte vielleicht schon etwas bekannter sein durch Presseberichte, Flugblätter und die Besetzung am 27.4.90.

Hier plant *Stadt und Land* eine weitere Wohnraumvernichtung. Platz für ca. 30 Menschen soll so umgestaltet werden, daß dort 10 KünstlerInnen wohnen und arbeiten können. Uns geht es nicht um die KünstlerInnen, die dort wohnen sollen, wir unterstützen auch deren Forderungen nach "billigen" Wohnungen und Ateliers. Aber wir wenden uns dagegen, daß "billiger" Wohnraum für so ein Projekt umgestaltet, d.h. vernichtet werden soll. Unsere Forderungen bleiben:

- sofortige Instandsetzung der Wissmannstr. 19 und der Remise Hermannstr. 22 auf Kosten von *Stadt und Land !*
- Vermietung an Menschen die dringend eine Wohnung brauchen !

Als nächsten Schritt in Richtung "Neukölln soll schöner" (und teuerer) werden, plant *Stadt und Land* zusammen mit dem Bezirksamt, das *Forum Neukölln* - einen großen Konsumtempel am der Karl Marx Str. Ecke Flughafenstr.. Dafür sollen die drei Häuser an dieser Ecke (die mit dem aufgemalten Turnschuh) abgerissen werden. 32 Wohnungen, erst 87 aufwendig mit öffentlichen Mitteln modernisiert, 6 kleine Geschäfte, die Stadtbücherei und der Kinderspielplatz sollen für dieses Projekt verschwinden. Dies ist ein weiterer Beitrag von *Stadt und Land* zur Umstrukturierung von Neukölln.

Enteignet *Stadt und Land*

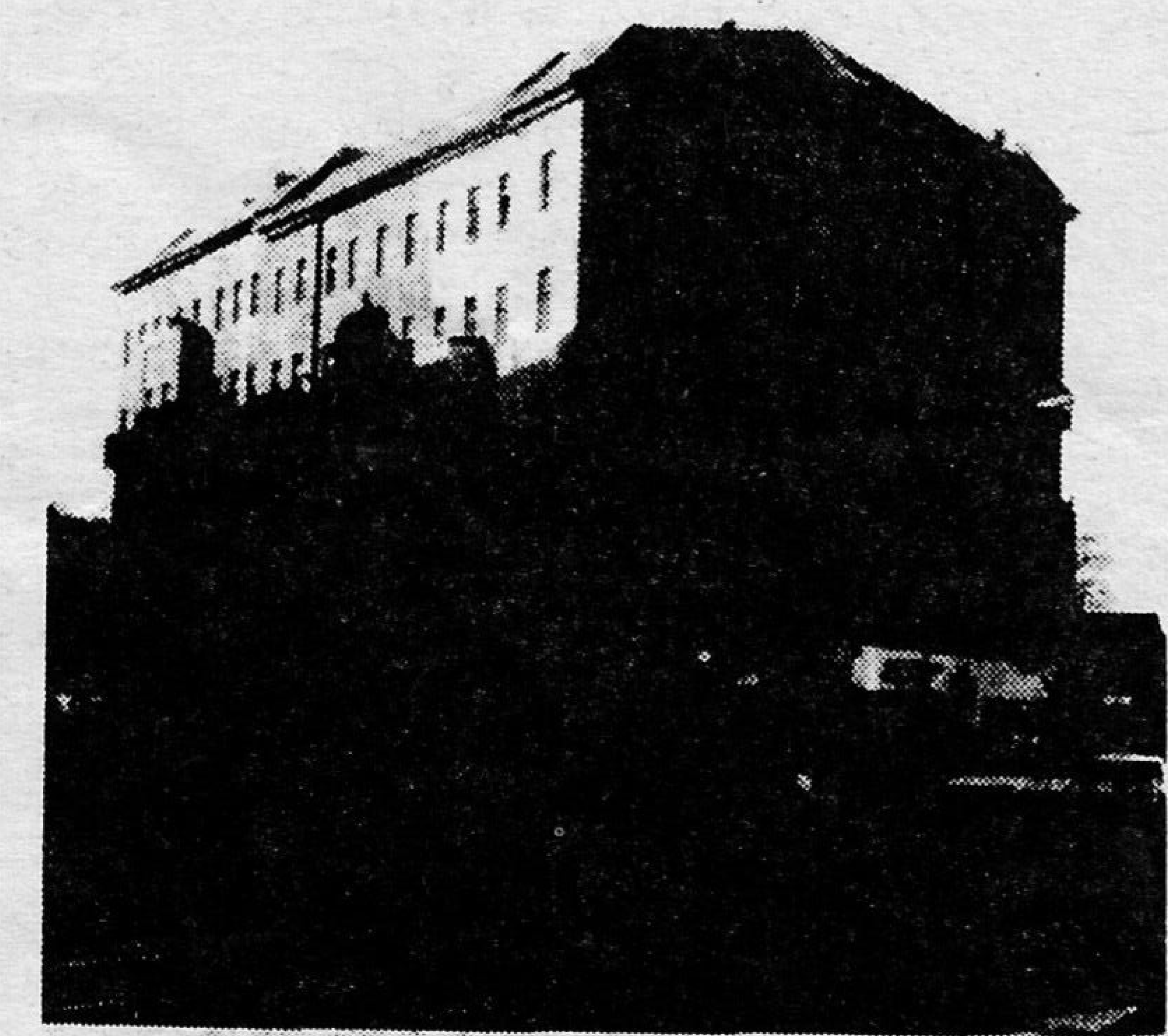
Daß *Stadt und Land* bei ihren Machenschaften nicht gestoppt wird, liegt sicher auch an Senat und Verwaltung, die trotz Wohnungsnot kein Interesse haben, Profitmacherei und MieterInnenvertreibung ihrer eigenen Firma Steine in den Weg zu legen. Aber es liegt auch am schwachen Widerstand von MieterInnen und von uns. Daß gemeinsames Vorgehen von MieterInnen gegen *Stadt und Land* Erfolg haben kann, haben die Beispiele Schlierbacher Weg und Bruno Taut Bauten gezeigt.

Wir wollen die ***Enteignung von Stadt und Land.*** Verwunderung? Eine senatseigene Firma enteignen? Ja, gerade weil uns eine andere Enteignung vorschwebt, als Staatsenteignung. Wir wollen, daß die BewohnerInnen die Häuser in Selbstverwaltung übernehmen, ohne Reglementierungen von oben. Denn die BewohnerInnen der Häuser wissen schließlich immer noch am Besten was gut für sie ist und was an den Häusern gemacht werden muß.

Dieser korrupte, wohnraumvernichtende Moloch *Stadt und Land* ist nicht mehr zu reformieren. *Stadt und Land* wird sich nie im Interesse der MieterInnen verhalten, außer wir zwingen sie dazu. Anfänge, *Stadt und Land* kräftig auf die Füße zu treten, sind schon gemacht worden (Demo 1.4.89, Laternenspaziergang, symbolische Besetzungen, Besetzung der Wissmannstr. 19 am 27.4.90), jetzt muß es weiter gehen.

Verhindern wir, daß Neukölln ein City-naher Bezirk nur für Besserverdienende wird!

Für die Enteignung von *Stadt und Land* und allen anderen Hausbesitzern!



Karl Marx Str./Flughafenstr.. Diese *Stadt und Land* Häuser sollen dem Forum Neukölln weichen.

Für Alle die mit uns Kontakt aufnehmen wollen: wir machen ***jeden Mittwoch in der Zeit von 16-19 Uhr ein MieterInnencafe im Stadtteilladen LUNTE*** (Weisestr. 53, U-Bhf Boddinstr.). Dort könnt Ihr Euch über *Stadt und Land* informieren oder uns. Denn wir wissen noch lange nicht genug, wo *Stadt und Land* überall Häuser besitzt und was dort passiert. Ihr könnt uns in der oben genannten Zeit auch anrufen. Tel.Nr. 6223234.

... und wieder die Weisestr. 48

Das Spekulantenduo Groth und Graalfs, Besitzer der Weisestr. 48 und anderer Häuser in Neukölln, drängt immer noch darauf, dieses Haus abreißen zu lassen. Um dem Ganzen "Nachdruck" zu verleihen, wurden die verbliebenen BewohnerInnen durch häufige Hausbegehungen terrorisiert, wurde ihnen Stromdiebstahl unterstellt, um ihnen die Polizei auf den Hals zu hetzen. Die leerstehenden Wohnungen hat Groth und Graalfs durch Zerstörung der sanitären Anlagen unbrauchbar gemacht, obwohl das Haus nach einem Gutachten durchaus erhaltenswert ist.

Die BewohnerInnen haben sich gewehrt über Flugblätter, nerven der Bezirksamtstellen und über Pressekontakte. Verschiedene Aktivitäten, wie das Straßenfest am 22.7.89 vor der Weisestr. 48 sollten den Widerstand der BewohnerInnen unterstützen.

Dennoch reichte Groth und Graalfs im Herbst Räumungsklage gegen die verbliebenen 7 MieterInnen ein, um das Haus endlich abreißen zu können. 2 von 3 Prozessen haben die BewohnerInnen allerdings schon gewonnen. Wie es jetzt weitergeht ist unklar, da die Abrißgenemigung bis April 90 befristet war.

Neues Projekt von Groth und Graalfs ist ein Neubau Leinestr. Ecke Hermannstr.. Auch hier ist ein Wohnhaus fast vollstädig entmietet worden und soll wohl abgerissen werden, um gemäß den normalen Praktiken von Groth und Graalfs mit öffentlichen Geldern einen gewinnträchtigen Neubau finanzieren zu lassen.

Wehren wir uns gemeinsam gegen die Vernichtung von "billigen" Wohnraum durch Groth und Graalfs!

Verhindern wir, daß Neukölln zur Attraktion für Besserverdienende wird!

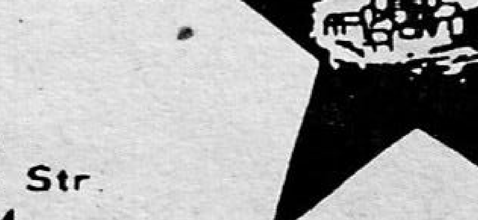
Pissen wir Groth und Graalfs tierisch ans Bein!

Schaut nicht weg ! Wehrt Euch ! Greift ein !

Bei rassistischer und sexistischer Anmache, Bedrohung und Gewalt gegen AusländerInnen, Frauen, Schwule und andere gesellschaftliche Minderheiten. Da sich gerade in der letzten Zeit Angriffe von faschistischen und rechtsextremen Skins und Fußball-Hooligans auf AusländerInnen, Frauen, Schwule und besetzte Häuser gehäuft haben, ist es dringlicher denn je die Anti-Faschistische Selbsthilfe zu organisieren. Nur wenn sich viele gemeinsam wehren und eingreifen, ist es möglich, dem rechten Terror ein Ende zu bereiten. Also, schaut nicht mehr weg - greift ein.

Ein ***Straßenfest gegen die neuen AusländerInnengesetze findet am 7.7.90 in der Weisestraße statt.***

Neuköllner Stadtteilgruppe



V.i.S.d.P. H. Witzka
Karl Marx Str.
1 Berlin 44

Erkelenzdamm bleibt !

Wir grüßen die BesetzerInnen des seit Jahren leerstehenden und ausgebauten Dachbodens am Erkelenzdamm Ecke Kohlfurtherstr. und fordern von den BesitzerInnen dieses Selbsthilfehauses:

- Rücknahme der Strafanträge!
- Diskussion über die weitere Nutzung des Dachbodens mit den BesetzerInnen, statt einer polizeilichen "Lösung"!

Neues vom Werra-Block !

Weiter unter Druck gesetzt wurde die *Immobilien Braun* als Besitzerin des Werra-Blocks, in dem noch immer weit über 50 Wohnungen leerstehen und in dem mietpreistreibend modernisiert wird. Durch zwei weitere Besetzungen im April von leerstehenden Wohnungen im Werra-Block, kam Skoblo als Geschäftsführer der Immobilien Braun so unter Druck, daß er sich erstmalig auf Verhandlungen mit den Wohnungssuchenden eingelassen hat. Zur Debatte standen 10 Wohnungen zu 5 DM pro qm. Da sich Skoblo weigerte auch an die BesetzerInnen vermieten zu wollen, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

In der Zwischenzeit hat sich rausgestellt, daß Skoblo nicht zu den "kleinen" Miethaien zu rechnen ist, sondern zu den Großen. So besitzt er doch mindestens 112 Häuser, ein Hotel (Hotel Savoy) und ein medizinisches Loboratorium. Die Aktivitäten zum Werra-Block haben jetzt auch andere MieterInnen in Skoblo Häusern aktiviert. So haben die Skoblo-MieterInnen im Eichborndamm Skoblo eine lange Mägelliste überreicht.

Damit der Druck gegen Skoblo nicht mehr aufhört, wollen sich Betroffene und Wohnungssuchende seinen Wohnsitz im Grunewald anschauen und ihm persönlich die Meinung sagen. Kommt am ***1.7. um 15 Uhr zur Kundgebung am Roseneck und um 16.30 Uhr zur Fahrradspazierfahrt.***



Besetztes *Stadt und Land* Haus Wissmannstr. 19 am 27.4.90.

Materialien zur Stalindiskussion

Stalinismus - SEMINAR !!

Wie zu Beginn des Papiers angedeutet, wollen wir am

Samstag, 7.Juli, 15 Uhr im Mehringhof

Seminar mit verschiedenen Arbeitsgruppen über und zum Stalinismus machen.

Als inhaltliche Vorbereitung dient dazu das abgedruckte Papier. Wir haben uns das so vorgestellt, das anhand von kurzen Thesen in verschiedenen Arbeitsgruppen über Stalinismus allgemein und speziell in der DDR und unser (Nicht-) Verhältnis als westdeutsche Linksradikale dazu diskutiert werden soll. Einige GenossInnen aus der DDR wollen zu einzelnen Aspekten des Stalinismus in der DDR, wahrscheinlich zum Bereich Antifaschismus und Faschismusaufarbeitung, was vorbereiten.

Kommt massenhaft, Bringt was zu Trinken (Kaffee etc) und was zu Knabbern mit, damit es nicht ganz zu trocken abläuft.

MATERIALIEN ZUR STALINISMUSDISKUSSION

"Ber Betrug hat aufgehört nur ein Mittel zu sein, er ist zur Einrichtung geworden"
(Manes Sperber, Wie eine Träne im Ozean)

Eine weitere Vorbemerkung: Eine Diskussion über den Stalinismus ist an sich nicht ohne die Einbeziehung der jeweiligen wirtschaftlichen, außenpolitischen und sozialpolitischen Verhältnisse der UdSSR zu führen. Sie läuft sonst sehr leicht Gefahr, zu einem Austausch und Abklatsch von Bekenntnissen und dogmatisch verfochteten vermeintlichen historischen Fakten zu verkommen - also einer gänzlich unmaterialistischen Herangehensweise. Die nachfolgenden Thesen sind insofern genaugenommen auch ohne Bezug auf die historisch unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Stalinismus. Dieser Bezug wird nur an verschiedenen Stellen angedeutet, mehr nicht. In der Diskussion auf dem geplanten "Seminar" über Stalinismus und dessen Relevanz für die radikale Linke, wird vieles von dem nachgeholt werden müssen, was hier stillschweigend vorausgesetzt wird. Aber mir ging es vornehmlich um die Darstellung der Wesensmerkmale stalinistischer Herrschaft.

A) Staatsebene und Partei:

1. Der demokratische Zentralismus transformierte sich unter Stalin sehr schnell zur Diktatur der Partei des Proletariats über das Proletariat und der Führungsclique über die Partei. Durch das Zurückdrängen des politischen Einflusses der Sowjets und durch das 1921 von Lenin und Trotzki verhängte Fraktionsverbot (u.a.gegenüber der "Arbeiteroppostion" in der KPdSU) waren Jahre vor dem Machtantritt Stalins alle Weichen für seinen Aufstieg zum Diktator und zur Entmündigung der Klasse gestellt.
Einige Erläuterungen: Infolge des Bürgerkrieges von 1918 bis 192o war die proletarische Massenbasis der Bolschewiki arg dezimiert worden. Die Partei war zu einer "Partei ohne Proletariat" am Ende des 'Kriegskommunismus' (Lenin) verkommen. Ohne proletarische Basis handelt die Parteiführung quasi stellvertretend für die Klasse. Aber nicht nur die Zerstörung der russ. Industrie und Landwirtschaft infolge des Krieges hatte dazu beigetragen, sondern auch die Politik von Lenin, Trotzki und anderen trug zur Aushöhlung der prolearischen, plebejischen Basis bei. Vor allem die von Trotzki propagierte "Militarisierung" der (Soldaten-)Räte im Bürgerkrieg und ihre politische Entmachtung in den Fabriken und auf den Dörfern sowie die vollständige Unterordnung der Gewerkschaften unter das Diktat der Parteiführung (Gewerkschaften als 'Transmissionsriemen' in der sozialistischen Erziehung der Massen,so Lenin) hatten am Ende des Bürgerkrieges die Diktatur der Partei über das Proletariat und die BäuerInnen hervorgerufen. Genau davor hatte Rosa Luxemburg 1918 gewarnt:"Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktaturen unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Aufbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. Jawohl Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorehen, unter unmittelbarer Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen." (in: Zur russischen Revolution)
Durch die katastrophale Wirtschaftskrise und die Hungersnöte sahen sich die führenden Bolschewiki gezwungen, mit militärischer Gewalt ab 1919 Getreide und andere Lebensmittel von den Bauern zu requirieren. Das bewirkte jedoch eher das Gegenteil, die Millionen von Kleinbauern, denen die Revolution von 1917 zwar eigenes Land aber kein Saatgut, Vieh und Ackergerät brachte, rückten die Ernte nicht raus bzw hatten

kaum selbst genug zu essen. Auf dem land herrschte zudem weiter die Großbauern (Kulaken) über die KleinbäuerInnen und die sogenannte Dorfarmut. Vor allem blieben die über 20 Millionen Dorfarmen in quasi feudaler Abhängigkeit von den Mittel- und Großbauern. DerEinfluß der Bolschewiki sank durch die Getreidezwangseintreibungen rapide unter den Bauern. In nicht mal jedem 7. Dorf gab es überhaupt eine Parteizelle, die Dorfsowjets wurden von den Kulaken beherrscht. Im Winter 20/21 spitzte sich die Versorgungslage in den Städten weiter zu, es kam zu Massenstreiks gegen die Politik der Bolschewiki, besonders in Petersburg und Moskau. Hier wie aber auch auf dem Land in der Ukraine (Machno-Bewegung) waren die Anarchisten und Linkskommunisten und Sozialrevolutionäre besonders stark und beherrschten die örtlichen Sowjets. In Petersburg, besonders in Kronstadt spitzte sich die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen soweit zu, daß die Räte die Absetzung der von der KPdSU eingesetzten Politkommisare und die Neuwahl der Sowjets verlangten. Lenin und Trotzki stuften das als offene Rebellion ein und ließen den Kronstädter Aufstand zusammenschießen. Damit hatten die Bolschewiki endgültig 'die Unschuld der Revolution' abgelegt, und nach der Zerschlagung der mit ihnen zusammen gegen die Imperialisten kämpfenden anarchistischen Bauern der Machno-Bewegung nun auch die Vorhut der Arbeiterklasse mit militärischen Mitteln besiegt, in die Unmündigkeit verwiesen. Dem folgte auf dem folgenden Parteitag der Bolchewiki das 'Fraktionsverbot' für die proletarische Gruppe "Arbeiteropposition". Die Partei wurde vollständig auf den Kurs von Lenin und Trotzki eingeschworen. 'Autorität und Disziplin' wurden von Lenin in Anlehnung an den Führer der SPD vor 1914, Kautsky, von der Partei verlangt. Wie Kautsky ('Theoretiker' der SPD) es sich vorstellte: "Die politisch revolutionäre Massenpartei ist ein Staat im Staate", so entwickelte sich die KPdSU nun im Eiltempo.
Mit dem Machtantritt Stalins 1923/24 wuchs der Parteiapparat mehr und mehr in den Staatsapparat hinein. Der Staat, der Staatsapparat bekam auf allen gesellschaftlichen Ebenen absolute, diktatorische Vollmachten zur Beherrschung und Ausplünderung des Volkes, der BäuerInnen und Arbeiterklasse. In der Partei bereitete sich ein immer aufgeblähter Funktionärsapparat aus, der 10 bis 30 mal höher bezahlt als normale ArbeiterInnen, ungeheuer priveligiert wurde und völlig von oben, von der Führungsspitzte um Stalin abhängig war. Die Politkommissare und lokalen Funktionäre wurden durch die sogenannte 'Nomenklatura' von Stalin von oben eingesetzt. Die Sowjets hatten ab 1928 überhaupt nix mehr zu sagen und wurden völlig bedeutungslos. Durch periodische Säuberungswellen und Neuaufnahmen von jungen, politisch überhaupt nicht geschulten Parteimitgliedern, die schnell in die Funktionärsetagen aufstiegen, schaffte sich Stalin eine fügsame innerparteiliche Gefolgschaft, die loyal, und oft mit ihren Aufgaben überfordert, auf Befehle von oben warteten, wodurch die Macht des Apparats, der Bürokratie immer noch mehr wuchs. Zudem verstand es Stalin geschickt, sich gegenüber Trotzki und Bucharin als Wahrer der Einheit der Partei aufzubauen, das ihm die Parteibasis durch bedingungslose Gefolgschaft in denbevorstehenden Stürmen der Zwnagskollektivierung dankte. Diesen Säuberungswellen fielen ca 1 Millionen Kommunisten zum Opfer. Am Vorabend des Ausbruchs des Weltkrieges saßen in den sowjetischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern mehr Kommunisten als unter den Nazis in West- und Mitteleuropa!

Zusammengefaßt: Weder in der Phase des Bürgerkrieges (noch später) hatten die Oppositionsgruppen gegenüber dem ZK der Bolschewiki die organisatorische Fähigkeit und politische wie militärische Macht, eine Gegenmacht u.a. mithilfe der Sowjets aufzubauen. Später versäumten es erst Trotzki, dann Bucharin u.a. durch gröbste taktische Fehler und durch die Verkennung der Bedeutung des von Stalin geschaffenen Parteiapparats, rechtzeitig eine starke innerparteiliche Opposition aufzubauen. Entscheidend waren jedoch der von Stalin's Chergen beherrschte Geheimdienst, mit dem es Stalin gelang, jede abweichende Meinung mundtot zu machen bzw die Opposition zu liquidieren.

B) Produktionsebene

2. Innerhalb von nur 10 Jahren, von 1929 bis 1939, stieg die SU zur zweitgrößten Industriemacht der Welt auf - dafür brauchten England und Deutschland mehr als 100 Jahre! Allerdings waren die Opfer irrsinnig: Nur mithilfe der Terrorisierung aller sowjetischen Völker, der völligen Entrechtung der Bauern und ArbeiterInnen gelang es Stalin die Industrialisierung und Zwangskollektivierung in einem Tempo durchziehen, das in der Geschichte der urpsrünglichen Akkumulation des Kapitals seinesgleichen sucht.

In den Kolchosen und Industriekombinaten herrschte eine strenge Einmannleitung. Die Direktoren (Frauen gabs an der Spitze nahezu überhaupt nicht!) waren der Partei, den von der Parteileitung eingesetzten Politkommisaren verantwortlich und nur von ihnen auch absetzbar - wovon in den 20er und 30er Jahren auch reichlich Gebrauch gemacht wurde. Der gewerkschaftliche Einfluß und vor allem der Einfluß der ArbeiterInnen und LandarbeiterInnen ging auf Null zurück. Durch die Einführung von 'Arbeitsbüchern' und dem Paßgesetz sowie durch das Verbot des Arbeitsplatzwechsels entstand die nahezu totale Kontrolle der Partei- und Betriebsleitung über die einzelnen ArbeiterInnen. Ein ausführliches innerbetriebliches Bestrafungssystem nach militärischem Muster (was Trotzki 1919 und 1923 mit z.T. nur geringem 'Erfolg' schon eingeführt hatte!) sorgten für die Unterdrückung des ArbeiterInnenwiderstandes. Die massenhafte Existenz von Arbeitslagern (1939 vegetierten über 10 Millionen in den Lagern, mehr als 5% der gesamten sow. Bevölkerung!) schüchterte die ArbeiterInnen zusätzlich ein. Doch die ständigen Hungersnöte, die unvorstellbare Wohnungsmisere (allein in Moskau über 500.000 Obdachlose) und die nie zu brechende Macht, Qualifikation der ArbeiterInnen und BäuerInnen in den Fabriken und Kolchosen belebten den Widerstand gegen Stalins Politkommissare, Aufseher und sozialistische Kader immer wieder aufs Neue. Die häufigsten Formen des Widerstandes waren Arbeitsplatzwechsel, Absentismus, Verweigerung der Einhaltung der Akkordsätze und Sabotage. In den 30 er

Jahren wurde der Arbeitstag drastisch verlängert: von zunächst 7 auf 8, später auf 10 und 12 Stunden, der Urlaub wurde völlig abgeschafft und die durchgehende Arbeitswoche ohne einen einzigen freien Tag eingeführt.
Zur vollkommeneren Beherrschung der ArbeiterInnen wurde eine hochgradige Arbeitsteilung mit der herausragenden Stellung der 'sozialistischen Kader' (so Stalin), die "fast göttliche Ehren und ein immer höheres Gehalt" (Trotzki) beanspruchten und eine ausgeprägte Lohndifferenzierung unter den ArbeiterInnen (die größer als in vergleichbaren kapitalitischen Betrieben war) eingeführt. Wissenschaft und Technik unterstützten das Akkordsystem, das Dreischichtsystem und die tayloristische Arbeitsteilung. Die Sowjetunion wurde zu einer vollkommenen Arbeitsgesellschaft mit einer ideologisch und materiell hochgehaltenen 'sozialistischen Arbeitsethik' der 'Bestarbeiter' u.a.
Mitentscheidend für den Erfolg des Repressionsystems in den Betrieben war aber die massenhafte Existenz der Zwangsarbeitslager, der GULAG's. Die Rücknahme des im marxschen Sinne freien Lohnarbeiters, seine Umwandlung in einen Arbeitssoldaten mithilfe der Stalinschen Arbeitsverfassung war ein Baustein. Der andere, ökonomisch und militärisch ebenso wichtige war die Drohung mit dem Arbeitslager. Ende der 30 er Jahre genügte das dreimalige Zuspätkommen im Betrieb um ins Arbeitslager deportiert zu werden, oder die bloße Denunziation wegen angeblichen Langsamarbeitens reichte aus, ins Arbeitslager abgeschoben zu werden, was zumeist den sicheren Tod bedeutete, (so betrug die durchschnittliche Lebenserwartung in der größten sow. Goldmine, in Kolyma nicht mehr als 5 Wochen!). Es läßt sich nachweisen, das die Zwangsarbeitslager besonders Ende der 30 er Jahre sehr stark zunahmen, als die Hebung der Arbeitsproduktivität mittels Lohnanreizen ins Stocken geraten war und für die Stalinisten kein anders Druckmittel zur Ausbeutung der ArbeiterInnen mehr zur Verfügung zu stehen schien als eben die Arbeitslager. Durch Zwangsarbeit wurden mit die größten sowjetischen Infrastrukturmaßnahmen, wie Kanal- Eisenbahn- Kraftwerksbau besonders in schwer zugänglichen Gebieten wie in Sibirien durchgeführt. Die Lager ersetzten so die koloniale Arbeitskraft und teure Kapitalinvestitionen wurden eingespart durch Unterernähung, völlig fehlende menschenwürdige Behausung etc etc. Die hunderte von Arbeitslager waren also für die sowjetische Planwirtschaft äußerst rentabel - und es war , um es deutlich zu sagen, die Vernichtung durch Arbeit! Berija, der letzte Geheimdienstchef unter Stalin ließ an die Lagertore die Inschrift: "Arbeit ist Ehrensache, Ruhm, Mut und Heldentum" anbringen. Die Vergleiche zu den KZ-Toren liegen auf der Hand.
Zusammengefaßt: Die Bedeutung der Existenz der Zwangsarbeitslager ist bisher von der Linken völlig unterschätzt bzw geradezu ausgeblendet worden. Abgesehen hiervon, stalin entwickelte das Leninsche Konzept des Aufbaus des Sozialismus nur weiter: Es basiert vor allem auf dem Verständnis der Hebung der Produktivkräfte mittels der Übernahme kapitalistischer Technologie und Managementmethode sowie einer zentralisierten Wirtschaftsplanung. Dabei sind sämtliche Produktionsmittel verstaatlicht und dem Staatsapparat kommt die absolute Lenkungsfunktion zu.

3. Am Ende des Bürgerkrieges 1921 standen die Bolschewiki vor einem wirtschaftlichen Chaos: Die industrielle Produktion war auf 5% der Vorkriegsproduktion gesunken, die BäuerInnen lieferten nur noch mit militärischem Zwang Getreide und andere Lebensmittel in die Städte. Dort verhungerten Hunderttausende im strengen Winter 1920/21. DerSchwarzhandel blühte, von gesellschaftlicher Planung des Aufbaus der Wirtschaft konnte keine Rede sein. Auf dem Lande waren viele Kulaken enteignet worden, dennoch blieben der Großgrundbesitz wirtschaftlich und politisch vorherrschend. Die Kulaken und Mittelbauern beherrschten die Dorfsowjets, viele Millionen Dorfarme und KleinbäuerInnen hatten zwar durch die Revolution Land erhalten, doch die Bestellung der Felder war eine unvorstellbare Plackerei gebieben. Männer und frauen mußten auf vielen kleinen Höfen wie zur Zarenzeit mit dem Holzpflug die Böden bearbeiten, es mangelte an guten Saatgut, Maschinen und Transportmöglichkeiten. Die landwirtschaftliche Anbauweise blieb mittelalterlich : Noch 1925 bauten 95% der über 25 Mio. bäuerliche Betriebe nach den Regeln der Dreifelderwirtschaft ihre durchschnittlich 4 ha großen Landstücke an. Die über 2o Mio. Dorfarmen lebten von den Almosen und dem Gemeindeeigentum der obscina, der jahrhundertealten traditionellen Subsistenzwirtschaft des russischen Dorfes.
Die freiwillige Belieferung der Städte mit Getreide durch das Land blieb vor allem wegen der sogenannten 'Preisscheere' aus. Im Vergleich zu den Industrieprodukten waren die landwirtschaftlichen Erzeugnisse völlig unterbewertet, die BäuerInnen mußten immer mehr Produkte erzeugen, um Waren aus der Stadt oder Maschinen kaufen zu können.
Mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik 1921 nahmen die Bolschewiki einen salto mortale rückwärts vor. Auf einmal wurde wieder das Privateigentum und die Kulakenwirtschaft auf dem lande gefördert, der Austausch zwischen Stadt und Land reguliert sich über den Markt. Selbst Lenin sprach von der vorübergehenden Einführung des Staatskapitalismus in der SU. DOoch trotz gestiegener Preise und gestiegener landwirtschaftlicher Produktion verbesserte sich die Versorgungssituation in den Städten nur für ein paar Jahre. Die Auseinandersetzungen im Politbüro über den geeigneten Weg zur Industrialisierung des Landes nahmen an Schärfe zu. Die linken Bolschewiki wie Preobraschenski oder Trotzki waren eher für die Durchführung der ursprünglichen Akkumulation auf Kosten des Landes, besonders der Großbauern, Während die rechte Fraktion um Bucharin, Stalin eher für eine 'behutsame' Politik gegenüber den BäuerInnen und Kulaken eintraten.

Die Getreidekrise brach 1927/28 trotz gestiegener Preise wiederum aus. Die sowjetische Industrie war mit Gedeih und Verderb auf die Getreideexporte ins kapitalistische Ausland angewiesen um mit den erzielten Devisen neue Maschinen und Ausrüstungsgegenstände kaufen zu können. Diese Getreideexporte gingen gegen Null und die Versorgungslücken in den Städten wurden größer und größer. Wieder wußten sich die führenden Bolschewiki nicht anders zu helfen und gingen mit Waffengewalt gegen die Zurückhaltung des Getreides durch die Kulaken vor. Die Bolschewiki wollten so ihre fehlerhafte Planung , die auch zu der Landflucht in die schnell wachsenden Städte geführt hatte, übertünchen. Die erneuten Zwangsrequierierungen brachten nun vollends alle BäuerInnen gegen die Bolschewiki auf, was selbst Stalin in einem berühmten Prawdaartikel eingestand. Die Diskussionen um den ersten Fünjahresplan (28-33) im Politbüro und im Partei- und Staatsapparat und die darin enthaltene abnorm hohe Investitionsplanung für die Industrie (von dem zu verdoppelnden Nationaleinkommen waren 40% nur für Industrieinvestitionen vorgesehen) entwickelten jetzt eine unaufhaltsame Eigendynamik. Die Polikommissare und Parteibürkraten auf dem Lande schritten zu"außerordentlichen maßnahmen", Konfiskationen, Versteigerungen ganzer Güter, Verteibung vom eigenen Land , das war der tägliche Terror gegen die Groß- und Mittelbauern. Diese wehrten sich mit regelrechten bewaffneten Armeen, z.T. unter der Unterstützung der rechten Sozialrevolutionäre, die Größenordnungen von meheren Zehntausenden annahmen. Mord und Totschlag von Partei- und Staatsfunktionären fanden nahezu in jedem Dorf 1928/28 statt. Als diese brutale Zwangseintreibungspolitik die Versorgungssituation auch nicht einschneidend verbesserte, glaubte Stalin 1929 den gordischen Knoten mit dem Schwert durchhauen zu Können. Die Zwangskollektivierung all derjenigen Groß- und Mittelbauern setzte ein, die nicht schon zuvor in den Bankrott getreiben waren. Die Dorfarmut (immerhin 20% der ländlichen Bevölkerung) wurde in die Fabriken vertrieben. Innerhalb eines Jahres war mehr als 3/4 des bebaubaren Landes in Kolchosen zusammengefaßt. Diese Politik wurde jetzt auch von den rechten Bolschewiki wie Bucharin nicht mehr mitgetragen. Trotzki war längst aller Parteiämter enthoben und in sibirischer Verbannung.

Die Zwangskollektivierung war 1929/30 durchaus nicht unter allen BäuerInnen einhellig abgelehnt worden. Besonders die sogenannte Dorfarmut und die KleinbäuerInnen begrüssten die Einführung der Kolchosenwirtschaft, regional entstand ein regelrechter Kollektivierungstaumel, weil besonders den Armen die Verbesserung ihres Lebenstandards und die endgültige Befreiung aus der auch noch nach der Revolution vorherrschenden "sklavenähnlichen Arbeit" (so die Plattform der Linksopposition Anfang der 20 er) versprochen wurde. Doch die Ernüchterung folgte rasch. Im Frühjahr 1930 gestand selbst Stalin das übereilte Tempo der Kollektivierung ein, es fehlte überall an Saatgut, Maschinen und Transportmitteln um die riesigen Kolchosen von über 50.000 ha zu bewirtschaften. Was jetzt folgte war ein Auf- und Ab in der Kollektivierung: Im Sommer 1930 waren weit mehr als die Hälfte aller Kolchosen durch die Austrittswelle der BäuerInnen wieder aufgelöst, die Felder verwilderten, der Hunger kam in die Städte zurück. Doch nun gab's für Stalin's Planer und Politkommissare kein Zurück mehr. Im Frühjahr 1931 wurden die BäuerInnen mit Waffengewalt auf die Felder getrieben und die Zahl der Kolchosen stieg wieder an. Doch trotz allen Terrors und der einsetzenden Landvertreibung besonders der ehemaligen Dorfarmut sank die landwirtschaftliche Produktion unter das Vorkriegsniveau. Selbst die katastrophale Hungersnot 1932/33 mit ihren über 5 Millionen Opfern brachte Stalin nicht mehr vom Kurs ab. Die bäuerlichen Einkommen sanken auf nahezu Null, in den Kolchosen herrschte der sozialistische Feudalismus mit Frondienstarbeit und absoluter Abgabepflicht der gesamten Ernte. Das Überleben sicherten sich die BäuerInnen mit ihren kleinen Pachtparzellen, also der vom Staatsapparat instrumentalisierten Restform bäuerlicher Subsistenzwirtschaft. Die Preisschere blieb bestehen: niedrige landwirtschaftlicher Erzeugerpreise, dagegen hohe Industrieproduktpreise. Für die ArbeiterInnen in den Städten stiegen jedoch die Ausgaben für Lebensmittel rapide, so daß innerhalb von nur drei Jahren von 1927 bis 30 die Reallöhne halbiert wurden. Den Mehrwert schöpfte der Staatsapparat ab und finanzierte damit seine Bürokratie und das Industrialisierungsprogramm. Trotz aller Mechanisierungserfolge in der zweiten Hälfte der 30 er Jahre lag die durchschnittliche Produktionsleistung der landwirtschaftlichen Betriebe am Vorabend des 2. Weltkriegs nicht höher als vor der Zwangskollektivierung. Stalin hatte gegen einen fundamentalen Leninschen Grundsatz verstoßen (" Der Wille der Mehrheit ist für uns stets verbindlich, und diesem Willen zuwiderhandeln heißt Verrat üben an der Revolution") als er mit allen terroristischen Mitteln die über Jahrhunderte gewachsene Form der asiatischen Produktionseise mit ihren feudalistischen aber auch mit ihren kollektiven Formen der Dorfgemeindewirtschaft zerstörte. Dennoch stand Stalin sehr wohl in der Tradition leninschen Denkens, der den russischen Bauern als rückständig, vorkapitalistisch einstufte. Lenin sah nicht, wie Dutschke in seiner Kritik hervorhebt, "die große Errungenschaft der asiatischen Produktionsform, die'Verbindung von Ackerbau und Manufaktur'(Marx), und da s damit objektiv gegebene besondere Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie im gesellschaftlichen Prozeß des Übergangs zum Sozialismus". Die sowjetische Bevölkerung mußte diese stalinsche Politik bitter bezahlen: Bis zum Beginn des 'Großen Terrors' und der 'Moskauer Prozesse' 1937/38 wird die Zahl der Opfer auf 17 bis 18. Mio. Menschen von Medwedjew geschätzt (siehe 'moskau news Jan.'90).

C) Gesellschaft und Partei

4. Ungebrochene patriarchalische Herrschaft

Gleich nach der Revolution 17/18 erließen die Bolschewiki einige für die damalige Zeit sehr fortschrittliche Gesetze zur Befreiung der Frau und Zerstörung der patriarchalischen, zaristischen Familie. Dazu gehörte die Legalisierung der Abtreibung, Ehen und Scheidungen mußten nur noch den Ämtern gemeldet werden, das Sorgerecht für die

Kinder ging automatisch an die Mütter nebst einer entsprechenden Alimentezahlung durch die Väter, das unter dem Zarismus noch geltende Prügelrecht des Mannes wurde aufgehoben. Doch die erlassenen Gesetze wurden nur zeitweise und das auch nur in den Großstädten materielle Wirklichkeit für die Frauen. Auf dem Lande änderte sich fast gar nichts. Die Frauen bebauten traditionell die Subsistenzfelder, arbeiteten daneben natürlich in den Genossenschaften mit bzw auf den Feldern der Großbauern als LohnarbeiterInnen und hatten wie eh und je für die Aufzucht der Kinder allein zu sorgen. Kinderkrippenplätze standen bis Ende der 30er Jahren großenteils nur auf dem Papier. Die Durchschnittslöhne der Frauen waren dabei halb so groß wie die der Männer. Die klassische Hausarbeit blieb klassisch unbezahlt. Die geschlechtliche Arbeitsteilung und Rollenzuweisung wurde wie bei den SPD/KPD-Theoretikern Clara Zetkin auch von den fortschrittlichsten russ. Feministinnen wie Alexndra Kollontai nicht hinterfragt. Im Gegenteil: so heftig Kollontai gegen die überkommene Familie wetterte so klar war es auch für sie, daß es eine "Mutterschaft als soziale Pflicht" gab. Der Kampf von Kollontai für die sexuelle Befreiung gegen die Patriarchen i n der KPdSU wie Lenin (in einem hitzigen Streitgespräch forderte sie von ihm anzuerkennen, daß'Sexualität wie Glas Wasser konsumierbar' sein müsse) war nahezu aussichtslos. Als Mitglied der Gruppe 'Arbeiteropposition' wurde sie schnell aufs politische Totengleis gestellt und ging resigniert alsbald als Botschafterin nach Schweden. Noch in den 20er Jahren wurde die vollständige Legalisierung der Abtreibung stufenweise wieder zurückgenommen und im Zuge des einsetzende Arbeitskräftemangels in der Industrie Anfang der 30 er Jahre wurde das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben.

Nur während des 'Kriegskommunismus'1919-21 gabs in den Großstädten Ansätze von kollektiven Lebensformen. So ernährten sich in Moskau und Leningrad damals über die Hälfte aller Einwohner durch Volksküchen (in denen allerdings vorwiegend die Frauen die Arbeit machten) und in mehr als 40% aller Häuser in Moskau existierten damals Wohngemeinschaften. Diese kurze Phasen der Erschütterung der Vorherrschaft der Familie wurde rasch vom Staatsapparat beendet. Die Familien bekamen Einzimmerwohnungen zugewiesen und von der Parteiführung wurde die kleinbürgerliche Moral der Ehetreue, Sexualunterdrückung und des 'Mutterglücks' wieder in den höchsten Tönen gepriesen. Doch es dauerte noch Jahrzehnte bis die propagierte Familienidylle auch ihre materiellen Voraussetzungen erhielt. Zunächst wurden die Famielien infolge der Stalinschen Zwangsumsiedlungen, der Einführung der Schicht- und Frauenindustriearbeit auf harte Belastungsproben gestellt. Hinzukam eine weitverbreitete Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen, die sich zu Hunderttausenden zu Jugendbanden zusammenschlossen, in den Städten häufig die Mehrheit der Obdachlosen stellten bis schließlich Stalin die Todesstrafe schon für 12-jährige Kriminelle einführte oder sie in die GULAG's abschob.

1936 wurde das letzte den Fortbestand der patriarchalischen Familie gefährdende Gesetz durch Stalin aufgehoben, nämlich die Legalisierung der Abtreibung und zugleich ein Mutterorden nebst Prämien für mehr als 5 Kinder in der Kleinfamilie eingeführt. Somit war ein zentrales Fundament stalinistischer Herrschaftsorganisation endgültig abgesichert: Die vollständige Unterdrückung der Frau in und durch die patriarchalische Familie.

5. Die Dialektik von Partei und Klasse wird abgeschafft.

Aufgrund des zunächst von Bucharin, später dann von Stalin behaupteten "gesetzmäßigen Übergangs zum Sozialismus" bedurfte es keinerlei Masseninitiative von unten, von den Klassensubjekten, um den Sozialismus aufzubauen. Dieses blieb allein der Partei und dem Staat vorbehalten. Folglich vertrat die Partei die Interessen der ArbeiterInnen und BäuerInnen. Die Partei erhielt von Stalin die Aufgabe, die Massen zum Sozialismus zu "erziehen". Der Dialektik von Partei und Klasse, von Lenin immerhin noch beschworen, folgte die Herrschaft der Partei über die Klasse. Alles, was sich gegen die Direktiven der Partei stellte, wurde zum Klassenfeind abgestempelt, aus der Partei mit den berüchtigten stalinschen Schlägertrupps rausgesäubert. In den 30er Jahren betraf dies Hunderttausende von Kommunisten der 1. Stunde. Der berühmt berüchtigte Denunziantenparagraph 58 wurde eingeführt und die GULAG's füllten sich mit den aberwitzigsten Anschuldigungen behafteten Kommunisten.(Später nach Stalin's Tod füllten sich statt der GULAG's die Irrenhäuser mit den politischen Häftlingen. Ihre vermeintliche'Krankheit war der Nonkonformismus' wie es die sowjet. Psychiatrie sagt.)

Um den Einfluß der Partei auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu sichern, führte Stalin ein völliges Organisationsverbot außerhalb von Partei und Gewerkschaft ein. Kollektive Lebenszusammenhänge wurden somit völlig verunmöglicht und wenn überhaupt in den Bereich des Privaten, der Familie abgedrängt.

6. Die Degeneration des Marxismus

Der Marxismus als revolutionäre, emanzipative Theorie, Wissenschaft und seine Dialektik von Theorie und revolutionärer Praxis wurde von Stalin umgewandelt, pervertiert in ein reines Herrschaftsinstrument.

Wir erwähnten schon den "gesetzmäßigen Übergang zum Sozialismus": Mit diesem Hockus-Pockus wird die Dialektik von Sein und Bewußtsein aufgehoben in eine mechanische Widerspigelungstheorie (wie in vielen anderen theoretischen Fragen des Marxismus war auch hier Lenin der 'Stichwortgeber' für Stalin's Lakeien der marxistischen Ideologieproduktion) Die marxsche Erkenntnistheorie, das dialektische Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, seine Kritik bürgerlicher Verkehrsformen in der Warengesellschaft, seine Kritik des Entfremdungsbegriffs werden eliminiert.

An die Stelle des Subjekts in der Geschichte, des Klassensubjekts im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Entfremdung tritt die einzig richtige, objektive,

marxistische Wissenschaft des "gesetzmäßigen Übergangs" vom Kapitalismus zum Sozialismus. So nimmt es nicht wunder, daß der Marxismus unter Stalin zu einer bloßen Ansammlung von Leerformeln verkam. Ein e kleine Kostprobe: Stalin kennzeichnete einmal den Marxismus so:"Der Marxismus ist nicht nur die Theorie des Sozialismus, sondern eine in sich geschlossene Weltanschauung, ein philosophisches System, aus dem sich der proletarische Sozialismus von Marx logisch ergibt. Dieses philosophische System heißt dialektischer Materialismus"(!!!) Hier ist von'Systemen'und'Weltanschauung' und von Logik die Rede. Dieses Zitat aus einer frühen Schrift Stalin's von 1906 kennzeichnet trefflich die ganze Verballhornung des Marxismus durch den Großen Vorsitzenden. Wo von Weltanschauung gesprochen wird ist von Glaube und Unterwerfung unter die reine Lehre die Rede, wo von 'System' gesprochen wird, ist geschichtlicher Prozeß, Klassenkampf, Widerspruch, Kampf zwischen Männern und Frauen natürlich nicht mehr vorhanden. Die Analyse der klassenmäßigen Zusammensetzung der zu revolutionierenden Staaten, der ökonomischen Systeme wird ersetzt durch die Verwalter der objektiven Wahrheit, eben der Weltanschauung, des Politbüros, der Kominternführung der KPdSU. Wer das Gelöbnis auf die'reine Lehre' nicht ableistete, wer gar den(dialektischen) Widerspruch zwischen dem Überbau des Partei-Staates und der Basis der materiellen Wirklichkeit zur Sprache brachte, wurde von den Tempelwächtern in Moskau als Konterrevolutionär abgeurteilt. So wurde definitionsgemäß und wunschgemäß der Marxismus zur Glaubenslehre und damit zugleich gegen jegliche innerkommunistische Kritik immunisiert. Diese Form von Marxismus legitimiert somit die Herrschaft des Apparats, die Herrschaft des wissenschaftlich fundierten Gesetzes über das Subjekt, über das einzelne wie kollektiv formulierte Interesse. Die Eleminierung des handelnden Subjekts in Wissenschaft und Gesellschaft ist zentraler Eckpfeiler des bis zum Ende des realen Sozialismus vorherrschenden Marxismus in Osteuropa.
Die theoretische Verkümmerung (und das ist noch sehr milde ausgedrückt) hatte aber auch fatale Folgen in der politischen Praxis der Kominternpolitk (Beispiele: die Sozialfaschismusthese der Komintern bezüglich der Antifa-Bündnispolitik gegenüber der SPD, das Nichterfassen der eben nicht nur im ökonomischen Bereich liegenden Ursachen der Faszination des Nazi-Faschismus - oder die völlige Fehleinschätzung Stalins der revolutionären Kraft der bäuerlichen Bewegung in China unter Mao).
Fazit: In der Sowjetunion und später in den Ländern des realen Sozialismus trat der Marxismus, verwaltet von den Hohepriestern der Partei der Avantgarde als ideologisches herrschaftsinstrument der Klasse der ArbeiterInnen und BäuerInnen gegenüber. Jede/r, der die Politik der Partei kritisierte, sich ihr widersetzte, war damit per Definition kein Marxist, Kommunist. Der Marxismus degenerierte - somit zur Legitimation der Herrschaft einer Parteiclique über das historische Subjekt des Marxismus, das Proletariat. Diese Form des Marxismus wie sie sich nahezu unverändert bis Ende der 80 er Jahre gehalten hat, hat nun mit Marx soviel zu tun wie der Stalinismus mit Rosa Luxemburg - nämlich gar nix!

7. Komintern und Internationalismus

Nach dem Scheitern der Revolutionen in Westeuropa, besonders in Deutschland, auf die die Bolschewiki so gesetzt hatten, ging die Parteiführung ab 1923 daran, den Aufbau des Sozialismus in der SU außenpolitisch abzusichern. Das Ende des Bürgerkrieges, der militärischen Intervention der imperialistischen Mächte und das erste bedeutende außenpolitische Abkommen, der Vertrag von Rapallo mit Deutschland ermöglichte Stalin ab 1924 das von ihm propagierte Konzept des 'Sozialismus in einem Land' zu realisieren.
Entgegen allen ideologischen Beteuerungen wurde die Politik der III. Internationalen (Komintern) völlig den außenpolitischen Interessen Stalins untergeordnet. Das Konzept der Unterstützung der Weltrevolution, das Grundanliegen der Komintern, wurde nach dem Scheitern des Sachsenaufstandes 1923 in Deutschland zu den Akten gelegt.
Auf der politischen und ideologischen Ebene - nicht zuletzt durch die von Stalin beauftragten Kominternmitarbeiter - wurde die kommunistische Weltbewegung vollständig auf die Linie Stalins eingeschworen. An oberster Stelle stand für jeden Kommunisten die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion. KritikerInnen wurden auch auf internationaler Ebene aus den KP's ausgeschlossen, von der GPU verfolgt, verschleppt in die sowjetischen Zwangsarbeitslager oder erschossen. Stalins Schergen haben mehr Kommunisten auf dem Gewissen als die weltweit ebenfalls operierenden Gestapo-Jäger! Von daher ist die politische und zeitweise militärische Unterstützung der revolutionären Bewegung in Spanien 1936, in Frankreich 1936, in China (bis 1945 unterstützte Stalin nicht Mao sondern seinen Erzfeind Tschiang Kai Tschek!) immer aus den taktischen diplomatischen und außen- und wirtschaftspolitischen Interessen Stalins ableitbar. Die 1935 von der Komintern propagierte Volksfrontpolitik, das Bündnis von Kommunisten und fortschrittlichen bürgerlichen Kräften gegen den Faschismus wurde vor allem gegen Ende des 2. Weltkrieges geradezu zum konterrevolutionären Element Stalinscher Außenpolitik. Stalin richtete sich in dieser Zeit mehr nach den Interessen der Allierten als nach den Interessen der revolutionären Bewegung und Partisanen in Jugosslawien, Griechenland und Italien. Das aufoktroyierte Bündnis von Proletariat und Kleinbürgertum machte die Kommunistische Partei zum Erfüllungsgehilfen der von den Yankees und Briten unterstützten Konterrevolution. An Stelle des revolutionären Internationalismus trat die Praxis der 'friedlichen Koexistenz'. Als der von den USA angezettelte Kalte Krieg ausbrach und plötzlich wieder von imperialistischer Politik und antikolonialen Kampf geredet wurde, war die Komintern schon von Stalin höchstpersönlich aufgelöst.

D) Die abgewandelte Form des Stalinismus in der DDR

8. Partei und Gesellschaft

Mit Beginn des Kalten Krieges 1947 und der Absicherung der Vorherrschaft der von#

Stalin eingesetzten Kommunisten um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck wurden die in den beiden Jahren nach 1945 so wichtigen Betriebs- und Antifakommitees politisch entmachtet. Die Masseninitiative zum Aufbau eines antifaschistischen und antikapitalistischen deutschen Staates wurde ersetzt durch die Parteiinitiative. Der Aufbau der staatlichen Bürokratie und seiner Kontroll- und Überwachungsorgane ging einher mit Vereinzelung, Entrechtung der Klasse auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Zwar wurde das wesentliche stalinsche Herrschaftsinstrument, der Knast und die Arbeitslager nur für wenige Jahre übernommen, doch verschwanden in den Lagern des russ. Geheimdienstes nicht nur Nazi-Schergen, sondern auch Tausende Oppositionelle. Darunter waren vor allem die aus dem westlichen Exil heimgekehrten Kommunisten, die gegen die Diktatur der SED-Führung opponierten, darunter waren vermeintliche Trotzkisten und Titowisten, aber auch viele jugendliche Arbeitsverweigerer, hunderte von ArbeiterInnen, die sich gegen die DEportation von Industrieanlagen durch die sowjetische Militärverwaltung wehrten.
Als mit Beginn der 50er Jahre der Aufbau des Sozialismus zum Staatsziel erklärt wurde, war paradoxerweise das LohnarbeiterInnenverhältnis auf der Produktionsebene fest zementiert. Unter Sozialismus wurde die Hebung der Produktivkräfte über das Niveau der kapitalistischen Konkurrenz hinaus verstanden. Der Staat und damit das Politbüro der SED bekam die alleinige Lenkungsfunktion, in den Betrieben herrschte die Einmannleitung, die einzelenen ArbeiterInnen hatten den Planvorgaben durch Handhebung zuzustimmen. Frühzeitig wurde die tayloristische Arbeitsorganisation und die Akkordarbeit zur Beherrschung der Klasse in den Betrieben eingeführt. Die Lohnabhängigen waren zur gesellschaftlichen Ohnmacht verdammt und entwickleten in diesen entfremdeten Arbeitsverhältnissen die aus dem Kapitalismus bekannte Lohnarbeitermentalität mit dem entsprechenden Folgen der Herausbildung eines kleinbürgerlichen Bewußtseins: Hinnahme, Unterwerfung unter die Befehle von oben, konsumptive Haltung, Desinteresse an gesellschaftlichen Fragen, zu denen sie so und so nicht gefragt wurden.
Nur einmal, während des 17. Juni rebellierte die Klasse gegen diese Form von gesellschaftlicher Arbeitsteilung (Gierek beschrieb sie 1970 so: "Ihr werdet gut arbeiten und wir werden gut regieren"). Die Klasse entwickelte nach dieser gescheiterten Revolte ein listiges System des passiven Widerstands. Die von oben initierten Masseninitiative, wie die Neurerbewegung konnte das Interesse der Klasse an einer Hebung der Arbeitsproduktivität nicht erwecken. Leistungsverweigerung und Absentismus kennzeichnen das Verhalten der IndustriearbeiterInnen. Das System der organisierten Verantwortlosigkeit, wo keiner für nichts zuständig ist, wo alle alles auf den bürokratischen Plan abschieben können, machte das Chaos in der Produktion perfekt. Die Warennatur [illegible] der Ware Arbeitskraft wurde unter Honnecker zugegeben und mit dem Prinzip der "materiellen Interessiertheit", der Orientierung auf die Ware Geld und den Konsum, versuchte die Partei das Interesse am Arbeitsergebnis zu wecken.

Letztlich war dies die Bankrotterklärung der SED. Sie gestand damit indirekt ein, daß entfremdete Arbeitsverhältnisse fortbestanden und eine Vergesellschaftung der Produktion in die Hände der Klasse ausgeblieben war. Um ihre Herrschaft in der Produktion zu vervollkommnen versuchte die SED wie die KPdSU Wissenschaft und kapitalistische Technologie als Herrschaftsinstrument gegen die ArbeiterInnen in den Betrieben durchzusetzen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die daraus sich herleitende Rationalität und Objektivität der Herrschaft der Manager und Techniker über die Produktion verdammte die ArbeiterInnen auch in der sozialistischen Produktion zum bloßen Anhängsel der Maschinerie, zu verdummender, repetiver Arbeit. Doch gelang die Durchsetzung der Automatisierung nur mit begrenztem Erfolg. Immer wieder konnten sich die ArbeiterInnen erfolgreich gegen die Durchführung von Rationalisierungsvorhaben wehren, besonders dann, wenn damit eine Prämienkürzung verbunden werden sollte.

Trotz aller ideologischen Verheißungen über die "sozialistische Arbeitsethik" (O-TON der DDR-Arbeitswissenschaftler), die "schöpferisch" ihre Anwendung durch die Betriebskollektive fand, war letztlich in der Produktion die Vereinzelung der Arbeiter das erwünschte, ja aus dem Warencharakter der Produktion auch logisch hervorgehende Ergebnis. Dieser Vereinzelung der Lohnarbeiter entsprach auf der Parteiebene das isolierte Parteimitglied. Eine Kontrolle oder gar Entscheidung über die Politik der Funktionäre war schon seit Stalin's und Lenin's Zeiten als proletarischer Grundsatz verschwunden. Die Partei erscheint so notwendig dem einzelnen Arbeiter wie ein äußeres, von ihm unabhängiges Wesen. Einzig die Partei stellt die Einheit der Klasse, des Klasseninteresses her, die Autonomie im unmittelbaren Produktions- und Reproduktionszusammenhang wird unterdrückt (so Enzo Modugno "Arbeiterautonomie und Partei"). Daß an solch einer Form von Parteivergesellschaftung die ArbeiterInnen keinerlei Interesse haben, dürfte auf der Hand liegen. [illegible] Partei verkam so zur Karriereleiter und zum Hort des Opportunismus und der Duckmäuserei.

9. Staat, Familie, Individuum - oder warum sind DDR-BürgerInnen auf "Führer" fixiert?

Auf allen gesellschaftlichen Ebenen wurde von der Partei -trotz eines liberalen Scheidungsrechts- die patriarchalische Familie gefördert. Die Lohnarbeitsverhältnisse, der eingestandene Warencharakter der sozialistischen Produktion und Konsumption trug auch mit zur Herausbildung bürgerlicher Verkehrsformen bei. Mit all den uns verhaßten 'Nebenerscheinungen' wie Erziehung zur Sauberkeit, Gehorsam gegenüber dem Vater und natürlich auch den Vorgesetzten, der Unterdrückung einer befreiten Sexualität, einer unglaublichen Spießigkeit (um das heute mitzubekommen braucht mensch sich in Ostberlin nur für ein paar Stunden in einen öffentlichen Park setzen und beobachten wie die Erwachsenen mit ihren Kindern umgehen). Der sich immer steigernde Warenkonsum wurde zum Ersatz und Mittel zugleich für fehlende gesellschaftliche Anerkennung. Die Förderung der "sozialistischen Warengesellschaft" und die systembe-



dingte Unmöglichkeit den Warenhunger in dem Tempo wie der kapitalistische Westen zu befriedigen, führten so logischerweise zu ökonomischen Zusammenbruch des Systems, in dem "alles real ist, nur nicht der Sozialismus" (Dutschke).
Aber wir müssen noch etwas genauer auf den stalinistischen Sozialisationstypus eingehen, denn daraus können wir Erklärungsansätze für die Ursachen des Rassismus und der Anfälligkeit für autoritäre, faschistische Strömungen herleiten.
Das System bewirkte durch seine gesellschaftliche Erziehung in Schule, FDJ, Betrieb, Kinderkrippe usw bei den Individuen eine repressive Fixierung auf Staat und Familie. Dadurch entstand laut dem DDR-Psychiater Maaz eine Charakterverformung die neurotische Züge annahm, es kam zu einer "regelrechten Angst vor Freiheit und Selbstbestimmung": Der stalinistische Sozialisationstypus ruft die "Unterdrückung der Gefühle, Verbot von Wut, Schmerz und Lust, stattdessen Erziehung zu Disziplin und Härte und damit zu einer (Selbst-) Verlogenheit, die schließlich zur zweiten Natur wird " (Maaz)hervor. Dieser Charaktertypus hat auffällig viele Übereinstimmungen mit dem 'autoritären Charakter', den Adorno in den 40 er Jahren bei US-Amerikanern feststellte, die eine Disposition für faschistisches, rassistisches Denken aufweisen. Mit seiner berühmten "F-Skala" hat Adorno Charaktermerkmale beschrieben, die sich fast alle auf die DDR-Durchschnittsbevölkerung anwenden lassen. Wir wollen sie jetzt nicht alle aufzählen, sondern lediglich an einem Beispiel das erläutern mit einem längeren Zitat aus der Arbeit Adornos. Es geht um das Phänomen des 'autoritären Syndroms': "Nach Horkheimers Theorie in der gleichen Arbeit zu 'Autorität und Familie' geht äußere gesellschachtliche Repression mit innere Verdrängung von Triebregungen zusammen. Um die 'Internalisierung' des gesellschaftlichen Zwanges zu erreichen, die dem Individuum stets mehr abverlangt als sie ihm gibt, nimmt dessen Haltung gegenüber der Autorität und ihrer psychologischen Instanz, dem Über-Ich, einen irrationalen Zug an. Das Individuum kann die soziale Anpassung nur vollbringen, wenn es an Gehorsam und Unterordnung Gefallen findet; die sadomasochistische Triebstruktur ist daher beides, Bedingung und Resultat gesellschaftlicher Anpassung". Da bleiben dann Aggressionspotentiale und Ängste übrig. Die können sich an dem Fremden,'Anderen' entladen. Der geforderte blinde Glaube an die Autorität, an Vater Staat, geht einher mit der Bereitschaft das anzugreifen, was vermeintlich störend, schwach ist - die Opfer sind dann immer die vermeintlichen gesellschaftliochen Außenseiter: Die Farbigen, die 'Anderen', die Punks, die Juden usw. Erzeihung zu Gehorsam, zur Fixierung auf Nation, Staat, auf "unsere DDR" ist <u>eine</u> der Ursachen für den vorhandenen Rassismus in der DDR-Bevölkerung.
Die SED hat diese Erziehung zur nationalen Identitätsbildung, Staatsfixiertheit tatkräftig gefördert, das kann mensch sehr schön in den einschlägigen Schulbüchern nachlesen, sie hat aber die Folgen: Rassismus und Fremdenhaß nicht sehen wollen bzw in der Öffentlichekeit unterdrückt, wegzensiert. Letztendlich ist die SED dafür mitverantwortlich das es in der DDR Rassismus und Neofaschismus als Massenphänomen gibt. Überhaupt war der Antifaschismus offizielle Staatsdoktrin - und durch die völlige Verkennung der viel komplexeren Ursachen des Nazifaschismus als es mit bloßen Reduktion auf die wirtschaftspolitischen Ursachen die KPD und Komintern erklärte -, ein richtiger gesellschaftlicher Bruch trat in der 40 jährigen DDR-Geschichte - im Gegensatz zur BRD-Studentenbewegung 1968 - nicht auf. Eltern und Staat wurden nie hinterfragt, welche Elemente autoritärer Erziehung, kleinbürgerlicher Spießigkeit sie aus der Zeit des Nazifaschismus mit übernommen hatten - eben weil ja der DDR-Staat von vornherein, quasi per Definition, ein antikapitalistischer und damit eben auch antifaschistischer Staat von Geburt an war. Nur welche Zusammenhänge z.B. die patriarchalische Familie und die Sexualunterdrückung mit autoritären, männlichen Denken hat, wurde nie thematisiert. Das war auch in der Weimarer Zeit in der KPD nicht anders. In den heute noch überall zu kaufenden proletarischen Groschenromanen von Schönstedt u.a. ist häufig von "sittlicher Verwahrlosung", "leichtfertigen Frauenzimmern" zu lesen,für Kommunisten natürlich kein Vorbild. Sondern das ist die anpassungswillige, sich mit ihrer Rolle als Frau, Sexualobjekt und Mutter abfindende proletarische Frau. Die proletarische Familie ist monogam, die geschlechtliche Rollenverteilung und die entsprechende Arbeitsteilung entspricht der aus dem Bürgertum und Patriarchat übernommenen. Befreiung der Frau heißt in der DDR bisher vor allem die Integration in den Produktionsprozeß, staatliche Hilfe bei der Kindererziehung. Ansonsten blieb alles beim alten. Die sexuelle und ökonomische Ausbeutung in der Familie durch den Mann konnte fortgesetzt werden und war natürlich auch nie öffentliches Thema. Genauso wenig wie die Gewalt gegen die Frauen, Kindesmißhandlung usw. Alles öffentliche Tabu-Themen. So konnte auch nicht der Zusammenhang von Frauenunterdrückung, Sexualfeindlicher Erziehung in Familie und Schule und die Herausbildung des autoritärn Charakters in der politischen Öffentlichkeit thematisiert werden. Um so hilfloser stand die SED-Führung auch nach der Wende dem an sich ja per Staatsgründung überwundenen faschistischen Denken gegenüber. Die geforderte Anpassung und Unterordnung rief zugleich den Wunsch nach "einem Führer" hervor. Die Angst vor Freiheit und Selbstbestimmung auf allen geseklischaftlichen Ebenen ist das Resultat einer völlig verfehlten autoritären Partei-Politik, die sich immer gegenüber dem Votum der Klasse, der Massen abgeschottet hat und stattdessen Befehl und Gehorsam predigte. Der offizielle Antifaschismus blieb so immer aufgesetzt, ja die Partei förderte durch die skizzierte Erziehung eher die gegenteilige Tendenz. Die SED hat damit zweifelsohne über 40 er Jahre ihre Herrschaft nach innen absichern können. Aber letztendlich hat die SED damit das System reifgeschossen für "den Anschluß". Das ist die eigentliche Hypothek und die historische Erblast der SED. Durch einen bloßen Namenswechsel kann sich die Partei nicht aus derVerantwoertung stehlen. Zumal sie in ihrem neuen Pareeiprogramm an keiner Stelle auf die von ihr produzierten Charaktermasken des stalinistischen Sozialisatypus eingeht und die patriarchalische Familienstruktur in der DDR leugnet. Natürlich wird auch in der PDS die alltägliche Gewalt der sozialistischen Männer gegen die Frauen zum Tabuthema erklärt. Stalinismus wird immer

nur auf die Gleichsetzung von Partei und Staatsapparat und den Stasi bezogen. Daß Stalinismus auch sehr viel mit Familie und autoritärem Charakter zu tun hat, ist bisher nur das Thema von ein paar fortschrittlich DDR-Psychologen.

10. Einige Schlußfolgerungen

Die Krise des Marxismus setzte nicht erst seit der Entdeckung der Verbrechen Stalins ein, sondern spätestens seit dem Scheitern des von den Bolschewiki und der Komintern propagierten Konzepts der "Weltrevolution" im Jahr 1923. Durch Stalin wurde danach das Leninsche Konzept der Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Partei über das Proletariat transformiert. In der Geschichte der linksradikalen Bewegung gab es die Kritik am leninschen Konzept der Diktatur des Proletariats seit Bakunin und Luxemburg. Nur gelang es dem bürokratischen Staatskapitalismus unter Stalin immer, den ideologischen Anstrich des Sozialismus mit der Peitsche der Säuberungen und Verfolgungen in der kommunistischen Weltbewegung durchzusetzen - unter Breschnew und Honnecker wurde die Methoden feiner, subtiler, doch die Ausgrenzungen von Trotzkisten oder Anarchisten ging weiter; die Autonomen wurde z.B. bis vor kurzem in der DDR als "kleinbürgerliche Elemente" abgestempelt.

In der BRD-Presse, aber auch in der DDR wird derzeit kräftig an der Gleichsetzung von Stalinismus und Nazifaschismus gearbeitet. Auffällig ist dabei der Versuch, insbesondere von den Herrschenden in der DDR (die bürgerlichen Parteien haben in der BRD ihre Verantwortung für die kollektive Verdrängung des Nazifaschismus schon vor Jahren weit von sich gewiesen), sich der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der stalinistischen Herrschaft unter der SED zu entziehen - alle waren nur Mitläufer, alle waren nur Opfer. Und alle wollten doch nur das Eine: bürgerliche Demokratie, Recht und Freiheit. Diesen Unschuldslämmern des Humanismus, die sich in jedem autoritärem System sofort zu den eigentlichen Opfer erklären, hat Andre Glucksmann am Ende seiner Bemerkungen zu Solschenizyn's Archipel GULAG den Spiegel vorgehalten: "Zwischen den Erfindern und den Restaurateuren der bürgerlichen Staaten, zwischen dem von oben eingesetzten jakobinischen Schrecken und den Nazi-Schrecken steht die UdSSR in der Mitte: Mit ihrem Verdächtigungsgesetz und ihren Lagern, unter dem Banner des Marxismus und dem Artikel 58. Nicht der asiatische Despotismus erfand das 'Hopital General', die Guillotine und die einsparende Rationalisierung durch Zwangsarbeit, sondern unser Abendland. Jetzt aber zögert es, seine eigene Geschichte im russischen Spiegel wiederzuerkennen".- Anders gesagt: Wer vom Stalinismus redet, sollte vom alltäglichen Terror des Kapitalismus und seiner humanistischen Verklärung nicht schweigen. Im Namen der Freiheit und des Humanismus werden seit 500 Jahren ganze Erdteile unterjocht, ganze Völker vertrieben, niedergemetzelt und ausgerottet oder in die modernen Zwangsarbeitslager der Weltmarktfabriken der Multis oder die Hungerlager der Homelands und Wehrdörfer gesteckt. Davon redet keine/r der Wendehälse.

Es wird unsere Aufgabe bleiben, den Finger immer wieder auf diese Wunde zu legen. Damit verhindert wird, daß Konservative und Rechte in Ost und West durch die Hochstilisierung der Verbrechen Stalins und seiner Geheimdienste die Verbrechen der Nazis an Kommunisten, Juden u.a. relativieren und damit bagatellisieren. Die Tendenz dazu besteht derzeit in einigen Kreisen in der DDR, wie an dem Beispiel des NKWD-Lagers bei Fürstenwalde, wo Tausende verhungern mußten, es deutlich wird: An die Spitze der Ankläger hat sich eine Frau gesetzt, die in der Nazizeit Mitglied des BDM war!

Große Teile der westdeutschen Linken, vom 'Arbeiterkampf' über 'Konkret' bis hin zu etlichen Autonomen jaulen über den "Zusammenbruch" des realen Sozialismus. Von 'Zusammenbruch' eines Systems, was sich als 'sozialistisch' ausgab, kann jedoch nicht die Rede sein - ganz einfach, weil es diesen Sozialismus (im Marxschen, Luxemburgschen Sinne) nie gab. Erstaunlich, das selbst in der Sowjetunion Parteihistoriker mittlerweile zu dieser Erkenntnis gelangen: "Wir wissen nicht, was Sozialismus ist, aus dem einfachen Grunde, weil es keinen gibt." Und der Historiker Podschekoldin fügt laut FR vom 28.3.90 hinzu, nur in der Auseinandersetzung zwischen 1922 und 1924 habe in der UdSSR eine Chance bestanden, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Erstaunlich, daß die Herrn Gremliza, Reents und die weniger prominenten Autonomen jetzt aus der Sowjetunion links überholt werden!

In West-Berlin ist es in den letzten Monaten zwischen verschiedenen linksradikalen Gruppen (u.a. zwischen Autonomen und den RIM-Leuten) zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. In alter K-Gruppen-Tradition hält die RIM immer noch das Portrait Stalins auf Demos hoch und feierte erst kürzlich seinen 110. Geburtstag. Die Auseinandersetzungen darüber verliefen zumeist höchst polemisch, zu einer sachlich fundierten Debatte um Stalin, Stalinismus und seinen verheerenden Auswirkungen auf die Linke, besonders in der Zeit des "Großen Terrors", fand nicht statt. Hier sollten endlich klare Trennungsstriche zu den Ewig -Gestrigen gezogen werden. Wer heute noch die Stalinschen Methoden der Trennung zwischen 'Revolutionär' und 'Konterrevolutionär', zwischen Parteikarriere und Arbeitslager im Prinzip rechtfertigt, nur das Ausmaß und die "Willkür" kritisiert, der hat in unseren Zusammenhängen nichts zu suchen!

Aber auch zwischen, in den autonomen, antiimperialistischen Gruppen gibt es Verhaltensweisen, Relikte, die aus den eben gar nicht so glorreichen Zeiten der KPD und der Komintern übernommen wurden: An erster Stelle ist der auch unter den Autonomen sehr häufig anzutreffende Dogmatismus zu nennen - wie häufig meinen wir die Wahrheit mit sieben Löffeln gefressen zu haben, die einzig richtige Analyse vorzuweisen und wie schnell trennen wir zwischen 'Revolutionär' und 'Refor-



mist , ohne die einzelnen Personen und deren individuelle Geschichte, Motive zu kennen. Wenn wir mal dann rauskommen aus unserem Ghetto, stellen wir häufig fest, daß die 'Bürgers' gar nicht so blöd sind und auch durchaus ihren Protest in ihre eigenen Formen des Widerstandes umsetzen können.(siehe Wackersdorf, Startbahn oder der an sich von der Definition her 'reformistische' Freundeskreis Hafenstraße).

Überhaupt ist unter den Linksradikalen eine frappante Unfähigkeit zu erkennen, kontroverse Debatten zu führen, Widersprüche, Gegensätze über den 'richtigen' Weg zur Revolution auch mal stehen lassen zu können. Sehr häufig haben auch wir die Neigung intern und erst recht nach außen nur eine Linie, eine Meinung gelten zu lassen. Auch hierdrin unterscheiden wir uns gar nicht so sehr von den alten KP's.

Auffällige Parallelen lassen sich auch in unsere Sprache, in den formelhaftigen Worthülsen unserer Flugblätter mit den Flugschriften der Weimarer KPD aufzeigen. Bierernst, humorlos, polit-ökonomischer Jargon, immer abstrakt, seltenst unsere Gefühle rüberbringend - so sehen die meisten Flugis von der Struktur und Sprache aus und ähnlich sich verteufelt mit den Erklärungen der ZK's der KPD. Daß Witz, Lebendigkeit, Betroffenheit und die Schilderung konkreter Geschehnisse die Menschen auf der Straße viel eher ansprechen, daß hat uns am besten die Spaßguerilla in den 60er Jahren gezeigt.

Seit 2, 3 Jahren gibts immer wieder Versuche, die 'Organisationsfrage' unter den Linksradikalen neu aufzurollen. Immer wieder wird dabei die Parteifrage aus dem Hut gezaubert . Klar, es wird der demokratische Zentralismus kritisiert, es werden die Auswüchse des Stalinismus und des Personenkults thematisiert, aber eine wirklich fundierte kritische Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Parteien findet nicht statt. Es wird sich dabei auch nicht die einfache Frage gestellt, ob und wo es jemals eine parteikommunistische Organisierung der Klasse gab, wo es <u>keine</u> hierachische und patriarchalische Struktur in den KP's gab. Es wird nicht genau gefragt, inwieweit die KP's durch ihre Parteistruktur die Herausbildung von proletarischen Selbstbewußtxsein und selbstbestimmten Handeln nicht eher verhindert haben. Solange solche Fragen u.a. nicht geklärt sind, hat es auch keinen Sinn die historisch untergegangenen KP-Strukturen wiederzuerwecken.

Völlig deplaziert scheint mir auch die selbst unter Autonomen feststellbare Symphatie für Gregor Gysi und die PDS zu sein. Solange wir nicht selbst uns die verschiedenen Facetten stalinistischer Herrschaft vor Augen geführt haben, und kritisch die 'Bewältigung' der stalinistischen Vergangenheit der PDS hinterfragen, genau hinsehen ob diese Partei jetzt endlich eine egalitäre Struktur entwickelt, entwickeln kann, was sie mit dem riesigen Parteivermögen macht, ob sie es den rechtmäßig zustehenden ArbeiterInnen überschreibt oder ob sie es meistbietend an die Kapitalisten verscheuert - solange sollten wir genauso kritisch diesen Verein unter die Lupe nehmen wie z.B. die 'Radikale Linke'. Unsere lokale und überegionale Organisationsstruktur ist katastrophal. Wir sollten aber nicht in der Verzweifelung darüber nach dem falschen Strohhalm greifen und alte Fehler nur wiederholen. Das wären eher zwei Schritte zurück als ein Schritt vorwärts.
hau

Zu guterletzt das Allerletzte:

Das moralische Gesicht des neuen sozialistischen Menschen,

der sich in dem edlen Kampf um den Sieg des Sozialismus entwickelt, wird bestimmt durch die Einhaltung der grundlegenden Moralgesetze:

1. Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.
2. Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und Bauern-Macht einzusetzen.
3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
4. Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
5. Du sollst beim Aufbau des Sozialismus und im Geiste gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
7. Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
8. Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
9. Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.
10. Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

Diese Moralgesetze, diese Gebote der neuen, sozialistischen Sittlichkeit, sind ein fester Bestandteil unserer Weltanschauung.

(Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem V. Parteitag der SED, 1958)

Zur Kritik an den Knastkundgebungen von Sternchen

Ne Antwort auf diese Kritik schreiben wir eigentlich nur deswegen, weil wir gehört haben, daß es z.T. ähnliche Kritik auch von anderen Leuten an den Kundgebungen gab. Ansonsten wärs uns echt zu blöd, auf son schlagwortartiges, ungenaues Angepisse zu reagieren.
Da wird sich an nem Stück von den Scherben hochgezogen (ne tolle reißerische Überschrift hats gegeben), um die Kundgebung angekotzt zu verlassen. War der Weg zum Lautsprecherwagen versperrt, oder warum konnte das nicht direkter rübergebracht werden? Zur Erklärung: Das Lied von den Scherben war nicht vorgesehen für die Kundgebung, war also ne Panne und wurde ja dann auch ausgeblendet Dann die Sache mit den dates: Was Scheiße war, war, daß da n Flugblatt, was sich an draußen richtete spontan (weil die Besetzung der Dankelmannstr. ja erst am morgen gelaufen war) vorgelesen wurde. Besser wärs gewesen, wenns so umformuliert gewesen wäre, daß auch die Leute drinnen damit mehr hätten anfangen können. Das haben wir übrigens auch selbst schon kritisch bemerkt. Was ja nun völlig daneben ist, ist, daß sowas für drinnen keine Rolle zu spielen hat.Dies betrifft natürlich auch die "Geschichtsstunde" (Redebeitrag zum 2. Juni). Würdest Du uns bitte nochmal erklären, warum am 2. Juni bei ner Knastkundgebung kein Redebeitrag zu diesem Tag gehalten werden darf? Wie ist denn da dein Verhältnis zu den Gefangenen? Die blickens sowiso nicht, was draußen los ist? Die haben genug mit sich selbst zu tun, so alleine in der Zelle sitzend? Die interessiert das nicht? Was damit betrieben wird, ist ne Fortschreibung der Isolation voneinander. Drinnen und Draußen ein Kampf beinhaltet ja wohl, daß da eben auch ganz klar rübergebracht wird, was gerade draußen läuft, daß sich an den Kundgebungen auch Leute mit Redebeiträgen etc. beteiligen, die nicht nur knastthematisch sind, daß die Gefangenen auch zu unseren Geschichten draußen Positionen beziehen, usw. Heißt natürlich umgekehrt auch, daß Knast Thema in den verschiedensten Gruppen draußen sein/werden muß und nicht immer auf die wenigen Knastgruppen abgeschoben wird. Das alles ist nicht neu, wurde auch schon verschiedene Male gesagt, z.B. auch auf den während der Aktionen in Moabit stattfindenden Kundgebungen. Aber vielleicht warst Du da grade verhindert. Viel mitgekriegt kannst Du jedenfalls nicht haben.
Und was du zu der Kritik an die gefangenen Frauen und Männer schreibst ist ja nun der Hammer: Sehr schön, wenn Du nur zärtliche Grüße, Solidarität, Liebe und Power über die Mauer bringen willst, auch wenn drinnen scheiße läuft, daß Du dann aber irgendwen da auch noch ernst nimmst, kann ja wohl nicht sein. Der Mythos der "lieben, armen" Gefangenen bringt uns nicht weiter, es sei denn, Du hast ne Schwäche für Sozialarbeit oder Psycho. Übrigens entstehen Mythen leicht da, wo sich eben nicht mit den Menschen hinter den Mauern direkt auseinandergesetzt wird, sondern ne Beschäftigung mit Knast, wenn überhaupt, nur theoretisch-abstrakt abläuft.
Dann wärs auch nett gewesen, wenn Du uns auch geschrieben hättest welche "szeneüblichen, riesengroßen ansprüche" verbraten wurden, die "ja schon draußen keineR erfüllt". Erstens wissen wir so leider nicht so richtig, worauf Du anspielst und finden Deine Polemik "warum wehrt ihr euch so und nicht besser" völlig fehl am Platz. (Darum gings nämlich nicht!) Und zweitens verstehen wir nicht so ganz, warum Du die Kritik, daß draußen zu wenig der Ansprüche die formuliert werden, umgesetzt werden (das sehen wir auch so - gerade auf Knast bezogen)ausgerechnet an uns richtest. Und zu Deiner Frage:"Können (wollen) wir gemeinsame Kämpfe entwickeln?": Logisch wollen wir das. Aber das geht eben nicht nur darüber, die Gemeinsamkeiten zu betonen, sondern auch darüber, die Unterschiede, bzw. Differenzen zu benennen und sich damit auseinanderzusetzen. Sicher wäre dies besser in direkterer Form (über Besuche, Briefe), aber es ist ja nun mal nicht so, daß

besonders viele Leute von draußen in die Knäste reingehen, um eben solche Auseinandersetzungen zu führen. Soweit dies aber möglich ist, versuchen wir es auch auf diesem Weg.
So, das wars. Reichlich sauer waren wir einfach über die Form Deiner Kritik - undruchdacht und platt und ohne eigene Antworten auf Deine vielen Fragen. Vor allem wärs ja wohl auch direkter und damit auch konstruktiver gegangen, oder?

Unabhängig von der Antwort auf diese Kritik wollen wir jetzt noch kurz erzählen, was draußen nach den Aktionen in Moabit weiterläuft, bzw. gelaufen ist. nach der Beendigung des Hungerstreiks in Moabit haben wir uns vorgenommen, die Aktionen dort aufzuarbeiten und sind dabei eine Dokumentation zu erstellen. Diese Aufarbeitung können und wollen wir, trotz der Schwierigkeiten, die das beinhaltet, nicht ohne die Leute drinnen machen. Wir haben n paar hundert Rundbriefe nach Tegel, in die Frauen- und die Jugendplötze und nach Moabit reingegeben,so daß die Basis für ne Diskussion erstmal möglich geworden ist. Außerdem gibts inzwischen einige weitere Besuchs- und Briefkontakte. Dann wollen wir in zeitlich größeren Abständen auch weiter Kundgebungen vor den verschiedenen Knästen machen, weil darüber einfach mehr Gefangene zu erreichen sind als über Einzelkontakte.
Wir denken, daß während der letzten Jahre eine Aufarbeitung der Widerstandsaktionen in den Knästen viel zu wenig lief. Wenn im Knast Aktionen laufen, finden sich zwar immer wieder Leute, die dies auf verschiedene Art und Weise unterstützen, was ja auch toll ist. Sind die Aktionen dann aber beendet, wird bei vielen Leuten der Knastkampf auch wieder zu den Akten gepackt und sich neuen, aktuelleren Themen zugewandt. Das hat zur Folge, daß drinnen wie draußen bei neuen Aktionen immer wieder bei Null angefangen wird, die Geschichten, die scheiße gelaufen sind, wiederholt werden, die Sachen, die toll liefen, vergessen sind.
Das n Stück weit aufzubrechen warn die Versuche der letzten Wochen.

die Moabit-Gruppe

...irgendwer, irgendwie, irgendwas... in der Hafenstraße...

Am Dienstag, den 15.Mai 1990, wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft unsere Häuser gestürmt, besetzt und durchsucht. Zirka 3000 Bullen und BGS-ler waren an der Aktion beteiligt. In ihrem Schutz kamen ungefähr 150 BKA und LKA Beamte, die die Durchsuchung vornahmen und lastwagenweise sogenanntes "Beweismaterial" abschleppten. Weder BewohnerInnen, NachbarInnen, Presse, teilweise AnwältInnen kamen rein oder raus. Im Umkreis von 300 Metern um die Häuser sperrten sie alles ab und für die Dauer des ganzen Tages war für alle, die in dem Sperrgebiet wohnen bzw. gemeldet sind, ein Passierscheinsystem vorbereitet worden. Als Grundlage für Kontrollsystem, Komplexdurchsuchung usw. dienten Teile aus den Notstandsgesetzen von 68 und 76/77. Gegenüber, auf dem Gelände von DFDS, wurde ein Gefangenenlager eingerichtet (22 Festgenommene, die aber wieder freigelassen wurden). Der Sturm auf die Häuser und die Durchsuchung ziehen sich über 10 Stunden hin. In einem Haus schmissen sie jeden von uns auf den Boden, fesselten die Leute mit Plastikfesseln; in ein Anderes drangen sie mit gezogener Pistole ein. Erst Stunden nach dem Beginn des Feldzuges und dem Auftauchen einer Reihe von Anwälten ließ die BAW eine auf Hochglanz gedruckte Erklärung raus, die nicht mehr besagte als das angeblich irgendwelche Leute irgendwie irgendwo bei einem Versuch dabeigewesen sein sollen irgendwas vor diesem korrupten Staatsapparat zu verbergen. Gleichzeitig zu der Aktion bei uns laufen in Hamburg zwei Durchsuchungen in Privatwohnungen und im Buchladen "Schwarzmarkt". Später erfahren wir noch von einer [illegible]chung in Hannover. Auch in [illegible] Städten wurden Bewegungen von Menschen beobachtet und teilweise deren Personalien überprüft.
Mit der Razzia, die über Monate geplant und bundesweit koordiniert wurde, hat in unseren Augen die BAW die Federführung bei der Bewältigung des "Problems Hafenstraße" übernommen. Es wird zwar weiterhin versucht uns über das Mietrecht zu kündigen und zu räumen (nächster Prozeßtermin: 2.Juli), aber wir können uns schlecht vorstellen, daß die BAW nach Hamburg gekommen ist um uns lediglich einen Schrecken einzujagen. Mit solchen Interpretationen, wie sie am nächsten Morgen zum Beispiel in der MOPO standen: "Außer Spesen nix gewesen!" können wir nix anfangen; sie stellen den Sachverhalt völlig auf den Kopf. Wir nehmen die Durchsuchung sehr ernst, denken, daß sie der Beginn einer neuen Qualität des Angriffs gegen uns als Ganzes und gegen Einzelne ist.
Als offizielle Begründung des Ganzen dienen zwei Haftbefehle gegen Cora und Kalle wegen angeblicher "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF)". Die Durchsuchungsbefehle wurden gestützt auf "Kontaktverdacht" von elf Menschen von uns zu den beiden. Cora und Kalle haben hier mit uns gelebt. Das sie nicht mehr hier wohnen ist den Bullen aus früheren Einsätzen, spätestens aber seit der Razzia vom 3.4.90 (damals wollten sie drei Haftbefehle vollstrecken, einer davon gegen Kalle wegen 100 DM Bußgeld), sowie der permanenten Observation der Häuser nur zu bekannt. Cora und Kalle sind hier weggegangen. Cora sollte eineinhalb Jahre Knast absitzen. Zu allem Weiteren ist von uns aus nichts zu sagen; das können nur Cora und Kalle selber tun. Quasi als nachträgliche Begründung der Razzia erklärt Rebmann eine Woche später, eine Wohnung in der Hafenstraße "entdeckt" zu haben, die nach "Anlage und Ausstattung" als "Schaltzentrale der RAF in Norddeutschland" anzusehen sei. Dazu sagen wir: Barer Unfug. Diese Wohnung wurde in den letzten vier Jahren zweimal durchsucht, von der HEW und der Lawaetz-Stiftung begangen, und



schon damals gab es eine angemeldete Funkanlage und eine E-Werkstatt, ebenso wie die Zugänge zu Keller und Hinterhof. Nichtsdestotrotz machen sie daraus, aus den Computern, dem Fotolabor, dem Kopierer, sowie ihrem Charakter als Gemeinschaftswohnung ein '129a Verbrechen' - daß heißt Unterstützung der oder Mitgliedschaft in der RAF.

Das Ganze basiert auf der seit Jahren von der BAW angewendeten Ebenenkonstruktion in der RAF: Kommandoebene - kämpfende Einheiten - legaler Arm der RAF. Konkret auf uns bezogen sieht ihre bisherige Konstruktion so aus:

Im Dezember 1989, nach der Aktion gegen Herrhausen, werden in Norddeutschland Ute Hladcki und Holger Deilke festgenommen und ohne konkreten Tatvorwurf zur RAF-Kommandoebene hochstilisiert. Wenig später wird eine Kate in Lasbek entdeckt, wo zwei Leute gewohnt haben sollen, die öfter Besuch von Ute und Holger gehabt hätten. Heute geht die BAW davon aus, daß es Kalle und Cora waren. Kurz darauf werden mehrere Leute im Raum Hamburg verhaftet. Einer der Verhafteten gibt an, er sei von einem Kalle in der Volxküche angesprochen worden, ob er nicht den Strom für die Kate in Lasbek anmelden könne. Außerdem in in diesen Tagen, riesige Schlagzeilen in den Zeitungen: "Spur der RAF führt in die Hafenstraße!". Die Bullen hatten bei Holger einen Ausweis gefunden, der aus einem Autoaufbruch vor unseren Häusern stammen soll. Ihr Konstrukt ist simpel: Ute und Holger RAF-Kommandoebene, Kalle und Cora auch irgendwie RAF, und da sie hier im Hafen gewohnt haben und sowieso muß hier auch die RAF sein, bis hin zur Schaltzentrale. Und es geht noch weiter: In der Verbotsbegründung für die Demo am Samstag nach der Razzia hieß es, Solidarität mit der Hafenstraße sei Solidarität mit der RAF. Damit eröffnen sie eine neue Qualität der Kriminalisierung.

Nicht nur der bewaffnete Kampf, bereits der Versuch gesellschaftliche Alternativen offen zu leben wird zum Unding erklärt und mit ihrem ganzen innenpolitischen Machtapparat bekämpft. Öffentlich werden Überlegungen angestellt, ob nicht eine dauerhafte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht um darüber das SOG anwenden zu können. Das hieße: Räumung und Abriß der Häuser und dazu noch mehrere von uns für Jahre in den Knast. So, wie sie in der Geschichte immer wieder durch Terror und Propaganda versucht haben, den bewaffneten Kampf als sinnlos erscheinen zu lassen, versuchen sie jetzt durch ihren massiven europaweiten Angriff auf besetzte Zentren (Holland, Dänemark) uns jede Perspektive zu nehmen, wollen sie uns mit unseren Träumen in die Isolation drücken.

Und wir ?

In den ersten Diskussionen nach der Durchsuchung haben wir festgestellt, wieviel Arbeit untereiander noch notwendig ist, diesem Angriff standzuhalten oder ihn gar zurückzuweisen. Aber es ist nicht nur das. Es fällt uns auch schwer, genau zu fassen, was diesen Angriff eigentlich ausmacht, was er auch mit uns macht.

Bei den verschiedenen Diskussionen und Versuchen, ein Flugblatt dazu zu schreiben, sind wir immer dabei stehen geblieben, den Angriff zu beschreiben und ihn durch eine politische Analyse zu erfassen (allgemeine politische Lage, Zusammenbruch des Ostblocks, der DDR Wiedervereinigung, Europa 92, 2/3 Gesellschaft, Zustand der Linken, Angriff auf die Linke). Und das, obwohl wir ziemlich klar haben, daß es nicht reicht die Razzia nur zu beschreiben und die Konstruktionen der BAW festzustellen. Wir denken, daß wir ihren Angriff nur brechen können wenn wir das, was uns ausmacht, unseren Alltag, unsere unterschiedlichen Ansätze, besser zusammenkriegen. Und das es notwendig ist, uns selbst wieder gegenseitig ernster zu nehmen, was voneinander zu fordern, Widersprüche anzugehen und die Streits daran durchzustehen. Denn eins ist klar: Sie haben hier nicht Wattebäuschchen und Bonbontüten mitgenommen, sondern Dinge, die mit unserem konkreten Alltag, unserer politischen Praxis was zu tun haben. Was sie daraus basteln ist eine Sache, insofern sind es ihre Konstruktionen. Aber sie basteln mit etwas was es hier konkret gibt, was uns auch ausmacht und worüber es auch immer wieder kleinere und größere Streits gab. Sei es über Fragen wie wir uns die Kohle besorgen, die wir zum Leben brauchen, wie wir politisch handeln, wie wir mit Drogen umgehen, was für Strukturen unter uns herrschen. Wir entwickelten zum Beispiel eine Mentalität, vieles, was in unserer besonderen Situation möglich wurde, einfach auszuprobieren, ohne es mit allen oder verantwortlich bis in die letzte Konsequenz zu durchdenken. Die vordergründige Stärke, mit 150 Leuten auf einem Fleck gegen diesen Staat zu leben, machte uns sicher auch leichtsinnig und angreifbarer für die andere Seite. Das macht es für uns wohl auch so schwer, etwas dazu zu sagen; weil uns der Angriff trifft, trifft in dem wie wir sind, was wir machen.

Und nicht nur das. Es ist auch ein verdammt großer Unterschied, ob sie wie 86/87 hier auflaufen und nach und nach Wohnungen räumen, wir aber, wenn auch beengt, die Möglichkeit hatten, weiter zusammen zu sein und gemeinsam was zu entwickeln - oder wenn du mit dem Gefühl im Magen rumläufst, daß sie jetzt jeden Tag kommen können um welche von uns festzunehmen und vielleicht für Jahre in den Knast zu stecken. Nicht "nur" Wohnungen räumen, Menschen räumen. Und natürlich haben wir auch Angst, daß wir es vielleicht nicht schaffen könnten, dem Ganzen, was gerade gegen uns läuft, noch rechtzeitig was entgegenzusetzen. Wo es im Moment eben nicht so aussieht wie "damals", als eine breite linke Öffentlichkeit von dieser Stadt Toleranz forderte. Nicht nur, daß BKA und BAW sich in einem Maße wie noch nie eingeschaltet haben, auch eine total veränderte gesellschaftliche Realität macht uns zu schaffen. Die Herrschenden sind dabei, genau das aus den Köpfen vieler Menschen zu vertreiben wovon wir immer gelebt haben: Die Utopie einer anderen Gesellschaft, den Traum, Probleme, die das Miteinander von Menschen ergeben, anders zu lösen, als der Kapitalismus sich das vorstellt.

Diese Beschreibung unserer Gefühle hier hat nichts mit Opfermentalität zu tun, sondern genau mit der Schwierigkeit, daß ihr qualitativ härterer Angriff auch neuere und bessere Antworten von uns erfordert, die wir gerade jetzt nicht einfach aus dem Ärmel schütteln können, die wir auch nicht allein finden können und wo uns zur Zeit auch vieles auf die Füße fällt, was wir versäumt haben zu klären.

Wir haben zwar eine gemeinsame Geschichte hier im Hafen, lernen uns in den verschiedenen Situationen immer wieder neu und besser kennen; und was uns eint ist, daß wir jede/r an unterschiedlichen Punkten mit der kapitalistischen Gesellschaft hier angeeckt sind, daß wir so wie früher nicht weiterleben wollten, was Neues ausprobieren wollten, uns dem Zugriff von Bullen, Ausbeutern, ätzenden Familien - und Beziehungsstrukturen entziehen wollten - es einfach anders machen und verändern wollen; und uns auch gegen all das besser wehren wollen. Und doch haben wir im Alltag der letzten Jahre gemerkt, wie leicht sich Gruppen und Strukturen verselbständigen. Das Gefühl für Gemeinsamkeit hatte in der letzten Zeit oft nicht den Stellenwert, der ihm gebührt und Gruppen oder Einzelinteressen standen im Vordergrund. Frau/Mann hatte eigene Schwierigkeiten und den Konflikten außerhalb der Kleingruppe wurde zu oft aus dem Weg gegangen. So entstanden selbst hier im Hafen in den letzten Jahren fast vollständig getrennte Lebenszusammenhänge. Wir verloren fast ein gemeinsames Ziel aus dem Auge. Und so knapp die Zeit auch ist, während wir diesen Angriffen gegenübertreten, brauchen wir auch Raum für klärende Diskussionen, Kritik und Veränderung. Nur in einer freiwilli-





gen, selbstgewollten Gemeinschaft können wir die Stärke erarbeiten, die wir jetzt brauchen.
Dieser Berg war uns schon vorher deutlich, wir haben nicht erst seit der Durchsuchung begonnen daran zu gehen und etwas verändern zu wollen. Wir hatten gemerkt, daß es so, wie es ist, eigentlich nicht weitergeht. Aber es bleibt zu oft bei moralischen Appellen stehen: "Wir müssten das oder das mal angehen!"
Und genau das fällt uns immer wieder auf die Füße. In extremen Situationen, wo wir zum gemeinsamen Handeln einfach gezwungen sind oder auch wo wir einfach Lust haben, gemeinsam aktiv zu werden, wird es immer wieder deutlich, daß da Lähmung ist, Sprachlosigkeit oder unfruchtbarer Streit. Und dann geht wieder alles so seinen gewohnten, alltäglichen Gang. Jede/r macht so seine Sachen. Es wird immer deutlicher, daß es existenziell für uns ist, das jetzt zu durchbrechen.
Es geht nicht darum, alles, was wir gemacht haben und machen, in Frage zu stellen, in einem großen Aufwasch alles wegzufegen. Denn in allem steckt ja auch das, was uns ausmacht, unsere Hoffnungen, unsere Versuche, was zu machen, der anderen Seite was entgegenzusetzen. Aber es geht um das "Wie". Wie machen wir das, z.B. auch in einem wiedervereinigten Deutschland oder einem vereinigten Europa als Zusammenhang zu existieren bzw. als eigene Kraft zu stehen gegen den Kapitalismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Es geht darum uns selbst und unsere Situation mal ganz nüchtern zu betrachten. Es geht um die solidarische Diskussion und Aktion mit allen, die sich angesprochen fühlen und die mit uns weitergehen wollen.

ANTIKAPITALISTISCHE UND ANTIPATRIARCHALE AKTIONSWOCHE VOM 23.06 - 30.06. 90

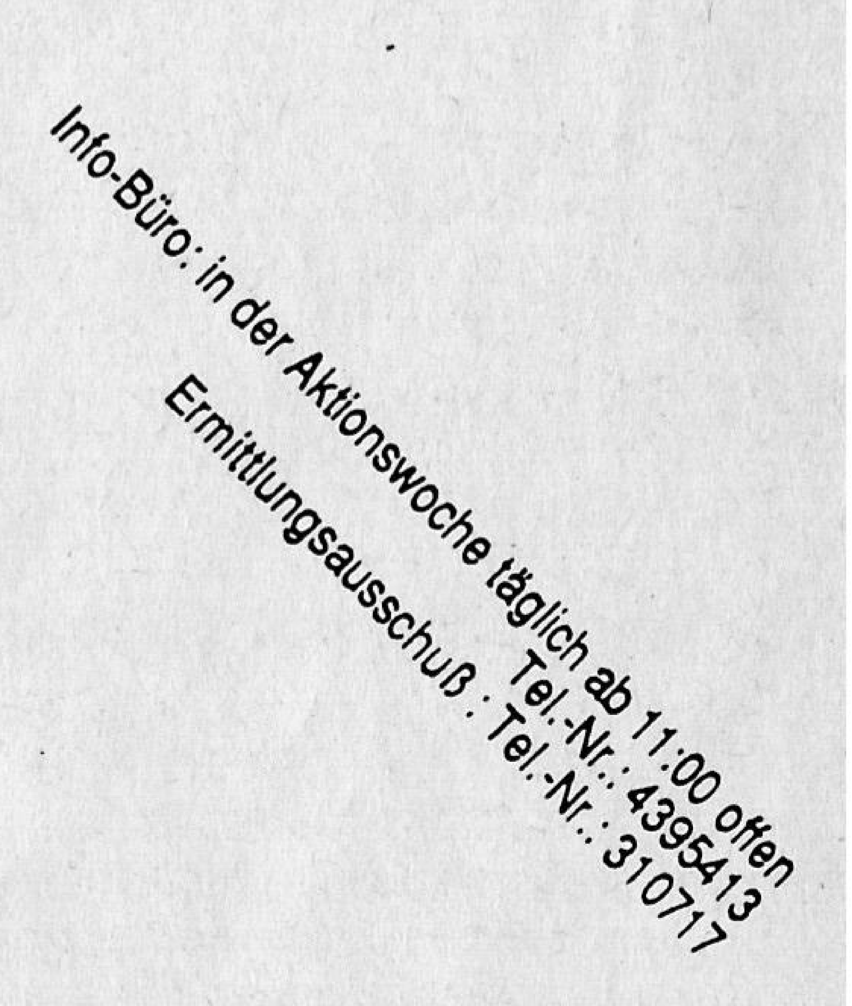
Nachdem die Strategen und das Kapital aufgrund des phantasievollen und massiveren Widerstandes der SchanzenviertelbewohnerInnen kalte Füße bekam, und somit der "Standort" Flora fallengelassen werden mußte, waren Musical-Papst Fritz Kurt und der Senat gezwungen, an den Holstenbahnhof aus zuweichen. Der Widerstand, der sich auch in diesem Viertel organisierte, wurde sofort durch massive Bullenpräsenz und Bespitzelung der AnwohnerInnen durch Zivis vom Senat attackiert. Zudem dokumentierte der Senat durch einen ca. 2 Meter hohen Stahlzaun um das Baugelände, daß er nicht gewillt war auf die Forderungen der AnwohnerInnen einzugehen. Obwohl es en Bonzen unter diesen Bedingungen gelungen ist, ihren Kommerzbunker zu errichten, ist unser Widerstand dagegen nicht zerbrochen. Am 29.06 um 18:00 Uhr findet die Premierenfeier zum "Phantom der Oper" mit feisten Gästen aus Kapital und Politik statt, die für dieses "Vergnügen" 1000.- DM pro Nase hingeblättert haben. Aber auch wir wollen an dieser Festlichkeit teilnehmen - allerdings zum Nulltarif. Deshalb rufen wir zur Demo am 29.06. um 16:30 Uhr am Bahnhof Sternschanze auf. Ziel der Demo ist, die Gäste zu begrüßen und zum Ausdruck zu bringen, was wir von dieser Art Kultur halten.

*Ziel ist nicht, die "großen Schlachten" mit den Bullen zu schlagen, sondern mit **PHANTASIE UND FLEXIBILITÄT** ihnen und den Gästen das Premierenspektakel zu versauern.*

Es soll eine kurze Demo mit Musik (Trillerpfeifen, Trommeln, Topfdeckeln usw.) und Gastgeschenken (Gemüsesträußen, Eierkuchen, u.a.m.) werden, wo wir uns nicht lange an Bullensperren aufhalten und dumm rumstehen wollen - sondern uns zu verschiedensten Sammelpunkten begeben. Von hier aus lassen wir unserer Phantasie freien Lauf mit Straßentheater, Fahrraddemos, Kleinkunst, Hinterhalten, Fallen und Blockaden usw..

FLEXIBEL - SCHNELL - TREFFSICHER

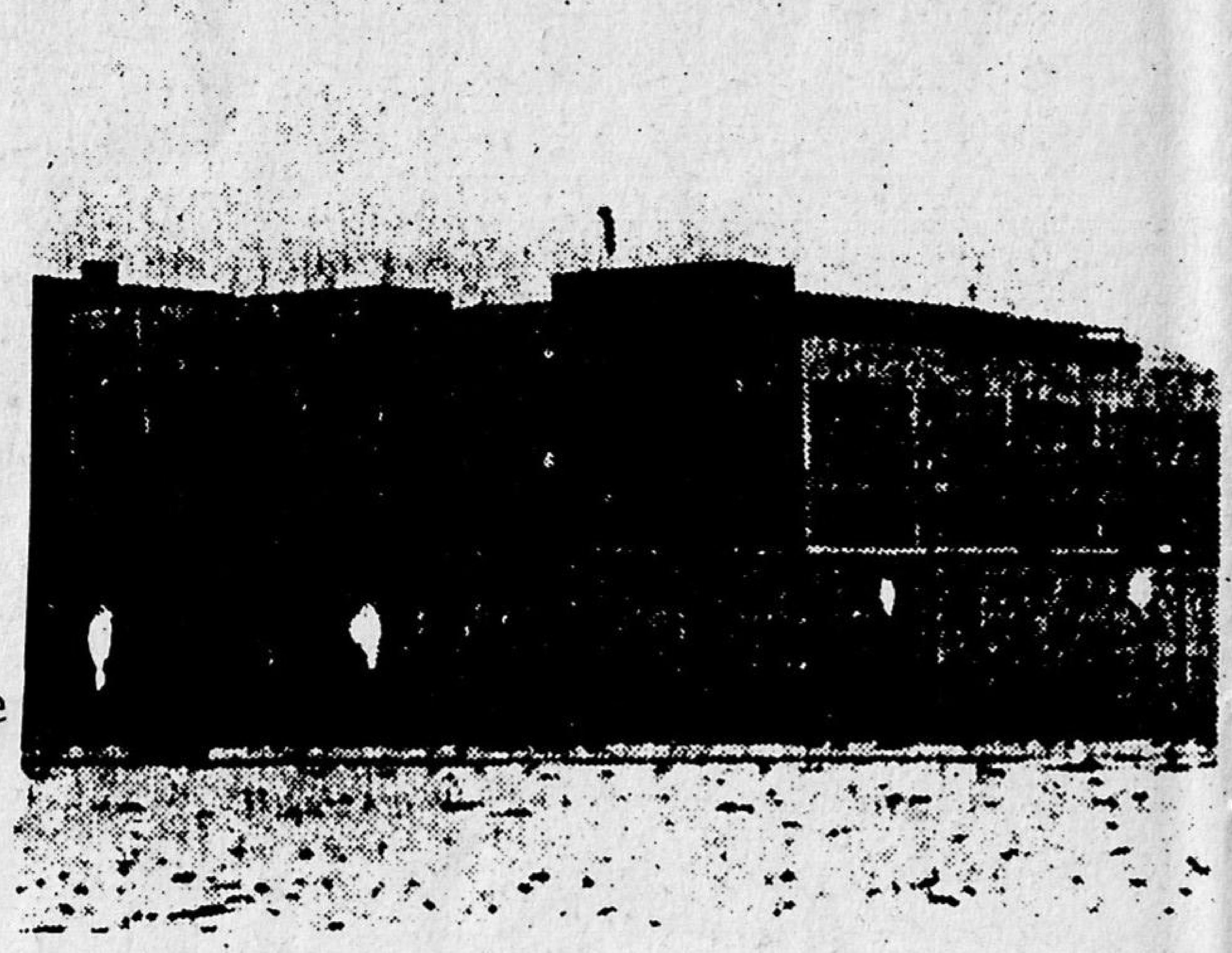
Ps.: Durch einer der Festlichkeit angemessenen Kleidung sollte ein Herausgreifen einzelner durch die Bullen erschwert werden!



Do. 28.06.	18:00 Uhr **"Dritte-Welt"-Rundfahrt Anleger Vorsetzen (nähe U-Bahn Baumwall)**
	Wo Hamburgs Kolonien liegen Karten im ICC-Büro oder im Schwarzmarkt
Fr. 29.06.	16:30 Uhr **Bahnhof Sternschanze**
	PHANTOMPREMIERENSTÖRUNG mit Musik, Gastgeschenken und Phantasie
Mo. 02.07.	**Hafenstraßenprozeß**

kurze Meldung aus dem Preungesheimer Knast:

Letze Woche hatten wir einen längeren Bericht über Bambule im Frankfurter Knast. Ein Grund dafür war die permanente Überbelegung. Jetzt wurde von der Knastleitung prompt reagiert, ca. 100 Leute wurden verlegt, unter anderen auch die Renault-Gefangenen, die dort auf ihre Revisionsverhandlung warteten. Dieses Verlegungskarusell ist eine leider recht übliche Reaktion der Knastleitungen um beginnenden Unruhen die Substanz zu entziehen und die Leute auseinander zu reißen, vermeintliche Anstifter in anderen Knästen zu isolieren und Andere abzuschrecken indem ihnen so indirekt auch mit Verlegung gedroht wird. Wir hoffen, daß diese Rechnung nicht aufgeht und die Leute sich nicht einschüchtern lassen, sondern weiterhin für ihre Forderungen kämpfen. Auf das: der Funke wird zum Steppenbrand - Kampf dem Knast in jedem Land!



Prozeß gegen Luitgard Hornstein

FLUGBLATT 4

Lebens-Tatsachen: Gezinkte Gutachten Ein deutscher Richter und ein infamer Prozeß

In Stammheim, im Prozessbunker wird seit dem 8. Mai gegen Luitgard Hornstein aus Düsseldorf verhandelt. Luitgard Hornstein war am 2.8.86 festgenommen worden. Gemeinsam mit Christian Kluth, der wie sie polizeilich gemeldet in Düsseldorf lebte, hatte sie Eva Haule in einer Rüsselsheimer Eisdiele getroffen. Eva Haule war bis zu dieser Festnahme erklärte Angehörige der RAF und lebte in der Illegalität. Die gemeinsame Festnahme von legal lebenden Linksradikalen mit einer Angehörigen der RAF nahm die Bundesanwaltschaft zum willkommenen Anlaß, um ihre eigenartige Hypothese, die RAF verfüge über eine "legale Ebene" mit großem propagandistischen Aufwand unter die Leute zu bringen. Die Kiefernstraße, in der Luitgard Hornstein wohnte, sei ein "Terrornest", hier hause die RAF, hieß es damals. Razzien, wie jüngst in der Hamburger Hafenstraße, wurden mit gigantischem Polizeiaufgebot in der Kiefernstraße durchgeführt. Diese Festnahme und diese Propagenda reichten aus, um Luitgard Hornstein im Juni 1988 zu vier Jahren Knast zu verurteilen, die sie am 1.8.90 abgesessen hat.

Die Staatsschutzbehörden sind allerdings unerbittlich. Im November 1989 gab der Bundesgerichtshof der BAW--Revision gegen dieses Urteil statt. Weil Luitgard Hornstein sich weder mit den herrschenden Verhältnissen noch mit ihren Haftbedingungen, der Isolation, abgefunden hat, soll sie für weitere 4 bis 6 Jahre hinter den Mauern verschwinden. Vordergründiger Gegenstand der erneuten Hauptverhandlung ist ein Anschlag auf Dornier, der 1986 einen Glasschaden von unter 500 000.- DM verursachte. Drei Leute aus der Düsseldorfer Widerstandsszene, Christian Kluth, Andrea Sievering und Rico Prauss, wurden wegen ihrer angeblichen Beteiligung an diesem Anschlag und wegen Mitgliedschaft in der angeblich existierenden "legalen RAF" zu insgesamt 28 Jahren Knast verurteilt. Luitgard Hornstein, die mit den Verurteilten befreundet war und gemeinsam mit ihnen an einer bundesweit geführten Diskussion über westeuropäische Kapitalstrategien und dagegen gerichtete Widerstandsperspektiven beteiligt war, soll nun als vierte "Tatbeteiligte" festgestellt werden. Wenn sie an dem Anschlag beteiligt war, so das genannte Urteil des BGH, dann seien die Diskussion mit Eva Haule, ihre Beschäftigung mit "anschlagsrelevanten" Themen, die Zugehörigkeit zu einem bundesweiten Diskussionszusammenhang, die Freundschaft zu Chris, Rico und Andrea,

als Tatbeiträge zu werten. Der BGH spricht von "Lebenssachverhalten". Auf diese Weise wird die gesamte Beweisaufnahme im Wesentlichen auf den Nachweis von Kontakten zu den bereits Verurteilten abgekürzt.

In der laufenden Hauptverhandlung hat sich allerdings die Unterlage dieser miesen Kontaktschuldkonstruktion von BAW und BGH ins Nichts aufgelöst. Sie entpuppt sich als bodenlose Unverschämtheit. Es zeichnet sich nämlich ab, daß die bereits ergangenen und inzwischen rechtskräftigen Urteile gegen Andrea, Chris und Rico Fehlurteile sind. Die Urteile behaupten, daß Andrea Sievering die drei Briefumschläge handschriftlich adressiert habe, in denen die

Bekennerschreiben zur Aktion auf Dornier an Presseorgane verschickt worden waren. Dies stellt die einzige Verbindungslinie zwischen der Aktion bei Dornier und den DüsseldorferInnen dar. Im bisherigen Verfahrensverlauf wurde deutlich, daß die beiden Schriftgutachten, auf die diese Behauptung gestützt ist, nichts hergeben. Das eine ist schlicht falsch. Und das zweite wurde falsch interpretiert, seine Aussage ins Gegenteil verkehrt. Das ergab die Anhörung einer Schriftgutachterin des BKA, deren Gutachten die Schrifturheberschaft Andreas' eher verneint als bejaht. "Das habe ich so sicherlich nicht gesagt", beschied sie die Fehlinterpretation ihres Gutachtens durch das Urteil.

Am Dienstag, den 12. Juni war bereits der 8. Verhandlungstag gegen Luitgard Hornstein. Alles in allem wurde an diesem Tag, der mit 140 BesucherInnen, darunter die Bundestags-Grüne Oesterle-Schwerin, sehr gut besucht war, nochmals deutlich, daß der Senat unter dem Vorsitzenden Berroth auf der vom Bundesgerichtshof vorgezeichneten Linie der "Lebenstatsachen" und der "Kontaktschuld" ein hohes Urteil erreichen will und daß es dabei nicht unmittelbar um den angeklagten Anschlag geht. "Ich sehe schon, daß sich der Sitzungssaal heute lichten wird." Oder als ein Raunen durch den Bunker geht: "Wenn Sie so weitermachen, werden Sie den heutigen Tag im Saal nicht überleben." Das sind mehr als nur wüste Drohungen eines vorsitzenden Berroth, der die eigene gefährliche Unberechnbarkeit auf die Prozessöffentlichkeit überträgt. Berroth schoß 1983 ohne Not einen jungen Mann mit seiner Dienstpistole in den Bauch und verletzte ihn lebensgefährlich. Nein, der Zeuge des Landeskriminalamtes muß seine Wohnanschrift nicht nennen. Das wäre zu gefährlich für ihn. In der Mittagspause werden zwei ProzessbesucherInnen verhaftet, die garnicht wissen, daß sie überhaupt gesucht werden. Die Verhaftung geschieht in Stammheim, obwohl die beiden dort wohnen, wo sie polizeilich gemeldet sind. Der Zeuge Prauss bekommt zwei Polizisten zur Seite, damit er am Sprung über den Richtertisch gehindert werden könne, so der Vorsitzende. Die Vorspiegelung großer Gefährlichkeit dieses Zeugen, der von Berroth hin und wieder als "Angeklagter" bezeichnet wird, und dieser Öffentlichkeit soll die Gefährlichkeit der Angeklagten, die Notwendigkeit ihrer Verurteilung wegen des Anschlags beweisen: Alles RAF. Wes Geistes Kind er ist, zeigt Berroth auch in der unterschiedlichen Behandlung von Zeugen. Während bürgerliche ZeugInnen höflich und zuvorkommend sofort vernommen werden, müssen Chris, Andrea, Rico stunden-, ja ganze Tage lang "zur Verfügung des Gerichts" in einer fensterlosen Bunkerzelle im Keller des Gerichts, in verschärfter Einzelhaft auf ihre Vernehmung warten. Mit denen kann Berroth es machen, mit denen macht er's. Nicht Menschen, sondern Untermenschen bzw. zu hetzende Tiere: das sind in den Augen des Gerichts diese Zeugen und auch Luiti, die als Verurteilte schon lange feststeht. Ob Luiti in kurzen Pausen [illegible] Saal verbleiben könne, anstatt in die [illegible] gesperrt zu werden, [illegible] Verteidiger. "Die Angeklagte wird abgeführt", [illegible] schneidig und gibt dem Gerichtsbullen den Raum, [illegible] heftig am Handknebel wegzuzerren. Das ist schmerzhaft und führte bereits zu Verletzungen am Handgelenk. "Selber Schuld", so Berroth's Kommentar. Der offen zur Schau gestellte Haß gegenüber der Angeklagten, die offensichtliche Voreingenommenheit des Gerichts und des Vorsitzenden hatte bereits eine ganze Reihe von Befangenheitsanträgen zur Folge, die freilich arrogant abgelehnt werden. Alles RAF, alles in den Knast, das ist die Stimmung, die Berroth im Gerichtssaal verbreitet. Tatsächliche Indizien sind weit und breit nicht auszumachen. Berroth ist der passende Charakter, dessen ungeachtet durchzumarschieren: Die Augen fest geschlossen.

Die paar selbstproduzierten Strohhalme, an die sich die Verfolger neben den untauglichen Schriftgutachten klammern, geben für einen Tatnachweis auch nichts her. Da wären zwei Zeugen, die Luitgard Hornstein eine Woche nach (!?) dem Anschlag in der Bodenseegegend gesehen haben wollen. Die verwickeln sich in Widersprüche, welche sie dann selbst mühsam zu glätten versuchen. Offenbar wollen sie nicht einfach irgendeine Beobachtung zum besten geben. Sie wollen den Verfolgern behilflich sein. Dabei widersprechen sie sich auch noch gegenseitig. Und da wären noch Protokolle, die ein Besuchsüberwacher des LKA hergestellt hat. Bei Besuchen von Untersuchungs- und Strafhäftlingen, die aufgrund des Terrorparagrafen 129a StGB einsitzen, ist nicht nur eine Trennscheibe obligatorisch. Sie werden auch durch Beamte des LKA überwacht, die sich Notizen machen über Gespräche, deren Inhalt ihnen naturgemäß ein Rätsel bleibt. So entstandene Besuchsprotokolle wurden am 12.6. in die Verhandlung eingeführt. Ein Witz, was da vorgetragen wurde, aber ein ganz schlechter. Rico Prauss soll zu BesucherInnen gesagt haben: "Wo ich in der RAF gekämpft habe, da waren auch Frauen dabei." "...weil ich für Dornier verantwortlich bin", soll er gesagt haben. Und: "Wir erwarten von euch, daß die Sache am Laufen gehalten wir." Die Behauptung ist in einem Maße abstrus, daß es sich erübrigt zu erwähnen, daß Rico anläßlich seiner Zeugenvernahme am 8. Verhandlungstag dementierte, solchen Blödsinn abgesondert zu haben. Der Wahrheitsgehalt dieser Protokolle ist gleich Null. Satzfetzen werden offenbar von Besuchsüberwachern, die hören, was sie hören sollen, so protokolliert, daß die Wünsche von BAW, Polizei und Gericht optimal befriedigt werden. Die Besuchsprotokolle führten zu Besuchsverboten für Personen, die für Rico wichtig geworden waren. Das bedeutet eine Verschärfung seiner Haftbedingungen und eine Bedrohung der ehemaligen BesucherInnen. Denn die Protokolle dienen als Beleg für eine angebliche "Zellensteuerung", die BesucherInnen erscheinen als Kuriere. Und sie enthalten so unglaublich dumm und plump und präzise, was einfach fehlt, wo sonst nichts ist: Das "Geständnis".

Rico Prauss war, ebenso wie einige Verhandlungstage vorher Christian Kluth, vom Gericht als Zeuge geladen worden. Womit dieses allerdings nicht gerechnet hatte: Die beiden konfrontierten es mit Aussagen zur Sache, die den Indizienkonstruktionen der Anklage diametral widersprechen: "Die Angriffsaktion auf den Rüstungskonzern Dornier ist nicht von uns organisiert worden", sagte Rico.

Die Bedeutung des Verfahrens auch für uns draußen liegt auf der Hand: Die Repressionsdrohung gegen alle, die die herrschenden Gewaltverhältnisse ablehnen und deshalb ein unverkrampftes Verhältnis zur Gegengewalt haben, die Repression gegen die Organisierung einer anderen Lebensweise, wie in der Kiefern- und Hafenstraße, der Zwang zur Auswanderung von Zeitschriften wie der "radikal" oder dem "Kriminalisierungsrundbrief", sind so deutsch wie unerträglich. Wir haben die Tabuisierung von Diskussionen über Widerstandsperspektiven gründlich satt. Die Verhaftung früherer Angehöriger der RAF in der DDR mag von den Herrschenden zum Anlaß genommen werden, das Klima von Repression und Fahndung zu verschärfen, und die Niederlage der Linken im Herbst 1977 zu zementieren. Wir, und das sind alle GegnerInnen von Imperialismus und Patriarchat, brauchen die dort verloren gegangenen Räume.

Die Prozesstermine: Di., 3.7.; Di, 10.7.; Do, 12.7.; Di, 17.7.; jeweils 9 Uhr, Stuttgart-Stammheim; danach ggf. 30 Tage Gerichtspause; eventuelle Fortsetzung noch nicht terminiert.

Prozessgruppe Düsseldorf: c/o Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf. Hier kann das Prozessinfo 8 und weiteres Hintergrundmaterial angefordert werden. Außerdem kommen wir gerne weiterhin zu Veranstaltungen in eure Städte. Organisiert welche!

Prozessgruppe Stuttgart: c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 7000 Stuttgart 1. Auch wir haben ein kleines Infopaket zusammengestellt. Außerdem treffen wir uns am Abend eines jeden Verhandlungstages gegen 19 Uhr öffentlich im Ritterstüble, Ritterstraße, Stuttgart-Heslach.

Spendenaufruf: Wir müssen den einen der beiden Vertrauensanwälte Luiti's voll finanzieren. Gegenüber der Phalanx von zwei Anklagevertretern und fünf BerufsrichterInnen ist ein zweiter Anwalt keineswegs Ausdruck eines übersteigerten Sicherheitsbedürfnisses sondern notwendig. Uns fehlen 20 000.- DM.

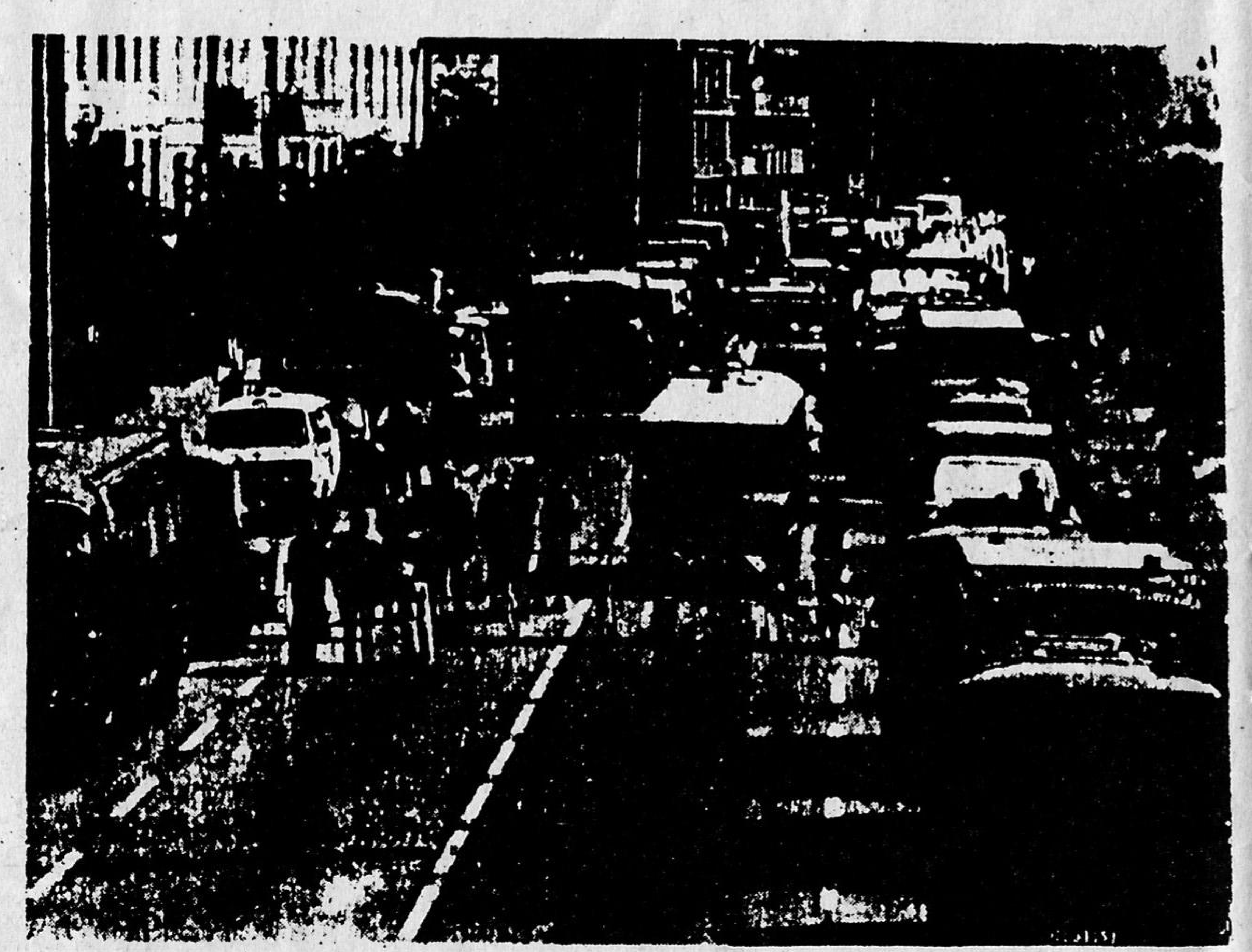
Konten: Bunte Hilfe Stuttgart, Postgiroamt Stgt., BLZ 600 100 70, Kto.-Nr.: 372 42-702.
Rechtshilfe Düsseldorf, Wüstenrot Bank AG, BLZ 604 200 00, Kto. Nr.: 960 007 4706.

Weitere Informationen: clockwork 129a Nummern 16 und 17. AK 318. Angehörigen Info 39.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Flugblatt so lange Eigentum des Absenders oder der Absenderin, bis es dem Gefangenen bzw. der Gefangenen ausgehändigt wird. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Flugblatt dem oder der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender bzw. der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

BKA hetzt gegenüber Journalisten

"In Stuttgart und Umgebung: Starkes Umfeld für die RAF", "Bundeskriminalamt: Raum München attraktiv für Terroristen" - die erste Überschrift war zu finden in der Stuttgarter Zeitung vom 22. Mai, die zweite in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Juni. Veranlaßt hat sie in beiden Fällen Jürgen Hessel, leitender Kriminaldirektor, zuständig für Terrorismusbekämpfung beim Bundeskriminalamt, Wiesbaden, der verschiedenenorts auf Pressekonferenzen ein erneutes Attentat der RAF beschwört: "...kommt mit tötlicher Sicherheit." Der jeweilige Ort so erzählt er, sei "für RAF-Terroristen besonders attraktiv", und jeweils nur wenig variiert erwähnt der BKA'ler am Ort aufgewachsene RAF-Mitglieder, besonders attraktive Ziele, wegen Tourismus viele Untertauchmöglichkeiten sowie ein "starkes, engagiertes und zur Gewalt bereites Umfeld" ("Hinweise aus der Bevölkerung nimmt jede..."). Zum Anlaß für die Verbreitung seines "Lageberichts" sagt Hessel: " Das BKA wolle gerade in vermeintlich ruhigen Zeiten zwischen spektakulären Anschlägen der RAF die Öffentlichkeit wachhalten und mit einem verschärften Blick versehen." Beim Werbefeldzug für die Existenzberechtigung seiner weitgehend verdeckt tätigen und öffentlicher Kontrolle entzogenen Behörde scheut der leitende BKA'ler auch nicht die provokanten Untertöne. Die Süddeutsche Zeitung zitiert: " Hessel erwarte, daß es zu weiteren Gewalttaten der RAF kommt, da die Organisation nicht ohne eine Erklärung etwa an ihre Sympathisanten wegtauchen." - (alk) aus: Kommunale Berichte, 14. Juni 1990.



Hafenstraße Hamburg, 15.5.90 *Foto: H. Wojahn*

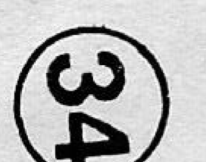
"Wir haben auch nichts dazu beigetragen." Richtig sei, daß auch Teile der Düsseldorfer Szene an einer damals bundesweit geführten Diskusion über neue Entwicklungen im imperialistischen Europa beteiligt waren. Es wurde in diesem Zusammenhang auch darüber diskutiert, daß und wie mit vielfältigen Aktivitäten, mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Sprühaktionen, keinesfalls also nur mit Anschlägen wie gegen Dornier, diese Entwicklungen gestört oder gestoppt werden könnten. Ähnlich wie bei Ingrid Strobl und Ulla Penselin würde die Beteiligung an einer solchen Diskussion zum hauptsächlichen Indiz für die Beteiligung an Anschlägen und darüber hinaus für die "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" aufgeblasen. Die Diskussionen, die hier angeklagt würden, konstituieren aber keine Organisation oder eine "legale Ebene der RAF". Es seien vielmehr weitverzweigte, verschachtelte, informelle Diskussionsprozesse. Der Vorwurf der "Mitgliedschaft in der RAF" sei reine Propaganda. Die RAF sei tatsächlich eine Organisation, die aus der Illegalität operiere. Er selbst und auch die anderen verfolgten DüsseldorferInnen seien dagegen nie illegal gewesen. Er hätte andernfalls z.B. nicht, 10 Minuten nachdem er sich seinen neuen Ausweis vom Einwohnermeldeamt abgeholt hatte, verhaftet werden können. "RAF ist nicht meine Identität", sagte er. Nur zu bestimmten Anlässen, z.B. zur Herausgabe einer Broschüre, habe mensch sich, wie z.B. auch Ulla Penselin und die e-colibri-Redaktion, in einen vom Staat unkontrollierten Raum zurückgezogen. Dies sei aber etwas ganz anderes als die prinzipielle Entscheidung für ein Leben in der Illegalität. "Militanz" sei im Widerstand kein militärischer Begriff. Vielmehr bezeichne er eine Lebensweise, die sich der eigenen Gegnerschaft zu den herrschenden schlechten Verhältnissen in einem kollektiven Prozess beständig vergewissere.

Rico Prauss ging auch darauf ein, warum er diese Aussagen überhaupt macht. Die politischen Senate verurteilen, ohne irgendeinen tatsächlichen Nachweis für ihre Anklagevorwürfe zu erbringen. Um ihnen dieses Handwerk zu erschweren und um den Spieß umdrehen zu können, müßten die Methoden und Konstruktionen der Staatsschützer ins Gerede gebracht und widerlegt werden. Die Aussagen der politischen Angeklagten und Zeugen richten sich an die Öffentlichkeit. Sie sollen dazu beitragen, den politischen Inhalt des Verfahrens und die Zwecke des Staatsschutzes zu erkennen. Das Bewußtsein des politischen Gegners, die Identität des Widerstands soll unter dem Vorwand der "Anschlagsaufklärung" als "anschlagsrelevant" und als "Mitgliedschaft in der RAF" ausgemerzt werden. Vermittelt hat die Festsetzung von Leuten aus dem Widerstand aber auch mit dem verfolgten Anschlag zu tun. Alle die tatsächlich einen Anschlag planen und durchführen sollen sehen, daß zur Rache und Abschreckung irgendwelche Leute aus dem Widerstand auf jeden Fall eingelocht werden. Rico sprach von Geiselnahme. Diese kurze Wiedergabe kann Ricos Aussage nicht gerecht werden. Sie wird zusammen mit Chris' Aussage vollständig im Prozessinfo 8 der Düsseldorfer Prozessgruppe dokumentiert sein. (zu bestellen über Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf.)



Luitgard Hornstein





SO 36 öffne Dich aber wie heißt das Zauberwort

Seit zweieinhalb Jahren liegt das Dornröschen SO36 im Tiefschlaf.Die Dornen aus Natodraht,die den Zugang übers Dach,durch Türen und Scherengitter versperrten,sind inzwischen beseitigt.Noch fehlt das Lebenselexier,um die Rosen zum Blühen zu bringen.
Das Volk war sehr aufgebracht,als Dornröschen 1988 in den Tiefschlaf versenkt wurde.Nur durch eindringliches Zureden konnte der Tod durch Einäscherung verhindert werden.
Während Dornröschen im Tiefschlaf restauriert wurde- Regenschirme, Taschenlampen und Kerzen sind jetzt überflüssig,oder Teil einer Inszenierung-starb zwar kein Mensch an den Folgen,aber die Entwicklung nahm ihren Lauf:Viele von den in den '80ern entstandenen kollektiven Strukturen gaben ihren Geist auf.Wenig ist übrig geblieben,gemessen an der gelebten Vielfalt und Phantasie;an Räumlichkeiten,in denen Solidarität sichtbar gemacht werden kann,in denen selbstentwickelte Vorstellungen im kulturellen Bereich in Form von Musik,Theater..... umgesetzt werden können;in die Mannn/Frau mal zum Tanzen gehen kann, um was gegen das Gefühl zu tun "alleine zu sein".

Die Goldgrube SO36
Goldgruben bringen nur den gewünschten Effekt,wenn sie in alt kapitalistischer Manier betrieben werden;die Natur stellt den Rohstoff umsonst zur Verfügung.Ein Mensch,vorzugsweise weißer Hautfarbe,kommt her und behauptet gegen den Tausch von ein paar Glasperlen und ein paar Flaschen Whisky, daß das nun seine Goldgrube sei.Er treibt ein paar Sklaven auf, gegen die Bezahlung von Zuckerbrot und Peitsche. Übertragen auf die "Goldgrube SO 36" kommt ein Mensch, vorzugsweise Nichtkreuzberger her, behauptet gegen den Tausch einer American Express Card und ein paar Bestechungsgeldern, daß das SO seins sei. Die kulturschaffenden Leute bringen ihren Rohstoff Kreativität als Geschenk mit. Ein paar angeheuerte Sklaven garantieren den technischen Ablauf. Das Publikum zahlt mit hohen Preisen für Eintritt und Getränke seinen Anteil..... Brot und Spiele für das Volk?

Die Betreibergruppe (SUB OPUS 36), die seit vielen Jahren um den Erhalt des SO 36 und des Offenen Konzepts kämpft, fragt sich, wer den teuren Kuß bezahlen soll, der Dornröschen wieder zum Leben erwecken wird, und wie die Sachzwänge wie Betreibunbskosten, Bezahlung der Arbeit bewältigt werden können, ohne Sklaven der eigenen Träume und Ideale zu werden.
Die öffentliche Hand will es bisher nicht. Denn der Antrag auf Projektförderung inclusive Grundausstattung und Personal bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin wurde im Mai rundweg abgelehnt. Es ist also noch nicht geklärt, wie die ökonomischen Zwänge zu denen auch die Existenzkosten der Einzelnen gehören, gelöst werden können. Im Monat stehen rund 8000.-DM für Miete, Strom, Heizung Werbung, Glasversicherung etc. an. Um den Mietvertrag zu bekommen, müssen erstmal 20.000.-DM auf den Tisch geblättert werden. PA, Licht, etc. sind zusätzliche Veranstaltungskosten.
Trotzdem versuchen wir, den Einlass durch die Dornenhecke so zu gestalten, daß auch die Ärmeren unter uns eine Chance haben. Denn dei eine sichtbare Mauer wird bald nur noch in Geschichtsbüchern zu finden sein.Die andere unsichtbare Mauer zwischen den Armen und Reichen wird jedoch immer höher werden.

DIE KONDITIONEN

Eintrittspreise: Konzerte zwischen 5 und 10 DM
Theater 10 DM
Kindertheater 3 und 8 DM

Raumnutzungsgebühr: Theatergruppen 170 DM pro Tag
Ausstellungen 350 DM pro Tag,plus 10% vom Verkauf
fremde Kommerzveranstalter (Konzerte, Disco etc) zahlen abhängig vom Eintrittspreis
Soliveranstaltungen 17oDM, nach Absprache zusätzlicher Tresen
Kiezdisco 170DM

Grundsätzlich gilt, daß der Tresen bei allen Verantaltungen beim Verein bleibt.Durch Tresen, Beteiligung am Eintritt und hin und wieder Fremdveranstaltungen müssen die Kosten für's SO 36 erwirtschaftet werden.

Terminverteilung: maximal 15 bis 20 Tage können an verschiedene Theater vergeben werden
eine Soliveranstaltung im Monat
alle drei Monate eine 14tägige ~~Veranstaltung~~ Ausstellung

Wir sind bereit,das ökonomische Risiko zu tragen, da es aus unseren eigenen Zusammenhängen wichtig ist, daß aus dem SO 36 werder eine Goldgrube, noch ein Aldi wird. Dabei wollen wir, daß Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Kinderprogramm und Kino auch einen Platz im SO 36 finden.
Wir wollen der stattfindenden Umstrukturierung und der zusätzlichen Verschärfung der Situation in Kreuzberg nach der Maueröffnung etwas entgegensetzen. Dazu ist Solidarität wichtig - auch im Bezug auf die Bedingungen für Veranstaltungen im SO 36.

Sesam öffne dich! Das Zauberwort heißt: "SO 36 lebt!"

SUB OPUS 36 e.V. Oranienstr. 175 1000 Berlin 36 Tel.:6147511
<gemeinnützig>

Wir brauchen: Bühnenelemente, Lichtanlage, Tonanlage, Theatervorhang Stapelstühle,Stahlplatten, Winkelstahl, jede Menge Werkzeug,Schreibtisch, Schreibmaschine, Büromaterial, Kopierer. Wir holen auch alles ab!

Einladung

Berlin,26.6.90

Liebe Freunde und Freundinnen,

Am Montag, den 2.Juli 90 findet um 20 Uhr ein Treffen von Gruppen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen statt im BAZ (Oranienstr.159).

Wir wollen dort gemeinsam mit Euch diskutieren und überlegen, was wir der europäischen Vereinheitlichung vor allem in Bezug auf Asylpraxis und -gesetzgebung , Überwachungspraktiken und allgemeine Repressionsverschärfung entgegensetzen können.

Auf europäischer Ebene gibt es dazu bereits Zusammenschlüsse von Flüchtlingen, ImmigrantInnen und Initiativen, wie zum Beispiel "Objective Europe".

In Großbritanien und Dänemark läuft schon ziemlich viel an gemeinsamem Widerstand gegen den immer stärker auftretenden Rassismus und die Abschottungspolitik gegenüber ethnischen Minderheiten.

Ziel dieses Treffens ist neben einem allgemeinen Informationsaustausch die Diskussion über eine Vernetzung und Organisierung des Widerstands auf Berliner bzw. BRD- (DDR?) -Ebene gegen die Formierung des EG 92-Projekts zu beginnen und uns damit auch in die europaweiten Diskussionszusammenhänge einzuklinken.

Konkret überlegen wir daran, im Herbst dieses Jahres einen Kongreß auf Berliner (BRDDR ?) -Ebene mit Beteiligung aus anderen europäischen Ländern zu organisieren.

Dort sollen MigrantInnen und Deutsche diskutieren, wie wir uns hier einen gemeinsamen Widerstand gegen das Europa der Banken, Bonzen und Konzerne,der Bullen und Militärs vorstellen können.

Kommt zahlreich für eine offene und fruchtbare Diskussion

Solidarische Grüße

Autonome Arbeitsgruppe im BAZ

PS: Wir schicken Euch mit der Einladung auch ein Thesenpapier, daß unsere inhaltlichen Überlegungen und Vorstellungen beinhaltet, als Einstieg für die Diskussion.



Thesen zu E 92

I.Allgemeine Einschätzung :

1. Die Vereinheitlichung des Kapitals, der Repressionsapparate Gesetze ist im vollen Gange und wird 1992 allenfalls einen ersten Höhepunkt erreichen.

2. Sie richtet sich gegen alle, die sich dieser Vereinheitlichung widersetzen, die da nicht reinpassen und überhaupt gegen jegliches Leben und die Natur.

3. Im Moment sind das in erster Linie AusländerInnen (nicht aus der EG), Linke, "Andersartige", Menschen, die hier selbstbestimmt leben wollen und sich nicht der Logik der Kapitalverwertung unterwerfen. Diese Politik kann aber sehr schnell auf andere ausgedehnt werden (siehe nur der Beginn der Hetze gegen AussiedlerInnen)

4. Die Politik in den EG-Staaten wird zunehmend in Brüssel beschlossen und von da aus umgesetzt. Sie entzieht sich nahezu jeglicher parlamentarischer Kontrolle und gewinnt bei regionalen und nationalen Entscheidungen immer mehr an Bedeutung :

- Umstrukturierung der Städte und Kapitalisierung ländlicher Regionen Durch Stadtteilsanierung, Mieterhöhungen, Spekulation werden Menschen mit geringem Einkommen aus gewachsenen Wohnstrukturen rausgedrängt und in Betonghettos abgeschoben.Besetzte Zentren und Häuser werden brutal geräumt und plattgemacht.

- Entgarantierung und Durchrationalisierung, Selektion im Arbeitsbereich: Die Anforderungen gegenüber Menschen, die Geld für ihre Existenzsicherung brauchen, werden immer mehr verschärft. Dieser brutale Selektionsprozeß grenzt immer mehr Menschen als "soziale Last" aus. Das weltweite Selektions- und Ausleseprinzip, das sie mit Bevölkerungspolitik und anderen Instrumenten durchziehen greift zunehmend auch bei uns.

  Diese Maßnahmen richten sich in erster Linie gegen Frauen und besonders gegen die ausländischen Frauen, die nicht einmal ein eigenständiges Bleiberecht besitzen.

  Zwangssterilisierung von unwertem, überflüssigem Leben und die Verschärfung des § 218 sind nur zwei Seiten einer Medaille, Gentechnik und Reproduktionstechnologie sind dabei wichtige Instrumente.

- Sexismus und Rassismus als zwei grundlegende Vorrausetzung für die Aufrechterhaltung der herrschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse treten immer offensichtlicher in Erscheinung.

Pornos, offene Anmache von Frauen auf der Straße münden immer häufiger in brutale Überfälle auf Frauen. Mittels neuer Mütterlichkeit, Verschärfung des §218 u.a. werden Frauen wieder zurück in die Familie und an Heim und Herd gedrängt.
Gleichzeitig tritt auch die Ausländerfeindlichkeit verstärkt und offen auf. Brutale Überfälle auf AusländerInnen, offen rassistische Hetze sind keine Seltenheit mehr und werden von der offiziellen Politik geschürt und nach dem Motto " Teile und Herrsche " benutzt.

- Verschärfung von Repression und Integrationszwängen
  Die herrschende Politik " Zuckerbrot und Peitsche "," Vernichtung und Verwertung ", " Zerschlagen und Integration " wird zunehmend verfeinert und perfektioniert. Die alte sozialdemokratische Strategie setzt sich zunehmend in Europa durch.

- Binnengrenzen verschwinden, nach außen verschärft sich die Abschottung
  Unter dem Deckmantel Grenzöffnung und Liberalisierung in Europa rüsten die Herrschenden einen gigantischen, europaweiten Repressions- und Überwachungsapparat auf, der sich gegen alle richtet, die potentiellen Protest und Widerstand gegen ihre unmenschliche, zerstörerische Politik darstellen.

II. Konkrete Auswirkungen für uns sind :

1. zunehmend geschürte Ausländerfeindlichkeit, die sich immer mehr in Taten äußert,
2. zunehmende Anmache und Angriffe auf Frauen (Pornowelle in Kreuzberg, sexistische Werbung ..)
   offener Sexismus und Rassismus dem gemeinsam und offensiv begegnet werden muß
3. zunehmende Versuche linke Strukturen zu zerschlagen und zu befrieden
   Dies läuft auf verschiedenen Ebenen :
   Geldmittelkürzung für alternative Projekte, brutale Häuserräumungen und Angriffe auf bestzte Zentren, willkürliche Festnahmen, Vernichtung der revolutionären Gefangenen in den westeuropäischen Knästen, Angriffe gegen ausländische Befreiungsbewegungen zum Schutz ihrer jeweiligen imperialistischen Interessen
4. Verschärfugn unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen durch verstärkten Zwang zu miesen Jobs, zunehmenden Sozialabbau und Privatisierung des öffentlichen Bereichs, zunehmende Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlagen
4. zunehmend offenes Auftreten faschistischer Tendenzen im Alltag
   Faschoüberfälle und -aufmärsche, Geschichtsverfälschungen..etc
5. Die Vereinzelung, Konkurrenz, Isolation haben auch wir verinnerlicht, die goldenen Fesseln des modernen Kapitalismus greifen auch bei uns. Dagegen müssen wir uns wehren, zusammen kommen, miteinander reden, uns austauschen über unsere Vorstellungen und Ansätze, dem herrschenden System Widerstand entgegenzusetzen.

III. Rolle der BRD bzw Deutschlands :

Innerhalb der EG nimmt die BRD als wirtschaftlich mächtigster Staat eine Führungsposition ein. Die geplante Einverleibung der DDR wird diese Position noch ausweiten und festigen.
Die gepalnte Wiedervereinigung und der geplante Staatsvertrag soll die Vereinheitlichung auf niedrigstem sozialen und politischen Niveau vollziehen, also günstigste Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen.

(Aussperrungsrecht, § 218 ...)

Durch die Anschlußdiskussion werden andere Bereiche und Entscheidungen aus der öffentlichen Diskussion verdrängt und klammheimlich durchgezogen (Ausländergesetz, Datenschutzgesetz...)

Auch die Linke starrt auf die Wiedervereinigung, ist gelähmt, andere Teilbereichskämpfe rutschen weg gehen im Vereinigungstaumel unter.
Die Existenzangst in der DDR nimmt immer stärker rassistische Formen an, wird von den Herrschenden benutzt und kanalisiert, um Progromstimmung zu schüren gegen die vermeintlichen "Schuldigen", die als Sündenböcke aufgebaut werden.

IV. Was heißt das für uns ?

Es wird immer klarer, daß es die Vereinheitlichung der Lebens- und Kampfformen unter kapitalistischen Bedingungen, wie es einst Marx vorhersagte, nicht geben wird.
Kapitalismus heißt immer Ungleichheit der ökonomischen und sozialen Gegebenheiten zwischen Peripherie und Zentrum.
Auch wir müssen von unserer eigenen eurozentristischen Sichtweise wegkommen, von dem, unsere Vorstellungen auf den Süden zu projezieren oder auf die MigrantInnen und sozial Ausgegrenzten hier.

Das Ziel könnte sein, einen multikulturellen Widerstand zu entwickeln, in unserer Unterschiedlichkeit zusammenzukommen ohne den Anspruch dabei zu haben, einheitlich zu kämpfen.
Unterstützung des Widerstands der MigrantInnen und Ausgegrenzten hier kann für uns nicht heißen, ihnen aus Mitleid und um unser eigenes Gewissen zu beruhigen zur Seite zu stehen.
Wir müssen vielmehr mit ihnen gemeinsam und gleichberechtigt gleiche Lebensbedingungen und -rechte erkämpfen.

Ihr Kampf muß zu einem selbstverständlichen Teil unserer Kämpfe werden.
Na ja, werdet Ihr jetzt denken, klingt ja alles ganz gut und haben wir auch schon oft gehört oder gesagt, aber wie kommen wir da über den appellativen Charakter und den theoretischen Anspruch hinaus?
Natürlich haben wir da auch keine klaren Antworten parat. Zunächst mal geht es für uns darum, Begriffe und Fragen zu klären, auf den Punkt zu bringen, vor allem unser Verhältnis zu den MigrantInnen genauer rauszukriegen.
Was haben die mit uns zu tun, was wollen wir von denen, warum kommen wir ihnen kaum in unserem Alltag zusammen?
Wie können wir mit den MigrantInnen zusammen einen gemeinsamen Widerstand organisieren, der auch in unseren Alltag hineinreicht?

Wir wollen die Diskussion vor allem mit den MigrantInnen, wie sie und wie wir uns eine Zusammenarbeit und den gemeinsamen Widerstand gegen das Europa der Banken und Konzerne vorstellen.

OFFENSIV POLITIK MACHEN GEGEN EIN EUROPA DER BULLEN; BONZEN UND KONZERNE
FÜR EINE MULTINATIONALE, HERRSCHAFTSFREIE GESELLSCHAFT OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG



Zentraler Aufruf zum

CHRISTOPHER STREET DAY BERLIN

Samstag, 30. Juni 1990

CHRISTOPHER STREET DAY-Aktionswoche: 23.-30.6.90

Selbstbewußt andersrum

Lesben und Schwule haben Grund zum Feiern:
Zum ersten Mal können wir aus Ost und West gemeinsam für unsere vielfältigen Lebensweisen demonstrieren.

Lesben und Schwule haben Grund zum Trauern:
Erstmals seit Kriegsende haben wir Gelegenheit, gemeinsam der unzähligen, auch lesbischen und schwulen Opfer des deutschen Faschismus, aber auch der in den letzten Jahren verstorbenen Menschen mit HIV und AIDS zu gedenken.

Lesben und Schwule haben Grund zum Kämpfen:

Noch immer besteht die doppelte Unterdrückung und Benachteiligung als Frau und Lesbe in Ost und West.
Noch immer besteht der antihomosexuelle Sonderparagraph 175 StGB (BRD) und bedroht nun erneut die Schwulen der DDR.
Noch immer benachteiligt die gesellschaftliche und rechtliche Normsetzung von Ehe und Familie alle anderen Lebensweisen - gerade auch die von Lesben und Schwulen.

In anderen Ländern, vor allen der sog. "Dritten Welt", kämpfen Lesben und Schwule nicht nur gegen antihomosexuelle Gesetze und Polizeiwillkür, Folter oder Todesdrohung (z.B. Iran, Pakistan, Lateinamerika), sondern oft genug auch um ihr soziales Existenzminimum und das nackte Überleben: Deshalb muß jede/r Mensch den eigenen Lebens- und Aufenthaltsraum selbst bestimmen können.

Wie schon der europäische Binnenmarkt dient nun auch die Einverleibung der DDR zur Rechtfertigung massiver finanzpolitischer Kürzungen und sozialer Verschlechterungen (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Tarifrecht, Lohnkürzungen, Bildungschancen, Umweltschutz, u.s.w.). Hiervon sind besonders diejenigen bedroht, die schon jetzt - auch unter uns Lesben und Schwulen - benachteiligt sind: Menschen mit HIV und AIDS, Behinderte, Kranke, Alte, sozial Schwache, Jugendliche, AusländerInnen, u.s.w.
Der Kampf gegen soziale Verschlechterungen in dieser Stadt darf jedoch auch nicht zu Lasten unserer internationalen Solidarität und des Engagements für Lesben und Schwule in anderen Ländern gehen.

Zugleich sind Lesben und Schwule in besonderer Weise durch den deutsch-deutschen Entwicklungsprozeß betroffen:
Die für Lesben und andere Frauen freundlichen Regelungen der Sozialgesetze in der DDR sowie die dortige Abschaffung des antihomosexuellen Sonderparagraphen 151 StGB (1988) drohen wieder verloren zu gehen. Schwule aus der DDR sind heute stärker als früher mit AIDS konfrontiert, aber weitaus schlechter darauf vorbereitet als Schwule im Westen.

Die Demonstration von Lesben und Schwulen am *CHRISTOPHER STREET DAY* gegen diese Verschlechterungen und für unsere Rechte reiht sich ein in die sozialen Protestbewegungen (z.B. an Schulen, in Kitas, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, bei Erwerbs- und Obdachlosigkeit, u.s.w.), mit denen wir uns ebenso solidarisch erklären, wie mit den AIDS-Selbsthilfegruppen und -projekten, die mit eigenen Forderungen am *CHRISTOPHER STREET DAY* teilnehmen.

Als Lesben und Schwule wollen wir vor allem

- zu Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung von Lesben und Schwulen beitragen.
- die selbstbestimmte und von stattlicher Beeinflussung freie Wahl unterschiedlicher Lebensweisen.
- an den Interessen von Lesben und Schwulen orientierte Auseinandersetzung mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen in den Medien und im Unterricht an den Schulen, in Forschung und Wissenschaft.
- bedarfsdeckende finanzielle und ideelle Unterstützung und Absicherung lesbischer und schwuler (Selbsthilfe-) Projekte, welche die Methoden und Inhalte ihrer Arbeit selbst bestimmen können.

Deshalb fordern wir konkret

- nicht nur Asyl- und Bleiberecht für Lesben und Schwule, sondern jede/r Mensch muß den eigenen Lebens- und Aufenthaltsraum selbst bestimmen können.
- eine Verfassung, die statt der einseitigen Bevorzugung von Ehe und Familie den Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Lebensweise gebietet.
- bei einer eventuellen Verbindung der deutschen Staaten die jeweils besseren Regelungen zu übernehmen, z.B. Erhalt oder Übernahme der Sozialgesetze der DDR, die für Lesben und andere Frauen eine Verbesserung gegenüber den bestehenden Regelungen der BRD darstellen.
- geeignete Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen, beispielsweise am Arbeitsplatz, und gegen die sexistische Belästigung von Lesben und anderen Frauen.
- in einem ersten Schritt den § 175 StGB (BRD) sofort ersatzlos zu streichen, so daß für Hetero- und Homosexualität dieselbe Altersgrenze (14 Jahre) gelten würde, wie durch die Änderung 1988 in der DDR.
- Öffnung der sozialen Vorrechte von Ehe und Familie für alle Lebensweisen, wie Besuche im Krankenhaus und Knast, Zeugnisverweigerungsrecht, u.s.w.

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Ihr Lieben! Die ständigen Termine werden in Zukunft nur noch einmal im Monat und zwar in der jeweils ersten Nummer erscheinen. Ihr müßt euch also ab jetzt die Mühe machen in den alten Nummern nachzublättern wenn ihr Öffnungszeiten, Kiezküchen u. ä. wissen wollt. Weiter gilt nach wie vor: Redaktionsschluß für den Terminkalender ist montags. t.

Di.-So. 16.00-19.00 bis zum 1. Juli **Austellung** zum Studentenprotest und Massenaufstand in der Volksrepublik China: **"Rebellion ist gerechtfertigt!"** Im El Locco

Donnerstag, 28. 6.

19.00 "Der Schatz der Sierra Madre" Abenteuerfilm im El Locco

20.00 "Flüchtlinge von El Salvador" Farbdiavortrag von Erika Kammer im Rahmen der **El Salvador Ausstellung** (Di. - Sa. 16.00 - 20.00). In der Galerie Olga Benario Boddinstr. 61

21.00 "Jazz an einem Sommerabend" Ein stimmungsvoller Bericht über das New-Jazz-Festival von 1953. Im El Locco

21.30 immer donnerstags bis zum **2. Internationalen Frauencamp**, Vorbereitung und offener Abend. Offen für Kritik, Anregungen, Vorschläge, Sekt oder Saft trinken und plaudern. Im Falckeladen, Falckensteinstr. 46.

20.00 Uhr "Aspekte der Umweltsicherung in Nicaragua" Referat mit Dia's und Diskussion im BAZ Oranienstr. 159

Freitag, 29. 6.

19.00 Rebellion der Zukunftslosen Veranstaltung über/mit?? ausländischen Jugendlichen im Links Treff, Weddingstr. 6

Samstag, 30. 6.

11.00 Knastkundgebung und Demo zum Knast Heimsheim. Treffpunkt: Marktplatz **Heimsheim.** (Siehe Flugi im Heft.)

Christopher-Street-Day-Demo Treffpunkt:

ab 15.00 Uhr KIEZFEST gegen die AusländerInnengesetze in der Wassertorstr. Ecke Bergfriedstr. (Ja, Ja, wo ist das bloß - keine 500m vom O-platz!!!)

Christopher-Street-Day-Demo Treffpunkt um 11.00 Uhr auf dem Savigyplatz und Abschlußkundgebung um 13.30 auf dem Breitscheidplatz

Abends: Party's in Ost u. West:
Ost: HdJT (Haus der Jungen Talente) in der Klosterstr.68
West: Tempodrom

Sonntag, 1. 7.

15.00 Kundgebung gegen Sklobo am Roseneck und danach

16.30 Fahrradspazierfahrt zu stadtbekannten Spekulanten (Siehe Nr. 107, S. 12)

16.00 Antifa Café Wedding in der Osloer Fabrik, Osloer Str. 12

16.00 Uhr Kiezkino im Krümmelladen in der Weserstr. (1/44) mit dem Film "40qm Deutschland"

Montag, 2. 7.

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.)

19.00 Koordinationstreffen von ++++ gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. Wir wollen die Idee eines gemeinsamen Plenums diskutieren. Falls ++++ Lust haben, dazu etwas zum Camp in Amsterdam vorzubereiten, können wir uns mal kurzschließen. Im Mehringhof, Raum ist ausgeschildert.

20.00 Uhr Treffen von Gruppen und Inis im BAZ (Oranienstr. 159) zu **E'92.** Einladen tut die autonome Arbeitsgruppe im BAZ.

Dienstag, 3. 7.

20.00 "Frauenkooperative am Rio San Juan, Nicaragua" Diavortrag von

Erika Kammer. In der Galerie Olga Benario Boddinstr. 61

Mittwoch, 4. 7.

Donnerstag 5. 7.

20.00 Kiezküche "Blick über den Gartenzaun" Zur Anti-Poll-Tax-Bewegung in Britanien. 20 Min. Film + aktuelle Infos. Im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

20.00 Uhr "Die Chipko-Bewegung in Nepal" Vortrag mit Diskussion im BAZ O-Str.159

RADIKALE LINKE WESTBERLIN

Einladung zu einem Treffen am 13.7.90 um 19.00

im Mehringhof
Versammlungsraum
Gneisenaustr. 2 A 1/61

Lange hat sie geschlafen die WestBerliner radikale Linke, einige wollten sie schon begraben

wir wollen einen neuen Anlauf wagen und laden zum Treffen am 13.7.90.

Vergangenheit sind:

- die Demonstration in Frankfurt
- der Kongreß in Köln

Dies kann eingeschätzt werden, denn - trotz aller Unkenrufe - völlige Flops waren diese Aktionen nicht.

Gegenwart ist:

- die Vereinigung
- Rechtsradikalismus und Nationalismus hier und in der Hauptstadt
- die PDS und ihre Angebote an Gruppen der radikalen Linken (u.a. auf Listenverbindungen)
- und einiges anderes

Wir können überlegen, ob es notwenidg, sinnvoll, überflüssig oder was auch immer ist, wenn die radikale Linke versucht hier zu intervenieren

Zukunft ist:

- der Vorschlag des Trägerkreises der Demo in Frankfurt in Berlin am 10.11.90 eine Demonstration durchzuführen (s. Rückseite)

Wir können überlegen, ob wir uns daran beteiligen wollen, ob wir die Demo überhaupt wollen, wen wir u.U. hier einbeziehen können.


Und nicht zuletzt:

Nach Rücknahme der sog. 'Plattform' steht die radikale Linke ohne Diskussionsplattform inhaltlicher Art da.

Auch hier können wir uns überlegen, ob wir uns einklinken wollen.

Eingeladen werden/wurden der Verteiler der radikalen Linken, Gruppen und Personen aus der Hautpstadt, über Anzeigen in Interim und taz (West und Ost) - falls sie es drucken - und Flugblätter.

für kolumbianisches Essen ist gesorgt


Zur „auszugsbegleitenden Sanierung" der Skoblo'schen Villa
in den Grunewald
So., 1. Juli
Treffpunkt Roseneck
15.00 Kundgebung
16.30 Spazierfahrt
zu stadtbekannten Spekulanten
Bringt eure Fahrräder mit